

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich, 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post.  
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat.  
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Ercheint täglich außer Montags.

**Die Interkons-Gebühr**  
 Beträgt für die festgesetzte Kolonnenzeile oder deren Raum 40 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (selbstgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Interate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr abends, an Sonntagen und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 18. Februar 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

### Die russischen Revolutionäre über den Krieg.

Wir haben bereits in unserem gestrigen Artikel darauf hingewiesen, daß die schwingvollen russischen Nachrichten über die „patriotischen Kundgebungen“ für den Krieg eben offizielles Nachwerk sind. Die weitesten russischen Kreise, besonders aber die freiheitsliebenden Schichten des Volkes, denken gar nicht daran, der russischen Regierung für die Anzettelung des Krieges zuzujuchzen. Mit voller Entschlossenheit schließen sie der Regierung den Vorwurf ins Gesicht, daß ihre — der Regierung — *Ra u p o l i t i k* die Wirren des Krieges herbeigerufen habe. Mit voller Klarheit erklären sie, daß die russische Revolution sich durch den Chauvinismus nicht mehr unterdrücken lasse und — das ist das allerwichtigste — sie drücken unerbötlich ihre Meinung dahin aus, daß das Zar ein Niederlage brauche, damit die Krutenherrschaft zu Grunde gerichtet werde.

Die letzten Stimmen der sozialistischen Organe, die allerdings noch vor dem Kriegsausbruch geschrieben sind, gehen vor allem von dem sozialistischen Standpunkte der prinzipiellen Gegnerschaft gegen den Krieg überhaupt aus.

Aus einem längeren Artikel der „Iskra“, des Zentralorgans der russischen Sozialdemokratie, heben wir Nachfolgendes hervor. Die „Iskra“ vergleicht die Politik des Zaras mit der Handlungsweise eines magdalenischen Kartenpiels. Die „Iskra“ fährt fort:

„Möge jede Entsendung von Truppen, jede Handlung, die mit den Kriegsvorbereitungen verbunden ist, jeder aus diesem Anlaß veranstaltete Gottesdienst, jedes Wort der bestochenen chauvinistischen Presse — möge alles das Volk veranlassen, gegen die Diebereien der Selbstherrschafft zu protestieren. Wir stehen schon in der revolutionären Epoche, deren Hervenbrechen die gedankenslohe Politik des Absolutismus so beschleunigt hat.“

Und dieser revolutionäre Geist werde nicht aufgehalten durch die listige zarische Politik, welche einerseits die Komödie von Haag veranstaltet hat, andererseits aber durch die Raubpolitik im Osten und durch Häßlichkeiten der chauvinistischen Gefühle die Bourgeoisie für sich gewinnen und im Volke trennunterthänige Gefühle schaffen wolle.

In ähnlicher Weise schreibt die „Revolucjonaja Russija“, das Organ der revolutionären Sozialisten. Angesichts des Krieges erklärt das Blatt:

„Wir fordern unsere Genossen auf, mit verdoppelten Kräften in Stadt und Land die Agitation zu führen, welche dem Volke darüber die Augen öffnet, wie die Regierung sich im fernem Osten anschide, mit dem Blut des Volkes die dynastischen Interessen der Romanows und das Geldinteresse der russischen Bourgeoisie zu befriedigen. Die Staatspatrioten setzten ihre Hoffnung darauf, daß die Menge, die Straße — sich leicht vom Blut beransehen lasse.“

„Thut Euer Werk der Menscheneindschaft — Ihr Kanibalen des nationalen Chauvinismus! Thut es — aber hütet Euch vor der Abrechnung! Ihr hofft, daß mit Eurem Machschreiberischen Patriotismus das Drohnen der Revolution verstummen wird?“

Und die Antwort auf die Frage giebt das Blatt am Schlusse des Artikels mit den Worten:

„Anstatt Eure Herrschaft zu verlängern, werdet Ihr nur die Abrechnung mit ihr beschleunigen.“

Und in der Annahme, daß der Krieg mit einer Niederlage wie der Krimkrieg enden werde, glaubt das Blatt, daß er zu einem „tragischen Finale des russischen Absolutismus“ werde.

Das Organ der russischen Konstitutionellen, das „Dobrowozdenie“, spricht in einem längeren Artikel die Meinung aus, daß der Kriegsausbruch die Lügenhaftigkeit der Politik des russischen Absolutismus vor aller Welt klar offenbaren werde. Der Artikel ist überschrieben: „Nun haben sie genug gelogen.“ Das Blatt schreibt:

„Das offizielle Rußland hat vor der ganzen Welt systematisch gelogen, es hat unnötig, ungeschickt und kindisch gelogen: aus dem Munde des Herrn von Plehwe hat es gelogen, daß in Finnland alles in Ordnung ist; es hat offiziell gelogen, daß an der Kischiniter Regelei der gemeine Pöbel und die Juden selbst schuldig waren. Und um die Welt nicht vergessen zu machen wie die russische Regierung beschaffen ist, erhält Rußland in Paris, Berlin, Rom, Sofia in seinem Solde Spigel, welche in Berlin mittels falscher Schlüssel einbrechen, die von dem Tische des bulgarischen Fürsten wichtige Dokumente stehlen, die in ganz Europa hinter den russischen Sozialisten unter dem Vorwand des Anarchismus herjagen.“

Dem russischen Zaren wird jetzt keiner mehr Glauben schenken! Und nun, nach alledem bürde sich die russische Regierung die Schande auf, daß sie, die Veranstanterin der Haager Konferenz, einen blutigen Krieg herborruft.

So ist die Stimmung der freiheitlich denkenden Kreise in Rußland, und das ist gerade das Umgekehrte von dem, was der offizielle Draht meldet.

Aus Warschau wird gemeldet: Die Kriegsvorbereitungen der russischen Regierung sind sieberhaft. In diesen Tagen hat man fast alle längeren Kerze — und auch einige mittleren Alters — zur Truppe eingezogen. Die Kerze sollen schon am Freitag nach dem Kriegsschauplay abreißen.

### Ein neuer Torpedo-Angriff auf Port Arthur.

New York, 17. Februar. (Meldung des „Reuterschen Bureau“.) Eine Depesche aus Tokio berichtet über einen

neuerlichen Torpedoboots-Angriff auf Port Arthur vom 14. Februar: Infolge eines starken Schneesturmes erreichten nur zwei japanische Fahrzeuge den Eingang des Hafens, und selbst diese griffen einzeln an. Man glaubt, daß ein Kriegsschiff von einem Torpedo getroffen ist. Der Torpedoboots-Zerstörer „Wagiri“ kam um 8 Uhr morgens an und erhielt festes Feuer von den Befestigungen und den feindlichen Wachtschiffen. Er schoß mehrere Torpedos ab, deren Resultat unbekannt geblieben ist, und unterhielt ein festes Feuer auf die Wachtschiffe, bis sich die letzteren zurückzogen. Torpedoboots-Zerstörer „Wagatori“ traf um 5 Uhr morgens dicht bei dem Eingang zum Hafen ein, traf auf zwei Kriegsschiffe, deren Namen unbekannt sind, und schoß auf eins einen Torpedo ab, der auch explodierte.

Admiral Togo berichtet, daß dieser Angriff sicher einen großen moralischen Eindruck auf den Feind gemacht habe.

### Die Wladiwostok-Flotte.

London, 17. Februar. Ein Telegramm des „Daily Chronicle“ aus Tokio vom 15. d. Mts. besagt, daß japanische Torpedoboots-Zerstörer an der Nordwestküste von Japan auf der Suche seien nach dem russischen Wladiwostok-Geschwader.

Die „Daily Telegraph“ über Shanghai aus Tokio von gestern gemeldet wird, will man dort wissen, daß die russischen Kreuzer „Wogath“, „Gromoboi“, „Nostijn“ und „Kuril“ nach Wladiwostok zurückgekehrt seien.

London, 17. Februar. Dem Reuterschen Bureau wird über New York aus Tokio von gestern gemeldet: Flüchtlinge erklären, daß Wladiwostok nicht darauf vorbereitet sei, einem Angriffe Widerstand zu leisten. Es seien dort weder Torpedos noch Minen vorhanden und zehn Torpedoboots vom Eise eingeschlossen. Die Russen führen fort, Truppen nördlich vom Jalu-Flusse zusammenzuziehen, da sie dort den Hauptzusammenstoß mit den Japanern erwarteten und fürchteten, daß der Versuch gemacht werden würde, die Verbindung zwischen Port Arthur und Wladiwostok abzuschneiden.

### Japanische Vorbereitungen zum Einfall in die Mandchurie.

Petersburg, 17. Febr. Der „Russischen Delegat-Agentur“ wird aus Port Arthur von heute gemeldet: Nach dem Kampfe bei Port Arthur hat sich das japanische Geschwader mit einem Verluste von drei Schiffen nach dem Süden und nach Tschumulpo zurückgezogen. In Wensan (Ostküste Koreas) sind gegen 60 000 Mann (Japaner) zusammengezogen worden, welche dazu bestimmt sind, in die Mandchurie einzuziehen. Fortgesetzt treffen Truppen ein. Unre Mobilisierung geht vorzüglich vor sich. In der Festung Port Arthur ist der Belagerungszustand erklärt worden. Der Kommandant General Stoessel hat an die Bevölkerung eine beruhigende Kundmachung erlassen.

Paris, 17. Februar. Die „Agence Havas“ meldet aus Tokio von heute: Drei Transportschiffe, auf welchen sich Kulis und Kriegsmaterial befanden, gingen vergangene Woche von Kagasaki ab und lösten die Ladung in Tschumulpo. Acht Dampfer mit Truppen und eine Anzahl anderer Fahrzeuge mit Kriegsmaterial gingen gleichfalls mit der Bestimmung für die Westküste von Korea ab. Kavalleriepatrouillen wurden bereits in Widschu gelandet.

### Der Herrgott und die gerechte Sache.

Der Statthalter Alexejew hat folgenden Befehl erlassen:

„Heidenmütige Armeen und Flotte, die ihr mir allerhöchst anvertraut worden seid! Jetzt, wo der Blick des Kaisers, Rußlands und der Welt auf uns gerichtet ist, müssen wir daran denken, daß uns die heilige Pflicht obliegt, den Kaiser und das Vaterland zu schützen. Rußland ist groß und mächtig. Wenn unser Feind stark ist, muß uns dieses neue Kräfte und die Macht geben, ihn zu bekämpfen. Groß ist der Geist der russischen Soldaten und Matrosen. Unse Armeen und Marine kennen viele ruhmvolle Namen, welche uns als Beispiel in dieser Minute dienen müssen. Unser Herrgott, welcher stets die gerechte Sache begünstigt hat, thut es auch jetzt. Vereinigen wir uns für den weiteren Kampf. Es soll ein jeder seine Geisteskräfte bewahren, um besser seine Pflicht zu erfüllen und auf die Hilfe des Allmächtigen hoffend, ihne jedermann seine Arbeit, sich daran erinnernd, daß das Gebet zu Gott und der Dienst für den Kaiser nie verloren sind. Es lebe der Kaiser, das Vaterland! Gott mit uns! Hurra!“

Der Befehl wird die gefuntenen und lampfunsfähig gemachten Kriegsschiffe nicht wieder flott machen!

### Große Russen Rußlands.

Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Petersburg gemeldet: Rußland rüstet gegen England! General Scherimejew von den asiatischen Truppen ist vom Jaren empfangen worden und nach Wien abgereist. Nach absolut verlässlichen Informationen besteht hier die Entschlossenheit, in Tibet keine Schwäche zu zeigen. Die Situation ist sehr ernst.

Die „Kölnische Zeitung“ schreibt augenscheinlich inspiriert, es errege Aufsehen, daß die Frage, ob der japanisch-russische Krieg eine Rückwirkung auf Ballanverhältnisse haben werde, gerade von Frankreich aus in einer für Rußlands Ansehen absprechenden Weise behandelt wird. Es zeuge von einer Unterschätzung der russischen Macht, wenn man, wie „Tempo“ verjude, Rußland aus der aktiven Orientpolitik auszuschalten. Der Krieg würde niemals einen solch bedeutenden Teil der russischen Heeresmacht in Anspruch nehmen, daß sie für den Ballan nicht mehr in Betracht käme. In Sofia seien seitens Rußlands Erklärungen abgegeben worden, die erkennen lassen, daß Rußland absolut nicht gewillt sei, sich auf dem Ballan in die zweite Linie schieben zu lassen.

### Angedachter Neutralitätsbruch Deutschlands.

Nach einem Telegramm der „Daily Mail“ aus Hamburg gab die deutsche Regierung die Erlaubnis zur Durchfahrt der russischen Flotte durch den Kaiser Wilhelm-Kanal. Das Blatt hält diese Maßnahme für einen offensibaren Neutralitätsbruch Deutschlands. Die Meldung ist zweifellos erfunden.

### Politische Ueberblick.

Berlin, den 17. Februar.

### Der Reichstag

nahm in seiner heutigen Sitzung zunächst die Novelle zur Reichsschulden-Ordnung in dritter Lesung einstimmig an. Der Centrumsabgeordnete v. Strömbeck, der schon bei der früheren Beratung staatsrechtliche und finanztechnische Bedenken gegen die Vorlage erhoben hatte, beruhigte sein juristisches Gewissen durch die Vorlegung von drei umfangreichen Zusatz- und Abänderungsparagrafen; doch zog er sie nach guter alter Centrumsitte beim Eintritt in die Verhandlung zurück. Sie werden nun in den Akten des Reichstags ruben; vielleicht beruft sich dann nach Jahren eines schönen Tages das Centrum auf sie.

Jedenfalls kam das Haus auf diese Weise bald dazu, den Etat des Reichsamtes des Innern weiter zu beraten. Und so schnell wie er an die Reihe gekommen war, wurde er auch erledigt. Nur zu einem Punkte, dem Reichszuschuß zum Bau kleiner Wohnungen für untere Beamte und Staatsarbeiter, nahm noch Genosse Singer das Wort. Er erkannte rückhaltlos an, daß diese Reichsbeihilfe an Bauvereine und Bau-genossenschaften ein Mittel — wenn auch nur ein Palliativmittel der bürgerlichen Gesellschaft — sei, die Wohnungsnot zu lindern. Nur muß dafür gesorgt werden, daß mit diesem Gelde nicht neue Hausbesitzer gezüchtet werden, sondern daß die damit erbauten Gebäude dauernd Eigentum der Genossenschaft bleiben; auch darf der Staat nicht etwa den Versuch machen, mit Hilfe dieser Wohnungen die Freiheit der Arbeiter, insbesondere ihre Freizügigkeit, noch mehr zu beschränken. Die Gelder der Landes-Versicherungsanstalten, die für diesen Zweck ebenfalls erhebliche Mittel aufwenden, dürfen nicht in die verdächtigen Hände der Unternehmer gelangen. Jedenfalls muß der Reichstag volle Klarheit über die Verwendung der ausgegebenen Summen haben und scharfe Kontrolle üben.

Den Ausführungen des Genossen Singer schloß sich für das Centrum Herr Krusch an, der, eine Anregung Singers weiter ausbauend, davor warnte, durch sociale, gut gemeinte Maßnahmen die Grundrente noch weiter zu steigern. Auch Graf P o s a d o w s k y erkannte die Ausführungen unres Genossen in vollem Umfange als berechtigt an und versprach, zur besseren Ueberblick über die bisherigen Leistungen nach Ohiern eine ausführliche Denkschrift dem Reichstage vorzulegen. Nur der „socialliberale“ Herr Schrader brachte in diese schöne Harmonie einen Mißton. Edt mandeslerlich erklärte er das Steigen der Mieten für gerechtfertigt durch die höheren Maurer- und sonstigen Arbeiterlöhne. Damit schloß die Debatte über das Messort des Grafen Posadowsky. Nach 15 langausgedehnten Sitzungstagen war das Reichsamt des Innern erledigt, und das Haus konnte sich dem Post-Etat zuwenden.

In der Generaldiskussion kamen heute nur das Centrum und die Sozialdemokratie zum Wort. Die Richtung der Reden des Herrn Gröber und unres Genossen Singer war ziemlich dieselbe, wenn auch natürlich unse Fraktion mit weit größerer Schärfe und Energie für die berechtigten Forderungen der Unterbeamten, der Post- und Telegraphenarbeiter eintritt. Den Ausgangspunkt für die Debatte über die materielle Lage dieser Arbeiterschichten bildete die Resolution des Centrums, die eine bessere Durchführung der Sonntagsruhe fordert. Sonntags- und Nachtruhe der Postbeamten sind heute nur sehr mangelhaft durchgeführt, die Besoldung dieser Beamten ist trotz der stark und überall gestiegenen Bedürfnisse dieselbe wie in den siebziger Jahren, der Wohnungsgeld-Zuschuß vollkommen unzureichend. Der Grund zu diesem verwerflichen System ist das Streben nach Plusmacherei, die Sucht nach möglichst großen Ueberflüssen; das muß im letzten Grunde die Beamten, die nicht im stande sind, ihre Familien zu ernähren, in Versuchung führen, sich an den Geldern zu vergreifen, die in so großer Menge täglich durch ihre Hand gehen. Noch schlimmer als die schlechte materielle Lage ist die entwürdigende sociale Stellung, in der die Postbeamten gehalten werden. Die staatsbürgerlichen Grundrechte werden ihnen verjagt, und man ihent selbst vor der Rücksichtlosigkeit zurück, Beamte zu disciplinieren, die nur mit Socialdemokraten verkehrt haben. Man verbietet den Postbeamten sogar, die von Herrn v. Gerlach einberufenen Versammlungen zu besuchen. Dafür gewährt die Postverwaltung den Kriegervereinen Portofreiheit. Durch die Einrichtung der „gehobenen Stellen“ fördert man die Liebedienerei vor den Vorgesetzten.

Durch solche Maßnahmen und tausend andre, die Genosse Singer der Verwaltung zum Vorwurf machen kann, tötet man systematisch jede Arbeits- und Berufsfreudigkeit der Beamten.

Herr Kraetke findet alles aufs beste eingerichtet, kleine Unstimmigkeiten könnten im Laufe der Zeit ausgeglichen werden. Sacklich brachte er zur Verteidigung natürlich gar nichts vor. Die Beschwerden der Beamten sind ihm Ausbrüche des Reides oder Folgen der Verhegung. Das Koalitionsrecht weigert er seinen Untergebenen und die Gehaltsaufbesserung sagt er zu, nur vergißt er den Termin dafür anzugeben. Bezeichnend für die Gehälter, die gezahlt werden, ist seine Aeußerung, bei besonderer Honorierung der Nacharbeit würden sich die Beamten so darum reihen, daß sie frühzeitig invalide würden. So sieht es in einem Musterbetrieb aus!

Morgen wird die Postverwaltung wohl auch von bürgerlicher Seite scharf angegriffen werden; Herr Kraetzke wird weiter Spieghel laufen.

### Preussische Mittelstandsretterei.

Die Reaktionen im preussischen Landtage sind mit dem erst vor drei Jahren geschaffenen Warenhaussteuer-Gesetz nicht zufrieden. Diese gewaltsame Maßnahme hat den gewünschten Zweck nicht erreicht, sie hat weder die Warenhäuser zu erschöpfen, noch das Entstehen neuer Warenhäuser zu verhindern oder dem Mittelstande zu helfen vermocht. Aus diesem Grunde hatte die konservativ-meritale Mehrheit des Abgeordnetenhauses zum Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung unter Führung des Abgeordneten Fuchs (C.) den Antrag gestellt, die Regierung noch in dieser Session um Vorlegung eines Gesetzentwurfs zur Abänderung des Warenhaussteuer-Gesetzes in der Richtung zu ersuchen, daß dadurch ein wirksamer Schutz des Mittelstandes gegen die ihm durch das Vordringen der Warenhäuser drohende Gefahr gegeben ist.

Zu Verbindung damit wurde ein Antrag Fuchs (Frl. Bg.) und Genossen beraten, der die Regierung um eine Abänderung des Gewerbesteuer-Gesetzes insofern ersucht, daß unter progressiver Gestaltung der Steuer die beiden unteren Steuerklassen erleichtert und bei Berechnung des Betriebs- und Anlagekapitals die Abzugsfähigkeit der Kapitalkulden gewährleistet wird.

Die Debatte, die mit der Ueberweisung beider Anträge an die verstärkte Kommission für Handel und Gewerbe endete, unterschied sich nur darin von den üblichen Debatten über die Rettung des Mittelstandes, daß der freikonservative Abgeordnete Graf Rolke im Gegensatz zu seiner Fraktion sehr verständliche Ansichten gegen die Warenhaussteuer entwickelte. Im übrigen zeigten die konservativen und Centrumsredner, daß sie nichts hinzulernt haben und nach wie vor der wirtschaftlichen Entwicklung gewaltsam Einhalt gebieten zu können glauben. Der Minister Müller sprach sich gegen eine Aenderung des Gesetzes aus, da dasselbe erst kurze Zeit in Geltung sei; er ließ aber durchblicken, daß er an diesem Punkte der Gesetzgebung keine große Freude hat. Auch der Antrag Fuchs hat nach den Erklärungen des Regierungsvertreters keine Aussicht auf Annahme.

Am Donnerstag wird die Beratung des Handels-Etats fortgesetzt mit einem Antrag, der sich gegen den geringen Schutz der Gastwirtsgehilfen richtet.

## Deutsches Reich.

### Der „bürgerliche Tod“.

Ein unüberwindliches Grundrecht besißt jeden Staatsbürger, Eigentum und Vermögen jeglicher Art zu erwerben und zu besitzen. Durch Artikel 10 der preussischen Verfassung ist auch ausdrücklich die bürgerliche Strafe des „bürgerlichen Todes“ aufgehoben worden, die bei den schwersten Verbrechen das völlige Erlöschen der bürgerlichen Rechtsfähigkeit verfügt, also auch das Recht, Besitz zu erwerben, beseitigt.

Der Geist dieser alten Strafe atmet ein Gesetzentwurf, der heute dem preussischen Herrenhause zugegangen ist und der in der ständischen Geschichte der preussischen Politik einen weiteren schmachvollen Bergewaltigungsschritt bedeutet. Die besagte Strafe des bürgerlichen Todes wird aber hier nicht über besonders schwere Verbrechen verhängt, sondern über eine ganze Kategorie von Staatsbürgern, die sich in nichts gegen die Gesetze vergangen haben, deren ganzes Verbrechen darin besteht, daß sie von — polnischer Herkunft sind. Unter dem Titel „Entwurf eines Gesetzes betreffend die Gründung neuer Ansiedelungen in den Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien, Sachsen und Westfalen“ ist — abgesehen von andern reaktionär-agrarischen Aenderungen — ein Ausnahmegesetz gegen die Polen dem Landtage unterbreitet worden, das in der Tendenz tatsächlich auf nichts weiter hinausläuft, als auf den verfassungswidrigen Versuch, die Polen am Erwerb von Besitz zu hindern, und über sie, die nichts verbrochen, die unerlaubte Strafe des bürgerlichen Todes zu verhängen.

Es war die bekannte Wirkung der germanisierenden Ansiedlungspolitik, daß sie die Ausbreitung des — Polentums gewaltig förderte. Gegenüber der germanisierenden Landbank wurde eine polnische Landbank gegründet, die mit größerem Erfolg als die durch den Hofmilliardenfonds der germanisierenden Korruption die Ansiedelung von Polen bewirkte. Es klang wie Wahnsinn, als gegenüber dieser Erscheinung ein schneidiger Messer des Germanisierens in einer ungläublichen Droschke einfach die Radikalkur vorschlug, die Erneuerung von Landbesitz seitens der Polen zu vereiteln. So toll dieser Vorschlag anmutete, es ist nichts so toll, daß man seine Verwirklichung für unmöglich halten sollte, und der jetzige Entwurf der preussischen Regierung versucht in der That, den Landwerb der Polen durch Eingriff in die Gesetzgebung so weit wie möglich zu verhindern.

Das Recht der Ansiedelung unterliegt schon jetzt bedeutenden gesetzlichen Beschränkungen, und die Sozialdemokratie leugnet zuletzt die Verpflichtung, im Allgemeininteresse solche Beschränkungen zu versuchen; das Ideal der absoluten Freiheit ist kein sozialistisches Prinzip. Aber es muß sich wirklich um die Rücksicht auf ein Allgemeininteresse handeln und es bedeutet die völlige Vernichtung der Grundlagen jeder staatsbürgerlichen Verfassung, wenn gegen eine bestimmte Art von Staatsbürgern derartige Beschränkungen versucht werden, die für andre nicht gelten. Wenn früher den Juden der Erwerb von Landbesitz verboten war, so wird jetzt das Gleiche gegenüber den Polen erstrebt. Natürlich, ist das nicht direkt möglich, so wählt man Umwege. Aber dieses indirekte und nicht völlig zum Ziel führende Verfahren, für die Polen das Ansiedelungsrecht zu erschweren oder zu vereiteln, ist genau so schlimm und schlimmer als ein offenes Verbot. Es bedeutet im Prinzip die Aufhebung der staatsbürgerlichen Gleichheit, die Ausschließung von Millionen von Staatsbürgern aus ihren verfassungsmäßigen Grundrechten.

Die Handhaben für diese Tendenzen bieten im wesentlichen zwei Bestimmungen. Bisher bedurfte es keiner behördlichen Erlaubnis für Ansiedelungen, welche innerhalb einer geschlossenen Ortschaft begründet werden, sofern der gesetzlich festgelegte Bebauungsplan eingehalten wurde. Jetzt bestimmt nun ein neuer § 13a:

„Die Ansiedelungsgenehmigung ist ferner in allen Fällen erforderlich, wenn innerhalb einer im Zusammenhange gebauten Ortschaft in Folge oder zum Zwecke der Aufteilung eines Landgutes oder eines Teiles eines solchen in mehrere ländliche Stellen ein Wohnhaus errichtet, oder ein vorhandenes Gebäude zum Wohnhause eingerichtet werden soll.“

Die „Begründung“ des Entwurfs beschränkt sich für diese Bestimmung einfach auf die Bemerkung, daß bei solchen Aufteilungen durch den dadurch verursachten Zustrom von Menschen die öffentlich-rechtlichen Verhältnisse in derselben Weise beeinflusst werden, wie

wenn die Ansiedlungen außerhalb des Ortes errichtet würden. In solchen Fällen genügt daher die hauptpolizeiliche Prüfung keineswegs zur Wahrung der öffentlichen Interessen.“

Gemeint ist augenscheinlich der Zustrom von polnischen Menschen. Diese „germanisatorische“ Tendenz befindet dem unverschämten der § 15b, der bestimmt, daß die Ansiedelungsgenehmigung im Geltungsgebiete des Gesetzes betreffend die Förderung deutscher Ansiedelungen in den Provinzen Westpreußen und Posen vom 26. April 1886 zu verfallen sei, so lange nicht eine Bescheinigung des Vorsitzenden der Ansiedelungskommission vorliegt, daß die Ansiedelung mit den Zielen des bezeichneten Gesetzes nicht im Widerspruch stehe.

Diese Bestimmung wird wie folgt begründet:

„Eines wirksamen Schutzes gegen Gefährdungen durch uneingeschränkte Gründung neuer Ansiedelungen, als er im allgemeinen erforderlich ist und als ausreichend angesehen werden kann, bedürfen die besonderen statischen Interessen, denen die nach dem Gesetze vom 26. April 1886, betreffend die Beförderung deutscher Ansiedelungen in den Provinzen Westpreußen und Posen eingeleitete Ansiedelungspolitik des Staates dient. Die Erreichung der Ziele dieser Politik, die Wirkung der ungewöhnlich hohen Opfer, welche der Staat für sie bringt, dürfen nicht gehemmt oder in Frage gestellt werden durch die rührige und ständig anwachsende Ansiedelungstätigkeit von anderer Seite, deren Ziel die Durchkreuzung oder deren Erfolg eine Lähmung der staatlichen Ansiedelungspolitik ist. Die zur Durchführung dieser Politik berufene Behörde muß mit Besorgnissen ausgestattet werden, welche eine Gewähr dafür bieten, daß im Bereich ihrer amtlichen Wirkksamkeit alle Ansiedelungsunternehmungen daraufhin geprüft werden können, ob ihre Ausführung mit den Zielen des staatlichen Ansiedelungswerkes unvereinbar ist, und daß Ansiedelungen, bei welchen diese Frage bejaht werden muß, unterbleiben.“

In dieser Begründung wird mit brutaler Offenheit der Grundsatze verkündigt, daß der preussische Staat den Weg beschreitet, den Erwerb von Eigentum nicht nur den Beschränkungen zu unterwerfen, die für alle gleichmäßig gelten sollen, sondern daß es in das Belieben einer interessierten Verwaltungsbehörde gestellt wird, einem Teil der Staatsbürger den Erwerb von Besitz unmöglich zu machen. In dieser Tendenz liegt das ungeheuerliche dieses gesetzgeberischen Versuches, der in die Zeit der Ghetto-Politik und des bürgerlichen Todes zurückführt.

### Ballestrems der Agrarier.

Auf dem Festmahl des Landwirtschaftsrats hatte Graf Ballestrems auf die drei Vorsitzenden der hochagrarischen Körperschaft getauft. Die „Germania“ teilt jetzt den Toast im Wortlaut mit. Es zeigt sich, in welchem Maße der außerhalb der Parteien stehende Präsident des Reichstages sich zum Agrarertum bekennt. Er sagte u. a.:

„H. G.: Ich fühle mich doch immer als Landwirt. Ich besitze so manchen Acker, und darauf wächst oder wächst nicht so mancher Halm. Also insofern bin ich auch mit meiner ganzen Existenz an die Landwirtschaft gefesselt, und deshalb fühle ich mit Ihnen Ihre Freuden und Ihre Leiden. Aber wie gesagt, ich spreche hier nicht als Landwirt, sondern als Präsident des Reichstages. Ihr verehrter erster Herr Vorsitzender hat uns zwei Ströme vorgeführt, welche verheerend in das Land eingedrungen sind. Der eine dieser Ströme ging nach den Naturgesetzen stromauf und verheerte die blühenden Provinzen von Schlesien, Brandenburg und Pommern. Die Igl. Staatsregierung hat bereits Vororge getroffen, daß, soweit es in der Menschenmöglichkeit liegt, künftig solche Verheerungen ausgeschlossen bleiben sollen. Da ich auch die Ehre habe, Mitglied des preussischen Landtags zu sein, so kann ich nur sagen, daß der preussische Landtag gewiß diesen Intentionen der Igl. Staatsregierung nachkommen wird und alles bewilligen wird, was zu diesem Zweck notwendig ist (Weisfall). Der andre Strom, der Deutschland und die deutsche Landwirtschaft geschädigt hat, der ging contra naturam stromauf (Heiterkeit). Das war der häßliche Strom, auf dem das Getreide aus überseeischen Ländern in großen Massen stromauf gebracht wurde und unsere Landwirtschaft schädigte, indem sie unser unter großer Mühe und saurem Schweiß gewonnenes Getreide im Preise warf. Der Herr Reichskanzler hat ja auch in Aussicht gestellt, daß gegen diesen verheerenden Strom ein Damm gebaut werden soll. Und die Bauleute sind schon dabei, das sind die Herren, die in fremden Ländern jetzt um die Handelsverträge verhandeln. Das sind die Bauleute, die den Grund zu diesem Bau legen. Aber es gehören noch andre Bauleute dazu, wenn die Handelsverträge geschlossen sind, dann müssen sie auch angenommen werden, und dann kommen meine Bauleute, der Reichstag. (Heiterkeit.) Aber ich glaube, meine verehrten Herren Berufsgenossen, auf den Reichstag können Sie sich verlassen, denn wenn die neuen Handelsverträge landwirtschaftsfreundlich ausfallen, dann werden sie meines Erachtens vom Reichstag sicher angenommen werden. Wenn sie aber nicht landwirtschaftlich sein sollten, dann freilich wäre die Sache zweifelhaft. (Bravo!) Also, meine Herren, von parlamentarischer Seite steht weder im preussischen Landtage noch im deutschen Reichstage etwas entgegen, daß diese beiden großen Dämme ausgehauet werden. (Bravo!) Meine Herren, es ist für mich etwas ganz besonders Erfreuliches, zu sehen, wie Reichstag und deutscher Landwirtschaftsrat zusammen harmonieren.“

Es ist nicht erforderlich, gegen die vollenverderblichen Ansichten, denen Graf Ballestrems huldigt, zu sprechen, und es mag in dieser Hinsicht die eine Bemerkung genügen, daß die Getreideimporte den „mit seiner ganzen Existenz an die Landwirtschaft gefesselt“ Grafen Ballestrems anscheinend doch nicht in dem Maße geschädigt hat, um es als gerechtfertigt erscheinen zu lassen, daß hinter erhöhten Zolldämmen die Lebenshaltung von Millionen deutscher Arbeiter und Konsumenten verringert werden mußte.

Interessant ist im Festspruch des Grafen Ballestrems nicht die Anschauung, die er vorträgt — denn er teilt sie mit der Menge seiner Standes- und Berufsgenossen —, sondern daß er in seiner Eigenschaft als Präsident des Reichstages das extrem-agrarische Verstandnis ablegt und die Zusage leistet, daß im Reichstage nur solche Handelsverträge zur Annahme gelangen werden, die den Zollwucher endgültig beseitigen.

Das Mitglied der Fraktion, das zum Präsidenten erwählt wird, vertritt die Fraktion, der er angehört; Graf Ballestrems ist nicht Mitglied der Centrumpartei. Es soll bemerkt werden, daß der Präsident unparteiisch über den Parteien waltet. Der Toast im Landwirtschaftsrat aber verrät, daß Graf Ballestrems nicht befähigt und nicht gewillt ist, die Präsidentenwürde über die Fraktion des Agrarertums und Zollwuchers zu erheben.

### Russendienst?

Die Königsberger Staatsanwaltschaft betreibt noch immer ihr Ermittlungsverfahren gegen die preussischen „Hochverräter“ wider Rußland. Statt von einer Anklageeröffnung, durch die endlich den seit vier Monaten in Untersuchungshaft eingekerkerten wenigstens Märker über das gegen sie eingeleitete Verfahren wird, vernehmen wir immer wieder nur von neuen Ermittlungen und Hausdurchsuchungen.

Kürzlich wurde, wie die Königsberger „Volksztg.“ mittelt, von zwei Gendarmen in Wommelsbütte, einem Vorort von Memel, bei dem Fischerwirt Genossen Tiedek eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Im Auftrage der Königsberger Staatsanwaltschaft durchsuchten die beiden Gendarmen, zu denen sich auch noch der Dorfregulator gesellte, alle Bestände des Genossen Tiedek. Kleider, Kleiderstücke, Betten und sogar die Matrassen wurden zwischen den Sprungfedern genau revidiert. Kammer, Erzieher, auch solche, die in der Nachbarschaft zum Aufbewahren von Fischereierzeugen gemietet waren, wurden durchsucht. Sogar die im Freien stehenden Reumangentörbe verstaubte man mit der Durchsuchung nicht.

Gefunden wurden Nummern des „Memeler Dampfboot“, „Königsberger Volkszeitung“, „Ostpreussischer Landbote“, „Missionstribüne“, „Berliner Tageblatt“, sowie ein Band Romane, zwei Gesangbücher und eine Bibel. In Wommelsbütte hat diese Hausdurchsuchung allgemeines Kopfschütteln erregt. Genosse Tiedek betreibt die Fischerei seit vielen Jahren auf dem Daff, sowie auf hoher See. Von seiner Gemeinde, die ihn in den Gemeinderat gewählt hat, ist er allgemein geachtet wegen seines offenen ehrlichen Charakters. Daß er mit Leib und Seele Sozialdemokrat ist, hat er noch nie verheimlicht. Er ist stolz darauf. Jetzt wird wie bei einem gemeinen Spigbuben bei ihm Hausdurchsuchung gehalten, aus Liebe zu Rußland.

Zu einer gewaltigen Protestkundgebung gegen die Russenwirtschaft im Deutschen Reich kam es am Montag in Königsberg in einer Volksversammlung, in der Reichstags-Abgeordneter Genosse Haase über „Russische Spigel in Deutschland“ referierte. In einer glänzenden Rede brandmarkte Redner den Russen und ging ausführlich auf die Königsberger Geheimbündelei, Hochverrats- und Zarenbeleidigungs-Affaire ein. Am Schluß des Vortrages wurde unter lautem Beifall eine entsprechende Resolution einstimmig angenommen.

Auf unbestimmte Zeit vertagt! Vor der Strafkammer des Landgerichts Weuthen sollte am Freitag, den 19. Februar, der vielbesprochene Prozeß gegen den Redakteur des „Gornofazal“ Kotowalcz wegen angeblicher Beleidigung des Kardinals Stopp und der gesamten ober-schlesischen katholischen Geistlichkeit verhandelt werden. Die Beleidigungen wurden in der Kritik des bekannten Stoppischen Hirtenbriefes zur Reichstagswahl und des daraus entspringenden Verhaltens des Klerus gefunden.

Wie uns nun telegraphisch gemeldet wird, ist der Prozeß in letzter Stunde auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

### Von der schlesisch-russischen Grenze.

Der Krieg unfres liebenswürdigem russischen Freunde mit Japan übt auch in den Grenzverhältnissen seine Wirkung. Die russischen Grenzposten wurden erheblich verstärkt, besonders um die heimliche Sachfengängerrei, die gegenwärtig sehr eifrig betrieben wird, zu verhindern. In jeder Nacht werden junge Männer, die heimlich nach Deutschland entweichen wollen und zu diesem Zwecke auch ein Durchschwimmen der eisig kalten Grenzflüsse nicht fürchten, von den Grenzposten verfolgt und oft durch eine Angel zur Strecke gebracht. Die Sachfengängerrei jüngerer Männer soll in Rücksicht auf den Krieg in diesem Jahre von Rußland verboten worden sein, zur Verzeigerung hunderttausender russischer Proletarier, die daheim nicht Arbeit und Brot finden. Auch die Furcht vor Einfassung in das Heer läßt viele junge Leute alle Gefahr beim Grenzübergang verachten.

Auch aus andern Gründen werden übrigens die Truppen in den russischen Grenzgarisonen erheblich verstärkt, so dieser Tage erst die Garnison Wenzju um 400 Kosaken. Man bestreift nämlich im stark industriellen Sodenowitzer Bezirk Arbeiterunruhen. Deshalb ziehen Tag und Nacht Patronen durch die Gegend, um alle etwa bemerkbaren „Unbestimmungen“ sofort zu beseitigen. Ansammlungen von mehr als fünf Personen werden sofort mit der Aunte auseinandergetrieben, überhaupt in echt russischer Weise gegen jeden irgend Verdächtigen vorgegangen.

Eine andre Wirkung des russisch-japanischen Krieges ist das Verbot der Ausfuhr von Eiern aus Rußland. Die Ausfuhr russischer Eier bedeutete bisher einen wichtigen Handelsartikel für den schlesisch-russischen Grenzdistrikt. In den Wintermonaten passierten den Bahnhof Myslowitz täglich 40—50 Waggons russischer Eier, die zum Teil bis in die deutschen Seehäfen Hamburg und Bremerhaven geführt wurden.

Die preussische Polizei in Oberschlesien geht gegenwärtig gegen Ausländer besonders scharf vor. Die im Industriebezirk wohnenden Ausländer müssen alleamt ihre Legitimationspapiere vorlegen und müssen, wo diese nach Ansicht der Polizei nicht ausreichen, binnen kurzen das Fehlende, meist Paß und Heimatschein, nachliefern, wenn sie nicht ausgewiesen werden wollen. Eine ganze Anzahl Personen, die der Polizei aus politischen oder andern Gründen mißfallen, sind ausgewiesen worden, selbst wenn ihre Papiere zu Ausstellungen keinen Anlaß gegeben haben.

### Neue Gesichte im Herrers-Lande.

Gouverneur Leutwein meldet unter dem 16. Februar: Die unter dem Befehl des Oberleutnants von Windler stehende Abteilung hat auf dem Marsche nach Gohabis am 11. Februar die West-Rußis überfallen und zahlreiche Vieh erbeutet. Der Feind hatte mehrere Tote. Diesseits verwundet Unteroffizier Wredow, Reiter Liebe. Eine Sicherungsabteilung der Compagnie Fischer vom Marine-Infanterie-Bataillon wurde auf dem Marsche nach Seebis überfallen, der Angriff wurde indes mit einem diesseitigen Verlust von drei Toten und zwei Verwundeten abgewiesen, deren Namen mir noch nicht von der zuständigen Kommandostelle gemeldet sind und die später folgen werden.

Dem „Tag“ wird aus Oshandja vom 16. Februar gemeldet:

Deute von 9 Uhr morgens ab wird vorschreitendes Geschützfeuer aus der Richtung Djimjingwe nach Barmen zu gehört. Das Feuer stammt vermutlich von der Kolonne des Kapitänleutnants Gygash, bei der sich auch die Oberleutnants Ruhn und Ritter von der Scharftruppe befinden.

## Ausland.

### Frankreich.

Grenoble, 15. Februar. Etwa 2000 Landleute der Ortschaft Ribet et Gabel und anderer benachbarter Dörfer, die sich durch die eben fertiggestellten elektrischen Anlagen von Grenoble geschädigt fühlen, vertriehen gestern die Arbeiter, die die Drähte legen sollten, zu vertreiben. Es kam zu einem Zusammenstoß, wobei mehrere Personen verletzt wurden; fünf wurden verhaftet, doch bald wieder auf freien Fuß gesetzt.

### England.

Gesetzliche Minimallohn. Sir Charles Dilke hat einen Gesetzentwurf eingebracht, welcher die Einsetzung von paritätischen Lohnboards vorschlägt. Es soll dem Minister des Innern überlassen bleiben, zu bestimmen, in welchen Gewerben derartige, aus Unternehmern und Arbeitern zusammengesetzte und durch einen vom Minister ernannten unparteiischen Vorsitzenden ergänzte Lohnkommissionen in Wirkksamkeit zu treten haben. Vor allem sollen diejenigen Gewerbe, in denen das Schwitzsystem gebräuchlich ist, solche Lohnkommissionen erhalten. Vorgesprochen wird, den Fabrikinspektoren das Recht zu verleihen, die von den Kommissionen festgesetzten Lohnsätze zu erzwingen.

### Rußland.

Städtische Flucht. Dem Genossen Czerniawski gelang es, aus dem Zensur-Gouvernement in Sibirien zu entfliehen. Er wurde wegen „politischer Umtriebe“ im September 1902 verhaftet, sah gegen 10 Monate im X. Pavillon (der zur Aufnahme der politischen Gefangenen bestimmte Flügel der Zarskauer Citadelle) und wurde hierauf nach Sibirien verschickt, um dort sein Urteil abzuwarten. Das Urteil traf ein und lautete auf vier Jahre Sibirien; der Vollstreckung hat sich E. durch die Flucht zu entziehen gewagt.

### Amerika.

Senator Marc Hanna, berüchtigt als „Präsidentemacher“ und republikanischer Parteiführer, ist am Montagabend gestorben. Marc Hanna, 1837 geboren, begann als kleiner Kaufmann, um zu finanzieller und politischer Macht emporzusteigen. Seit den 80er Jahren betätigte er sich auf politischen Gebieten. Wiederholt wurde

er zum Delegierten für den republikanischen Nationalkongress gewählt, der den Präsidentschaftskandidaten zu ernennen hatte. 1896 wurde er zum Vorsitzenden des republikanischen Wahlkomitees gewählt. Mc Kinleys Wahl zum Präsidenten war zum guten Teil sein Werk.

Wäre Hanna half zwar der Goldwährung in der republikanischen Partei zur Anerkennung, allein er war auch ein entragter Schützling und intimer Lancier der Trust-Magnaten.

## Parlamentarisches.

**Budgetkommission.** In der Budgetkommission des Reichstages wurden am Mittwoch die Beratungen über den Militär-Etat fortgesetzt. Da durch Zeitungsberichten und Resolutionen aus Metallarbeiter-Verfassungen bekannt geworden war, daß in der Kruppischen Kanonenfabrik zu Essen schon seit einiger Zeit unausgesetzt und auch Sonntag gearbeitet wird, so fragte Abg. Müller-Julda an, ob etwa schon an dem neuen Feldartillerie-Geschütz gearbeitet werde. Der Kriegsminister verneinte diese Frage; es handle sich vielmehr um die beschleunigte Herstellung der schon bewilligten schweren Feldhaubitze. Das allgemeine Kriegsdepartement habe in Abwesenheit seines Chefs die Genehmigung zur Vornahme der Sonntagarbeit erteilt, das Kriegsministerium habe davon nichts gewußt und würde eine solche Genehmigung auch nicht erteilt haben. Aus den Angaben des Abg. Müller-Julda erhelle, wie es mit der Praxis der „arbeiterfreundlichen“ Firma Krupp bestellt ist: die Sonntagarbeit beginnt danach schon um 5 Uhr morgens; wer verspätet kommt, muß nicht nur eine Markt-Strafe zahlen, sondern geht auch des Zuschlags zur Sonntagarbeit verlustig! Da auch kein Wechsel eingeführt ist, so müssen die Arbeiter drei Wochen hintereinander ihren Sonntag opfern. Um einem solchen Mißbrauch kapitalistischer Uebermacht vorzubeugen, beantragte das Centrum eine einstimmig angenommene Resolution, wonach hinfür bei Vergabung von Geschüßaufträgen, Aufträgen für Artilleriematerial und andre Waffen dem Lieferanten die Bedingung der Einhaltung der gesetzlichen Sonntagsruhe auferlegt wird; Ausnahmen sollen nur vom Kriegsminister oder dem Staatssekretär des Reichs-Marineamts direkt genehmigt werden und auch dann so gestaltet werden, daß den Arbeitern der Kirchenbesuch ermöglicht bleibt. Die Vertreter des Centrums begründeten diese Resolution ausschließlich mit dem Hinweis auf die religiösen Bedürfnisse der Arbeiterklasse; für unsere Vertreter waren die sozialpolitischen Gründe für Einhaltung der Sonntagsruhe bei ihrer Zustimmung maßgebend. Angemerkt zu werden verdient die Bemerkung des Abg. Müller-Julda, daß man in Essen sage, für die Firma Krupp gäbe es keine gesetzlichen Bestimmungen.

Für die Unteroffiziere in den Reichslanden werden alljährlich 425 000 M. Zulagen gefordert, weil bei dem Gegensatz, der dort zwischen Militär und Zivilbevölkerung bestehe, eine finanzielle Aufbesserung der Unteroffiziere notwendig erscheine. Der Referent, Abg. Noeren, fragte an, ob sich denn diese Verhältnisse noch nicht gebessert hätten. Der Kriegsminister erklärte, die Rekrutierungsverhältnisse lassen zur Zeit eine Aufbesserung dieser Zulagen nicht anständig erscheinen. Man mache jetzt Versuche, die in Elbeh-Lothringen liegenden Regimenter zu 25 Proz. aus der dortigen Bevölkerung zu rekrutieren; wenn der Versuch glücke, könne man auch auf Zugang zu den Unteroffizierstellen aus der dortigen Bevölkerung rechnen und dann könnten die Zulagen weggelassen. Abg. Gröber behauptete, aus eigener Erfahrung zu wissen, daß die Gegensätze zwischen Militär und Zivil im Elß nicht so scharf seien; besonders der weibliche Teil der Bevölkerung habe schon bald nach dem Kriege vielfach zarte Beziehungen mit den Soldaten angeknüpft und mit ihnen „Zählung gewonnen“. Die Wunden, die der Krieg gerissen, müßten erst vernarben, dann aber könne man die Zulagen streichen. Nach längerer Diskussion wurde der Titel bewilligt.

Von einer 10 Millionen-Forderung für Erneuerung des schweren Feldartillerie-Materials wurden, wie im Vorjahre, trotz lebhaften Widerpruchs der Heeresverwaltung 2 Millionen gestrichen.

Bei der Diskussion über Titel 91 der einmaligen Ausgaben, der eine Summe von 400 000 M. zur Verbesserung der Maschinerie in den staatlichen Waffenfabriken forderte, wurden die Verhandlungen abgebrochen und auf Donnerstag vertagt.

**Wahlprüfungs-Kommission.** Die Kommission stellte am Mittwoch die Berichte fest über die Wahlen: Dietrich (L.), Wahlkreis Ruppertsberg (Vereinerhebungen über amtliche Wahlbeeinflussungen) und Hartung (natl.), Wahlkreis Wiesbaden-Rheingau (Gültigkeitserklärung). Dann fährt sie in der Prüfung der Wahl des Konservativen v. Brockhausen, Wahlkreis Veldang-Drömming-Schießelheim fort. Die gestern bereits gemeldeten Vorkommnisse bei der Wahl werden von der Mehrheit der Kommission für so wesentlich gehalten, daß beschlossen wird, Beweis darüber zu erheben, ob vom Landratsamt an die Gemeindevorsteher die Anweisung erging, die Verbreitung sozialdemokratischer Flugblätter und Stimmzettel zu verhindern. Die Gültigkeitserklärung der Wahl wird bis dahin ausgesetzt, ferner soll schriftlicher Bericht an das Plenum erstattet werden.

Dann geht die Kommission zur Prüfung der Wahl Münch-Ferber (natl.), Wahlkreis Hof-Münchberg (Oberfranken) über. Bei der Stichwahl erhielt Münch-Ferber 12 605 Stimmen, der sozialdemokratische Kandidat Stüden 12 259 Stimmen, die Majorität des ersten beträgt also 310 Stimmen. Das Protokoll des Wahlkommissars sowie ein sozialdemokratischer Protest gegen die Wahl enthalten eine Reihe von Verstößen, die zu einem Teil von der Kommission für so wichtig erachtet werden, daß zunächst Vereinerhebungen angeordnet werden sollen und die Wahl beanstanden wird. In zehn Ortschaften soll Beweis darüber erhoben werden, ob Gemeindevorsteher im Auftrage von Bürgermeistern und Gemeindevorstehern Flugblätter und Stimmzettel für Münch-Ferber an die Wähler vor den Wahllokalen verteilt, sowie in einzelnen Orten von Haus zu Haus ausgetragen haben. In Wurlich war kein Holierraum vorhanden, die Wähler steckten im Wahllokal die Stimmzettel ins Couvert; in Fahrenmannsreuth war der Holierraum ungenügend, die Wähler konnten beobachtet werden, außerdem befanden sich mehrere Wähler zugleich hinter dem Wandschirm; in Nehau steckten mehrere Wähler die Couverts selbst in die Wahlurne; in Dörnthal lagen Stimmzettel für Münch-Ferber im Wahllokal aus — über all diese Fälle sollen Vereinerhebungen veranfaßt werden. Eine weitere Anzahl im Protest behaupteter widergesetzlicher Handlungen wurden von der Kommission nicht für genügend substantiiert befunden. Dagegen diskutierte die Kommission lebhaft über die vielfach behauptete Unzulänglichkeit der Wahlurnen, die eine Kontrolle darüber, wie die Wähler gestimmt haben, ermöglichten. Die Kommission beabsichtigt, nach der Feststellung gleicher Vorkommnisse in andern Wahlkreisen, zu der Frage principielle Stellung zu nehmen, vorläufig soll in einzelnen der behaupteten Fälle Vereinerhebung über die stattgehabte Kontrolle angefaßt werden.

Nächste Sitzung: Donnerstag.

## Freiwild.

IV. (Schluß.)

### Universitäten als Departements der politischen Polizei.

Eine Republik der Geister nannten sich einstens stolz die deutschen Universitäten; gegen den Ultramontanismus fiel noch vor wenigen Jahren aus dem Munde eines preussischen Professors das Wort von der „voraussetzungslosen Wissenschaft“; ein Ayl für politische Unabhängigkeit, eine Pflanzstätte auch des politischen Fortschritts war in der idealistischen Jünglingszeit unfers Bürgerthums die alma mater, an deren Brüsten sich die freiheitsbegeisterte

Jugend mit den revolutionären Ideen der klassischen Philosophen vollzog. Heute ist das anders geworden. Das Bürgerthum ist feist, faul und feige geworden. Unübersicht wie Schule haben sich in Institute zur Erhaltung der bestehenden Ordnung gewandelt; das brauchte uns nicht erst der Fall Krona zu lehren. Miß der frommen Denkungsart entströmten den Brüsten der alma mater, Königlich preussische, königlich sächsische, großherzoglich badische usw. Universitäten will man erziehen, königlich preussische, königlich sächsische, großherzoglich badische usw. Wissenschaft wird verzapft, und da unser Staat nichts faul ohne Polizei, so sind die Universitäten, die einsigen Stätten der Freiheit, auf denen blaspheemischer Weise noch heute der herrliche Polizei und Philister tropende Ruf „Wursten heraus!“ erschallt, zu Departements der politischen Polizei geworden. Nicht lange, daß die Selbständigkeit der Universitätsgerichtsbarkeit bis auf einen lächerlichen Rest beseitigt worden ist. Aus der Universitätspolizei könnte ihrem formalen Gehalt nach immer noch etwas gemacht werden; aber man will gar nicht selbständig sein, man wirft sich mit Freunden in die Arme des Herrn von Borries wie einstens des Herrn von Windheim, und der VII. Abteilung des Berliner Polizeipräsidiums oder wie an den andern Universitäten die zuständige Polizeibehörde zu bezeichnen wäre. Und da die deutsche Polizei heute in uniger Verbindung mit der russischen Polizei steht, so haben wir das Facit, daß deutsche Universitäten auch dem Einfluß der russischen Polizei unterstehen. Beachtenswert ist, daß in der eindrucksvollen Reichstags-Diskussion über das russische Spigelwesen auch nicht eine Partei außer der Socialdemokratie ein Wort des Tadels über die unwürdige Wutsbruderschaft zwischen Universität und politischer Polizei gefunden hat, die uns übrigens auch aus „Alt-Heidelberg der Feinen“ gemeldet wird.

Hier noch einiges Material zu diesem Kapitel: Nichtsoffen erklärte im März 1903, ihm sei von irgendwelchen Abmachungen mit den Universitätsbehörden in Bezug auf die russischen Studenten nichts bekannt, ohne seine Kenntnis aber könne nichts Derartiges bestehen. Und genügt die Thatsache, daß die Universitätsbehörden mit der Polizei Hand in Hand gehen und der Polizei jeden gewünschten Dienst leisten; natürlich auch vice versa.

Man darf nicht denken, daß sie sich ihres Vorgehens etwa schämen. Sie haben offenbar das Gefühl für ihr Thun ganz und gar verloren; mit der Zeit stumpft man eben ab. Einige Fälle etwa aus dem Jahre 1902, die uns mitgeteilt worden sind, zeigen, daß damals die Universitätsbeamten noch verlegen zu werden pflegten, wenn man sie darauf festnagelte, daß sie die Papiere der russischen Studenten dem Polizeipräsidium übersandt hatten. Heute ist das anders. Heute wird dem russischen Studenten einfach ganz offen ins Gesicht gesagt, er müsse sich etwas früher melden, weil die Papiere erst nach dem Polizeipräsidium geschickt werden müssen. Gewisse Rücksichten verhindern uns, hier auf einen bekümmerten Mißstand hinzuweisen, der sich in Anknüpfung an diese Erschwerung der Immatrikulation neuestens leider herausgebildet hat. — Es kommt zuweilen vor, daß ein Student, dem zunächst die Immatrikulation zugewiesen war, nach einem oder einigen Semestern zum Studium zugelassen wird, wobei ihm aber regelmäßig der Rat mit auf den Weg gegeben wird, ja niemals wieder mit „verdächtigen“ Personen zu verkehren.

Das nennt man doch noch akademische Freiheit! Dereinstens galt von den Universitäten, was von den Stanten galt: „die Luft machte frei“. Heute macht die Luft unfrei. Der russische Student steht unter Polizei-Aufsicht wie der Zuhälter, wie der Landstreicher, und zwar ohne daß irgend eine Behörde einen Finger für ihn rührt. Wenn Herr v. Nichtsoffen im Reichstag jüngst versicherte, ihm habe es in der ganzen Welt nirgends so gut gefallen, wie in Deutschland und Preußen, so glauben wir ihm das aufs Wort; aber gerade, daß Preußen das gelobte Land des Herrn v. Nichtsoffen ist, beweist, daß es auch das gelobte Land eines rüch-schändigen, kulturwidrigen Polizeigeistes ist.

### Denunziationen an die russische Polizei.

Zu diesem Thema sind die Fälle jener Massenverhaftung vom 15. Februar 1902 aus der Schmilfowskischen Gastwirtschaft, die Fälle Angel und Puchholz, sowie Pashkowskij (Krafftloff) bekannt. Ferner haben wir den Fall des Studenten V. und seiner Begleiterin erwähnt. Ganz Gleichartiges ist schon vor zwei Jahren einem russischen Studenten geschehen, der auf Denunziation von Berlin her (den Grenzbeamten war nämlich die Berliner Adresse des Studenten bekannt) an der Grenze einer langwierigen, hinfälligen Leibesvisitation unterzogen wurde. Möglich freilich, daß in diesem Falle auch ein russischer Spigel seine Hand im Werke gehabt hat.

### „Herr v. Nichtsoffen als Jongleur“ oder „Ausschweifung, nicht Auslieferung“.

Das tollste Stück hat Herr v. Nichtsoffen am 10. Januar 1904 geleistet, indem er die denkwürdigen Worte aussprach: „Es ist nicht möglich, russische Anarchisten anderswohin als an die russische Grenze zu bringen. Glauben Sie, daß es einem dritten Nachbarstaate Vergnügen macht, uns ausgewiesene Anarchisten abzunehmen... Wir lassen die Leute an, wo sie un bequem werden, und werden sie über die Grenze bringen, die wir für die richtigste halten.“ Erstreckungsweise ist dieser unerhörten Auffassung selbst der Abgeordnete Spahn entgegengetreten, und Herr v. Nichtsoffen hat sich, einzig in der Gesellschaft des Herrn v. Rormann, von allen andern Parteien verlassen sehen müssen.

Seine Auffassung ist aber auch gar zu originell. Eine Auslieferung liegt nach ihm im Falle a la Skolajew um deswillen nicht vor, weil ja ein förmliches Auslieferungsverfahren nicht vorangegangen ist. Das sieht etwa auf derselben Höhe wie die Rechtsfertigung einer Hinrichtung ohne richterliches Urteil durch den Hinweis, es sei ja eben keine Hinrichtung, da ein richterliches Urteil nicht vorliege. Um so schlimmer, sagen wir, dann ist es eben ein Wort. Um so schlimmer, müssen wir sagen, sind diese in der Form der Ausschweifungen erfolgten Auslieferungen, weil sie eben nicht in der Form und unter den Garantien der Auslieferung erfolgen. Gewiß sind sie keine Auslieferungen im juristisch-technischen Sinne, sie sind schlimmer als Auslieferungen, sie sind administrative Vollstreckungen von Auslieferungsabschlüssen, die niemals ergangen sind; sie sind Hinrichtungen ohne Urteil.

Wir wollen zu den verschiedenen in die Öffentlichkeit gedruckten Fällen solcher Anweisungen (hierher gehört insbesondere auch der Fall Weiskopf, bei dem es allerdings beim Versuch geblieben ist) noch einen hinzufügen. Es ist der Fall unfers Genossen Lysit, der im Oktober 1901 in Hamburg verhaftet und demnächst den russischen Gendarmen an der Grenze übergeben worden ist. Lysit, dem es gelungen war, aus Nishny-Dinsk in Sibirien zu entkommen, wofin er wegen seiner angeblichen Beteiligung an einer sozialistischen Verbindung 1899 verbannt worden war, wurde sofort wieder nach Sibirien und sodann auf dem Etappenwege nach Wladiwostok gebracht. Ein erneuter verzweifelter Fluchtversuch, den er im Mai 1902 unternahm, mißlang, und noch heute schmachtet er im Gefängnis.

Daß im August 1903 zwei Russen, darunter ein gewisser Rachmanoff (oder Kochimoff) aus Thorn nach Rußland ausgewiesen und an der Grenze in die Hände der russischen Schergen geliefert worden sind, ist vom Genossen Hoase am 19. Januar 1904 im Reichstag gestreift worden. Die „Leyten Nachrichten“, herausgegeben vom Ausländischen Komitee des Allgemeinen jüdischen Arbeiter-

Landes in Litauen, Polen und Rußland, bringen unter dem 1. Oktober 1903 folgende Korrespondenz aus Witebsk:

„Hierher ist auf dem Etappenwege der an der deutschen Grenze in Thorn verhaftete Rachmanoff mit seinem Genossen gebracht worden. Rachmanoff ist auf drei Jahre nach dem östlichen Sibirien verbannt.“

Das hat die preussische Polizei auf dem Gewissen. Wie berichtete doch die „Thorner Presse“ vom 20. Januar dieses Jahres? „Dem Kaiser von Rußland ist verliehen worden dem Oberwachmeister Niederhaus in Thorn die große goldene Medaille am Bande des Stanislaus-Ordens“. Mit wieviel Jahren Sibirien wird diese Ordensauszeichnung verdient sein?!

## Gewerkschaftliches.

### Christliche Gewerkschaften und Künstlerturn.

Die Verthätigung in der Wirklichkeit nimmt den in den christlichen Gewerkschaften organisierten Arbeitern eine Illusion nach der andern. Wenn man es auch nicht geradezu eingesteht, so ist doch die schöne Lehre von der Harmonie der Interessen der Unternehmer und Arbeiter in der christlichen Gewerkschaftsbewegung so gut wie abgethan. Mit dürren Worten haben christliche Gewerkschaftsführer bereits des öfteren den Klassenkampf zu predigen sich genötigt gesehen. Und in der jüngsten Nummer des Blattes des christlichen Maler- und Anstreicher-Verbandes, dem „Deutschen Maler“, geht der Redakteur in einer Auseinandersetzung mit dem Organ der katholischen Gesellenvereine, dem „Apoling-Blatt“, dem Wesfähigungs-nachweis und der Meisterprüfung zu Leibe. Das Gewerkschaftsblatt bestreitet, daß diese dem Gesellen heutigen Tages noch viel helfen könnten; gegen das Grobmeisterthum und das Kapital sei der Anfänger machtlos; Meisterbrief und praktische Kenntnisse nützen ihm da nichts; im allgemeinen müsse der Geselle sich damit abfinden, stets Geselle zu bleiben; daraus ergebe sich für die Gesellenvereinsmitglieder die Aufgabe, auf die Eringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse hinzuwirken. Dann heißt es in dem Artikel:

„Das Ständebewußtsein zu pflegen, haben die Gesellenvereine sich zur Aufgabe gestellt; auch wir halten viel darauf, nur mit dem Unterschiede, daß der Geselle zum Gesellen und der Meister zum Meisterstand gehört und beide ihre Ständesinteressen zu vertreten haben. Eine Verwischung dieser Gegensätze ist stets und wird auch für die Folge zum Schaden der Gehilfen seinen Ausgang nehmen. Man soll den Gesellen nicht immer auf die zukünftige Meisterchaft hinweisen, sondern ihn darauf aufmerksam machen, daß er als Geselle die Pflicht hat, sich eine geregelte Arbeitszeit und einen guten ausreichenden Lohn zu verschaffen.“

Wie man sieht, dringt der Geist der modernen Arbeiterbewegung in die christliche Gewerkschaftsbewegung ein. Die Erkenntnis des proletarischen Klasseninteresses nimmt unter den dem Centrum noch ergebenen Arbeitern täglich zu, und eines Tages werden sie die trügerischen Vorspiegelungen der Centrumdemagogie in ihrer ganzen Faltschheit erkennen.

### Berlin und Umgegend.

**Achtung! Gipfildauer und Kuträger!** Infolge Lohn Differenzen legten bei der Firma Schaffer (Wrasch Nachfolger) am Bau des Landgerichtes, Neue Friedrichstraße, sechs Kollegen die Arbeit nieder. Die Werksrat ist von den Kollegen der Studbrände bis auf weiteres zu meiden. Die Ortsverwaltung.

**Zur Achtsundbewegung der Relief, Bunt- und Golddruck-gravure erhalten wir vom Deutschen Graveurverein folgende Verichtigung.** Wir erklären hiermit, daß von einem Siege der Graveurgesellenshaft bezüglich des Achtsundentages keine Rede sein kann.

Diese Arbeitszeit haben nur ca. 12—15 Arbeitgeber bewilligt, welche noch nicht unrer Organisation beigetreten sind; weitere ca. 300 Firmen erkennen diese Forderung der Gesellenshaft überhaupt nicht an. Die Organisation der selbständigen Graveure und Ciseleure Berlins.

Die Verichtigung, deren Aufnahme von uns unter Hinweis auf den § 11 des Preßgesetzes gefordert wurde, bezieht sich auf einen Bericht, den wir in unserer Nummer vom 12. d. M. brachten. Wir haben dieselbe aufgenommen, obgleich wir nicht finden können, daß dieselbe im Widerspruch zu den Mitteilungen des Berichtes steht, denn in demselben wird ausdrücklich gesagt, daß zwar die größeren Firmen bewilligt haben, daß dies aber bei einer Reihe kleiner Firmen noch nicht der Fall sei.

**Im Bantischer Streik in Steglitz und Umgegend** ist eine Aenderung insofern eingetreten, als drei Firmen mit insgesamt 23 Gesellen die Forderung bewilligt und den Tarif unterschrieben haben. Der Tischlermeister Lohs (Lankwitz) verlangte von der Herberge zur Heimat 10 tüchtige Tischlergesellen, obgleich er sonst nur 6 beschäftigt. Am 16. Februar fand in Rietefeld eine Mitglieder-Versammlung des Holzarbeiter-Verbandes statt, welche von über 200 Kollegen besucht war. Die Stimmung der Streitenden ist eine gute und wird noch dadurch erhöht, daß die meisten in Betracht kommenden Einfuhrer sich mit den Streitenden solidarisch erklärt und die Arbeit niedergelegt haben.

Sämtliche Zuschriften und Anfragen sind zu richten an Paul Kästner, Steglitz, Marksteinstr. 1. Dorselbst im Restaurant Kramer (Telephon: Amt Steglitz 191) befindet sich das Streikbureau.

### Deutsches Reich.

**Achtung, Nagelschmiede!** Die Nagelschmiede und Maschinensteller der Nagelfabrik in Vergedorf sind in den Ausstand getreten. Diese Maßnahme ist notwendig geworden, weil einerseits die Behandlung seitens des Werkführers viel zu wünschen übrig läßt, andererseits jedoch ist am 25. Januar dieses Jahres durch Anschlag in der Fabrik eine Bekanntmachung erlassen, welche geradezu rigorose Strafen vorseht. So werden z. B. auf 100 Rüge, wenn dieselben um 2—3 Rüge zu schwer sind, 5—30 Pf. in Abzug gebracht. Dabei ist bei der Bemessung der Strafen jedwede Kontrolle der Arbeiter unmöglich. Die Arbeiter haben bereits zu diesem Gebahren der Firma Stellung genommen und eine Kommission mit ihrer Vertretung beauftragt.

Die Forderungen sind: 1. Beginn der Arbeitszeit um 6 $\frac{1}{2}$  Uhr morgens. 2. Zurückziehung vorstehender Bekanntmachung. 3. Die Mittagsstunde von 1 auf 1 $\frac{1}{2}$  Stunde zu verlängern. Außerdem sollten noch einige andere Mißstände beseitigt werden.

Diese durchaus geringen Forderungen wurden von der Direktion abgelehnt. Mit dem Vertreter der Organisation zu verhandeln lehnten die Herren ebenfalls ab, worauf insgesamt 63 Kollegen die Arbeit niederlegten. Die Arbeiter sind sämtlich organisiert.

Zuzug ist deshalb nach dort streng fern zu halten.

Alle Anfragen sind an den Vorsitzenden des Verbandes der Schmiede: F. Lange, Hamburg, Uhlenhorst, Herberstr. 2, zu richten.

**Steinfeger.** In Döfersleben haben die Steinfeger die Arbeit eingestellt, da der in Betracht kommende Unternehmer auch dies Jahr wieder sogenannten Winterlohn, d. h. 5—10 Pf. weni ger Stundenlohn als sonst üblich zahlen will. Damit sind die Steinfeger nicht einverstanden. Alle Ausständigen sind organisiert. Zuzug ist fernzuhalten.

**Die Schneider in Frankfurt a. M.** beauftragten in einer Versammlung ihrer Ortsverwaltung, mit dem Arbeitgeber-Verbande zwecks Schaffung einer Tarifgemeinschaft in Unterhandlung zu treten.

### Crimmitschau nach der Aussperrung.

**Achtung! Organisierte Arbeiter allerorts!** Noch immer sind in Crimmitschau über 1000 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt. Die Unternehmer versuchen trotzdem noch fremde Arbeitswillige hereinzuführen. Arbeiter allerorts:

Reidet Crimmitschau!

Und geht eine genaue Aufstellung darüber zu, in welcher Weise die Crimmitschauer Fabrikanten nach Beendigung des Kampfes durch Heranziehung fremder Arbeitskräfte ihre Friedensliebe bezeugen. Die Firmen Feiner u. Schumann, Christof Hündel und Grimm u. Albrecht leisteten sich einen Massentransport von 70 Personen. Dieselben wurden auf zwei Möbelwagen und einem Krenser nach den Fabriken transportiert. Es wurden weiter herangezogen: für die Firma J. W. Birner 12 Personen; für die Wundweberei fünf Familien, zusammen 18 Personen; für Paul Hoffmann 2; für E. D. Köffel 2; für S. Schönfeld 6; für F. Weidmüller 2; für C. Wötter 1; unbekannt für welche Firmen zusammen 22 Personen.

Zusammen sind nach Beendigung der Bewegung noch 114 Personen, darunter 15 Kinder im Alter von 1-6 Jahren nach Crimmitschau geschafft worden.

In einer Volksversammlung in Großenhain, in welcher über das Thema: „Warum wurde in Crimmitschau der Kampf abgebrochen und was lehrt er uns“, verhandelt wurde, sprach sich in der Diskussion Herr Diakonus G. a. u. a. ungefähr folgendermaßen aus: „Die Haltung des Pfarrers Schindl in Crimmitschau während des Kampfes sei nicht korrekt gewesen; er hätte sich neutral verhalten müssen. Durch dieses Hervortreten zu Gunsten des Unternehmertums sei das Ansehen der Geistlichen in Gefahr gekommen. ... Es sei für einen Geistlichen unmöglich, sich auf die Seite der vom Unternehmertum Unterdrückten und Entrechteten zu stellen, ohne Gefahr zu laufen, selbst die Existenz auf das Spiel zu setzen. Ein Geistlicher müsse sich vollständig neutral verhalten, auch dann, wenn die Erkenntnis vorhanden ist, daß das Unrecht auf der Seite der Unternehmer zu suchen ist.“

Wenn Christus ebenso vorzüglich gewesen wäre wie seine Nachfolger, dann hätte man ihn nicht ans Kreuz geschlagen.

### Husland.

#### Die Differenzen in der Diamantindustrie.

Der niederländische Ministerpräsident und Minister des Innern, Dr. Ruijter, hat am Montag dem Allgemeinen Niederländischen Diamantarbeiter-Verband, der Diamantarbeiter-Abteilung des „Batimionium“ und ebenso der Amsterdamer Juweliers-Vereinigung folgendes Telegramm geschickt: „Mit Freuden vernahm ich, daß nun bereits beiderseits ein Schritt zu gegenseitiger Annäherung gethan worden ist. Wenn dieser Schritt durch einen zweiten ergänzt würde, könnte vielleicht der Weg zur Lösung der Differenzen erschlossen sein und diesem Glend vorgebeugt werden. Soweit man beiderseits der Meinung ist, daß dies von Obriktisweg befördert werden kann, bin ich gern bereit, hierzu mitzuwirken.“ Die Vertreter der Arbeiterorganisationen Polak und Douwes antworteten telegraphisch hierauf: „Mit Dank für das bewiesene Interesse haben wir die Ehre Euer Excellenz mitzuteilen, daß nach unserer Meinung eine Lösung der schwebenden Differenzen durch Aufstreben von Obriktisweg befördert werden könnte, und wir gerne bereit sind, die dazu nötigen Schritte zu thun.“

Die Juweliers-Vereinigung hat nach Empfang von Ruijters Telegramm beschlossen, die bereits früher geplante Aussperrung bis auf Mittwochmorgen 12 Uhr hinauszuschieben, und sich telegraphisch bereit erklärt, dem Minister Aufklärungen zu geben. Eine Deputation der Juweliers wurde bereits am Mittwochmorgen vom Minister empfangen. — Inzwischen hat sich die Aussperrung in Amsterdam am Montag und Dienstag noch weiter ausgebreitet.

Ueber die Situation in Antwerpen wird folgendes berichtet: „Genauere Angaben über den Stand der Aussperrung zu machen, war in diesen Tagen nicht möglich, weil in Antwerpen der Karneval stattfindet und in der ersten Hälfte der Woche allgemein gefeiert wird. Erst am Donnerstag beginnt die Arbeit wieder. Am vergangenen Sonnabend war es eine Anzahl Juweliers mit zusammen 620 Arbeitern, die die Bedingungen des Verbandes unterzeichnet hat. Außerdem haben verschiedene Juweliers, darunter große Arbeitgeber, um Verhandlung nachgesucht. Alle Juweliers, die jetzt arbeiten lassen, thun es unter der Voraussetzung, daß wenn 1000 Mann wieder an der Arbeit sind, die Arbeitsbedingungen des Verbandes durchgeführt werden. Nach Berichten bürgerlicher Blätter sollten diejenigen Arbeitgeber, die die Bedingungen des Verbandes unterzeichnet haben, größtenteils Zwischenmeister sein, die ihre Arbeit erst von den Juweliers erhalten. Dazu wird seitens der Vertreter des Antwerpener Diamantarbeiter-Verbandes bemerkt: „Anfänglich liehen wir auch Zwischenmeister unterzeichnen, bemerkten aber am Donnerstag, daß die Juweliers dies dazu ausnutzten, die vorhandene Arbeit fertig machen zu lassen. Die Anzahl Arbeiter, wofür bis zu dem Tage unterzeichnet war, ging weit über 1000. Am Freitag haben wir dann beschlossen, daß nur die Juweliers zur Unterschrift zugelassen werden sollen, und Sonnabend hatten diese für eine Gesamtzahl von 620 Arbeitern unterzeichnet.“

Die Lohnbewegung der Buchdrucker und verwandter Berufsge nossen in Amsterdam. Die Arbeitskommission für die Druckereibetriebe in Amsterdam hat nun einen Versöhnungsrat ernannt, der über einen Ausgleich der Differenzen zwischen den Prinzipalen und Gehilfen beraten soll. Dieser Versöhnungsrat besteht aus drei Prinzipalen, drei Gehilfen, einem außerhalb der Parteien stehenden Vorsitzenden und seinem Stellvertreter. — Die Kombination der christlichen typographischen Vereinigungen hat dieser Tage ein Schreiben an die Organisation der Prinzipale gerichtet, worin sie die Prinzipale ersucht, ihren ablehnenden Beschluß nochmals zu prüfen und sich zu Verhandlungen mit den Arbeiter-Organisationen zu entschließen. Antwort wird vor dem 15. März gewünscht. — Die „Christlichen“ wollen sich jetzt also ebenso wenig wie die der allgemeinen Föderation angeschlossenen Organisationen mit dem ablehnenden Beschluß der Prinzipale zufrieden geben. Die der Föderation ebenfalls angeschlossenen Buchbinder, denen die Buchbindermeister ebenso wenig wie die Druckerbesitzer auf die Forderungen geantwortet haben, besaßen sich kürzlich mit der Lohnbewegung in einer öffentlichen Versammlung, wo die vielen Mißstände ihres Berufs, die erbärmlichen Löhne, die Lehrlingsausbeutung, die Schäden der Hausarbeit usw. besprochen wurden.

## Verfammlungen.

**Schau vor der Heimarbeit!** Ueber dieses Thema sprach Frau Dr. Lily Braun in einer vom Gewerkschaftsrat einberufenen öffentlichen Versammlung, die am Montag in Kellers Festsaal stattfand. Die Ausführungen der Referentin gipfelten in den Vorschlägen, die in der bereits am 22. Januar von der Delegiertenversammlung des Gewerkschaftsrates angenommene Resolution dargelegt sind. Nachdem in der Diskussion noch einige Fälle schändlicher Ausbeutung aus der Konfektionsindustrie besprochen worden waren, nahm die Versammlung jene Resolution (abgedruckt in Nummer 81 des „Vorwärts“) einstimmig an und beauftragte das Bureau, sie dem bevorstehenden Reichsarbeiterkongress zu übermitteln. Als Delegierten zu diesem Kongress wählte die Versammlung den Konfektionsarbeiter Mich e l.

Ueber die beiden Tarifverträge der Berliner Fliesenleger diskutierten lebhaft am 11. Februar eine öffentliche Fliesenleger-Versammlung, welche von der in der letzten Versammlung angegriffenen „Freien Vereinigung der Fliesenleger“ einberufen worden war, an der aber auch die Mitglieder des Hausvereins der Fliesenleger von Berlin und Umgegend und die Mitglieder der Fliesenleger-Sektion des Maurerverbands teilnahmen. Im Bureau der Versammlung waren

alle drei Organisationen vertreten. Die e h von der Freien Vereinigung referierte. Er und in der folgenden Debatte namentlich G ä s c h e, S c h w a r z, K l e m m a n n z. wiesen die Vorkämpfer zurück, die der Freien Vereinigung wegen des Abschlusses ihres Tarifvertrages mit den größeren Firmen Hofenfeld, Willeroch u. Vogt, Endes und G. Sieble gemacht worden sind. Sie bestritten, daß ihr jetziger neuer Vertrag so minderwertig sei, wie er von den Vertretern der beiden anderen Organisationen hingestellt werde. Im vorigen Sommer hätten sie den von der Sektion des Verbandes und dem Verein der Fliesenleger gemeinsam unternommen Streik nicht mitgemacht, weil sie einen noch bis zum Februar laufenden Vertrag mit den genannten Firmen hatten. Sie wären aber doch bereit gewesen, wegen derselben Forderungen mit ihren Kontrahenten zu verhandeln und hätten das nur unterlassen, weil über ihre Köpfe hinweg über die genannten Firmen plötzlich die Sperre verhängt worden sei. — Puttlich und Wegner (Verein der Fliesenleger) sowie Winzler (Verband der Maurer) biteten jedoch dabei, daß die „Freie Vereinigung“ bei Neuabschluss ihres Vertrages mit Hofenfeld, Willeroch und Vogt, Endes sowie Sieble auf keinen Fall sich hätten mit weniger zufrieden geben dürfen, als was jene beiden Organisationen im Sommer erkämpft bzw. in ihrem gemeinsamen Vertrage mit den 13 anderen Firmen niedergelegt hätten. Sie hätten vor allem auf die allgemeine Festlegung des Stundenlohns von 80 Pf. (abgesehen von absoluten Neulingen im Fliesenlegerberuf) bestehen und eventuell dafür kämpfen müssen. Der Unterstützung der Kollegen aus dem „Verein der Fliesenleger“ und aus dem Verbands wären sie sicher gewesen. Es bedauere eine große Schädigung der allgemeinen Interessen der Fliesenleger, daß sie den großen Firmen den Bierfaulenlohn (72 1/2, 75, 77 1/2 und 80 Pf., je nach der Beschäftigungsdauer im Fliesenlegerberuf) zugestanden, wozu 80 Pf. erst erhalte, wozu schon vier Jahre lang Fliesen verlegt habe. — Winzler bezeichnete das Herabgehen unter die Arbeitsbedingungen der übrigen Kollegen als einen Verrat an diesen, dessen Folgen sich bei schwächerer Konjunktur um so mehr zeigen würden, als er gerade den kapitalkräftigen Firmen zu gute komme. Puttlich sprach die Erwartung aus, daß die Kollegen von der „Freien Vereinigung“ ihr Unrecht doch noch mal einsehen würden und es dann zu einer Einigung käme. Koch betonte in seinem Schlußwort, daß dies möglich wäre, wenn der Verein der Fliesenleger, von dem sich die „Freie Vereinigung“ abgezweigt hat, andre Bahnen einschlägt. — Mit 77 gegen 75 Stimmen wurde folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung bedauert das Verhalten der in der „Freien Vereinigung“ organisierten Kollegen, indem diese mit drei Firmen einen Vertrag auf neue vereinbart hat, der minderwertiger ist als der zwischen dem Fliesenleger-Verein und der Sektion des Maurerverbandes einerseits und 13 Firmen andererseits bestehende Tarif. Die Versammlung erwartet von den Mitgliedern des obigen Vereins, daß sie endlich ihr die Arbeiterbewegung schädigendes Treiben aufgeben und sich den Bestimmungen der im Verein der Fliesenleger und der im Verbands organisierten Kollegen anschließen. Die Versammlung lam die Freie Vereinigung als zeitgemäße Organisation nicht ansehen und hofft, daß deren Mitglieder sich den anderen Organisationen bald anschließen, um ein einheitliches Vorgehen gegen das Unternehmertum zu ermöglichen.“

**Centralverband der Töpfer.** Die Filiale Berlin dieses Verbandes hielt am Freitag in Kellers Festsaal ihre Generalversammlung ab. Der Rechenschaftsbericht für das Jahr 1903 lag in einer 83 Seiten umfassenden Druckschrift vor. Darin wird zunächst über die Kämpfe um den Arbeitsnachweis ausführlich berichtet. Bekanntlich wurde der paritätische Arbeitsnachweis für das Töpfergewerbe im Frühjahr vorigen Jahres von der Innung konfiziert und aufgehoben. Die Gehilfen beschloffen jedoch, den Arbeitsnachweis durch ihre Organisation obligatorisch weiter zu führen. Die Meister gründeten sich auch einen eignen Nachweis, was sie durch Säulenanschlag bekanntgaben, hatten jedoch keinen Erfolg mit ihrer Gründung, während der Nachweis der Gehilfen so gut florierete, daß zwei Tage nach seiner Gründung die vorhandenen gewesenen einige Hundert Arbeitslosen sämtlich untergebracht waren. Der Jahresbericht über den Arbeitsnachweis ergibt, daß in den Monaten Mai, Juni, September, November und Dezember die Nachfrage nach Arbeitkräften größer war als das Angebot, wogegen in den übrigen sieben Monaten das Angebot mehr oder weniger größer war als die Nachfrage. Im ganzen wurden 7777 Meldungen von Arbeitslosen eingetragen, verlangt wurden 8358 Gehilfen, also 682 mehr als sich gemeldet hatten. Im ersten Vierteljahr war die Konjunktur, wie immer in dieser Jahreszeit, keine gute; zeitweise waren über 700 Arbeitslose eingetraget. Im übrigen hat sich durch den geregelten Arbeitsnachweis die Dauer der Arbeitslosigkeit für einzelne Arbeiter vermindert. In früheren Jahren waren viele ununterbrochen 8, 10, einige sogar bis 14 Wochen arbeitslos, im verfloffenen Jahre aber betrug die höchste ununterbrochene Dauer der Arbeitslosigkeit nur fünf Wochen. Zur Arbeitsniederlegung bei einzelnen Arbeitgebern kam es im verfloffenen Jahre acht mal. In sehr vielen Fällen wurden die Vertreter der Organisation zur Schlichtung von Differenzen herangezogen. Als Vorarbeit zur Lohnbewegung und um die ungeheuerlichen, von Unternehmenseite und von der „Deutschen Tageszeitung“ in die Welt gesetzten Angaben über unnahig hohen Arbeitsverdienst der Töpfergehilfen zu widerlegen, wurde eine Lohnstatistik aufgenommen; und zwar wurden, um möglichst zuverlässiges Material zu erhalten, die Vertrauensmänner beauftragt, für einen bestimmten Zeitraum an jedem Sonnabend die Löhne der einzelnen Kollegen in einen Fragebogen einzutragen. Die hieraus gewonnene Statistik, die sich auf die Monate Mai und Juni und auf 91 Bauten, wo 1190 Töpfer beschäftigt waren, erstreckt, ergibt, daß Wochenverdienste von 60 bis 65 Pf. und darüber nur sehr selten zu verzeichnen waren, daß daneben aber auch solche von unter 20 Pf. vorkamen, was von den Meistern, wenn es sich um Lohnminderungsangelegenheiten handelt, ja auch zugegeben wird. Die Lohnbewegung selbst war, trotzdem es anlässlich der Streiks in Belten und Fürstenwalde schien, als wollten die Unternehmer einen Vernichtungskrieg gegen den Töpferverband führen, von Erfolg begleitet. Es kam ein neuer, in einzelnen Positionen verbesserter Tarif zu stande, der bis zum 31. Dezember 1905 gelten soll. — Rechtschutz wurde im Verdictjahr an zwei Mitglieder wegen Lohnzeitigkeiten gewährt. In beiden Fällen wurden die Arbeitgeber verurteilt; ebenso in einem dritten Fall, der noch vom Vorjahre schwebte. Für sechs Mitglieder, die wegen Nötigung und Erpressung zu Gefängnisstrafen verurteilt waren, wurde beim Reichsgericht Revision eingelegt, jedoch ohne Erfolg. — Am 1. Mai war wie im vorhergehenden Jahre die Arbeitsruhe allgemein. — Die Filiale hatte am Jahresabschluss 1903 Mitglieder. — Die Jahresabrechnung für 1903 weist hinsichtlich der Verbandskasse die Bilanzsumme von 45 606,33 M. auf. An die Hauptkasse wurden in bar 27 780 M. abgeliefert. Für Krankenunterstützung wurden 8744,75 M., für Streik- und Gemahrgeldest-Unterstützung 2254 M. ausgegeben. Die Abrechnung der Lokalkasse schließt mit der Bilanzsumme von 63 909,75 M. An die Hauptkasse wurden als Streikunterstützung 35 334,05 M. aus der Lokalkasse abgeliefert. Zum Streik in Dresden wurden 1000 M. gegeben. Die Lokalkasse hatte am Jahresabschluss 23 805,65 M. Bestand.

Ueber den Jahresbericht und die Abrechnung wurde in der Generalversammlung eingehend diskutiert. Die Debatte, die sich wesentlich auf interne Angelegenheiten der Organisation bezog, wurde schließlich auf eine der nächsten Versammlungen vertagt. — Die Vorstandswahlen hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Richard Hagen, 2. Max K e m n i t z; 1. Kassierer Hermann J o h n, 2. Max W e d e m; Schriftführer Rudolf S c h m i d t; Beisitzer Hermann G e r l a c h und K e i n k e. Als Revisor wurde W o h m - h a m m e l gewählt.

Der Verband der Bauarbeiter (Zahlstelle Berlin) hielt am Sonntag bei Buggenhagen seine ordentliche Generalversammlung ab. Nachdem die Anwesenden das Ableben sechs verstorbener Mitglieder sowie des Genossen Rosenow durch Erheben von den Plätzen geehrt hatten, verlas der Kassierer W ö t t e r die Abrechnung vom 4. Quartal v. J.

Mit Einschluß des Kassenbestandes hatte die Zahlstelle eine Einnahme von 84 165,43 M. und eine Ausgabe von 32 989,17 M., so daß ein Bestand von 51 176,26 M. verblieb. Sodann erläuterten W ö t t e r und Heidemann den kürzlich herausgegebenen Geschäftsbericht für das Jahr 1903. Anknüpfend an den Uebertritt der Rabigspanner in den Maurerverband bemerkte Heidemann, daß, wenn ähnliche Verschmelzungen sich wiederholen sollten, es besser wäre, anstatt der bestehenden verschiedenen Verbände im Baugewerbe einen einzigen großen Industrieverband zu gründen. Er teilte ferner noch mit, daß die Fliesenleger-Hilfsarbeiter, sowie die Fabrikarbeiter demnächst in eine Lohnbewegung einzutreten gedenken; die erforderlichen Vorarbeiten dazu seien bereits ganz oder teilweise erledigt. In der lebhaften Diskussion ging u. a. S c h m i d t auf den Tarifvertrag der Bauarbeiter ein, wobei er besonders hervorhob, daß die Accordarbeiter nach den jetzigen Tariflagen billiger arbeiten müßten wie früher; nur die Lohnarbeiter hätten einen kleinen Vorteil von dem Vertrage gehabt. Er empfahl, bei künftigen Tarifverhandlungen den Forderungen der Accordarbeiter in höherem Maße gerecht zu werden. Nach Schluß der Debatte wurde dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. Die alsdann vorgenommenen Ergänzungswahlen hatten folgendes Ergebnis: 2. Bevollmächtigter K r i e b o w; Revisoren S i l b e r b a c h, B r e n s i e und M ä d e; Beschwerdekommision K r i e g e r, M u n d s o w s k i, S i c h e l, W e h n i d e und S c h u l z.

Der Verein der Zimmerer Verkins und Umgegend hielt am Sonntag eine außerordentliche Versammlung ab, die hauptsächlich den Zweck hatte, Stellung zu der am 21. und 22. Februar stattfindenden Konferenz der Vereinigung der Zimmerer Deutschlands zu nehmen. Der Geschäftsleiter Th. F i s c h e r, der zu diesem Punkt referierte, gab zunächst eine kurze Uebersicht über die Entwicklung der Vereinigung, der jetzt 26 Vereine mit ca. 2200 Mitgliedern angehören. Der Redner besprach sodann die Aufgaben der Konferenz. Unter anderem würde dort auch über Erhöhung der Beiträge verhandelt werden, die nach dem jetzt geltenden Statut in den einzelnen Vereinen pro Jahr nicht unter einem halben Wochenlohn betragen sollen. Es sei jedoch noch nicht gesagt, daß die geplante Erhöhung auch für Berlin in Betracht kommen werde. Zum Punkt „Presse“ bemerkte der Redner, daß für den Gedanken, ein eignes Organ der Vereinigung zu gründen, keine große Sympathie vorhanden wäre; jedoch müsse dafür gesorgt werden, Mittel und Wege zu finden, um die besonderen Berufsinteressen der Zimmerer in der „Einigkeit“ mehr als bisher zur Geltung zu bringen. Die Konferenz wird sich außerdem auch mit der Bauarbeiter-Gesetzgebung beschäftigen. — Sodann wurde über Anträge zur Konferenz beraten. Ein Antrag: Die Konferenz möge beschließen, daß wenn jemals wieder von der sozialdemokratischen Partei Aufforderungen zu einer Einigung mit den Centralverbänden ausgehen sollten, sie rundweg abzulehnen, wurde gegen wenige Stimmen verworfen. Als Delegierte zur Konferenz wurden Hoff und P ä s t e r gewählt; als Delegierte der Zahlstellen der Vororte sind W e r n i d e, L i e f e g a n g, J ä d e l und W a s c h u l e w s k i gewählt. Außerdem beschloß die Versammlung, daß die Rechtschutz-Kommission in Zukunft aus dem Vorsitzenden des Vereins, dem Geschäftsleiter der Vereinigung und einem zu wählenden Mitglied bestehen soll. Neben Juppentag und Fischer wurde Lau in die Kommission gewählt.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Der Leipziger Arztkonflikt.

Leipzig, 17. Februar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Einigungsverhandlungen zwischen der Kasse und den Ärzten, die am Montagabend endgültig gescheitert waren, sind wiederum aufgenommen. Die Regierung berief Vertreter beider Parteien heute zu einer nochmaligen Verhandlung ein, welche heute abend unter dem Vorsitz des königlichen Kreishauptmanns stattfand und zu dem Resultat führte, daß beide Parteien eine nochmalige Beschlußfassung über die Regierungsanträge herbeiführen werden. Sowohl der Kassenvorstand wie die Ärzteschaft beriefen bereits für morgen abend die entscheidenden Sitzungen ein.

### Russisches.

Petersburg, 17. Februar. Der Russischen Telegraphen-Agentur wird aus Port Arthur vom heutigen Tage gemeldet: Die Stadt ist ruhig, die Truppen haben ihre Stellungen inne. Es verlanter. Juanschikal haben den Truppen die Neutralität Chinas mitgeteilt und ein kleines Detachement zum Schutze der chinesisch-mandschurischen Grenze entsandt. — Ferner heißt es, die Japaner besten die Chinesen mit Hilfe von Geld auf, die Eisenbahn in der Mandschuwei zu beschließen. — Die Mobilisierung macht ausgezeichnete Fortschritte; dem Statthalter Alexander gehen aus allen Teilen Rußlands Glückwunschk-Telegramme zu. Am Jalu ist alles ruhig.

### Unterhaud.

London, 17. Februar. Unterstaatssekretär des Aeußern Werch erklärt, der Regierung sei nichts davon bekannt, daß die russische oder die japanische Regierung irgend eine Erklärung darüber abgegeben habe, ob Kohle als Kriegskonterbande angesehen werde. — Im weiteren Verlaufe der Sitzung entspinnt sich eine längere Debatte über einen von Samuel zu dem Adreßentwurf eingebrachten Antrag, in welchem gegen die Einführung chinesischer Arbeitskräfte nach Transvaal Widerspruch erhoben wird.

### Die Weltausstellung und der asiatische Krieg.

London, 17. Februar. Dem „Reuterischen Bureau“ wird aus St. Louis gemeldet, Rußland habe seine Absicht, sich an der Weltausstellung zu beteiligen, aufgegeben. Der japanische Vertreter habe sofort, als er davon hörte, gebeten, daß der Rußland zugebilligte Raum noch als Zusatzausstellung für die japanische Ausstellung bewilligt werde.

### Der Angriff gegen Port Arthur.

London, 17. Februar. Nach einem Telegramm der „Saint James Gazette“ aus Kobe bestätigt eine amtliche Bekanntmachung, daß die japanischen Torpedoboote am Sonntag früh einen neuen Angriff gegen Port Arthur unternahmen und ein im Hafen liegendes russisches Dampfschiff sowie ein außerhalb desselben befindliches Schiff mit Torpedos beschossen. Es wird hinzugefügt, daß die japanischen Schiffe sich unbeschädigt zurückzogen.

Port Arthur, 17. Februar. (Meldung der Russischen Telegraphen-Agentur.) Bei dem am 9. Februar stattgehabten Gefecht schlug ein zwölfzoll-Geschöß auf dem Dampfer „Rasan“ der Freiwilligen Flotte am Oberbord ein und verursachte ein imbedeutendes Feuer. Es ist kein Verlust an Mannschaften und nur ein geringer Materialschaden entstanden.

Nach einer Mitteilung des „Ostasiatischen Lloyd“ sollen sich die Japaner in Saseho und Kure, ferner im Norden der Bucht von Hiroshima sowie in Hologama und Matsuda concentrieren.

Tokio, 17. Februar. Von amtlicher Stelle wird berichtet: Es gelang der japanischen Torpedojäger-Flottille während eines schweren Schneesturmes sich am 13. Februar Port Arthur zu nähern. Am Morgen des 14. um 3 Uhr fuhr der „Asagiri“ durch das Feuer der Forts und des russischen Geschwaders hindurch auf die russischen Schiffe zu und gab einen Torpedoschuß ab. Nachdem es einen russischen Aviso vernichtet hatte, kehrte das japanische Schiff glücklich zurück. Ferner entdeckte der Torpedojäger „Hagatori“ gegen 5 Uhr desselben Morgens zwei russische Schiffe, welche dicht beim Hafeneingang lagen. Trotz des Feuers des Feindes gelang es ihm, eines dieser Schiffe mit einem Torpedo zu treffen, dessen Explosion man beobachtete. Auch dieses Schiff kehrte heil zurück.

Reichstag.

35. Sitzung. Mittwoch, 17. Februar 1904, 1 Uhr. Am Bundesratsitz: Graf Pofadowsky, Freiherr v. Stengel.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Lesung der Novelle zur Reichsgeldordnung.

Dazu liegt vor ein sehr ausgedehnter Antrag des Abgeordneten v. Strombeck (C.), der in drei Teilen mannigfache Änderungen der Novelle verlangt.

Eine Generaldebatte findet nicht statt. In der Specialdiskussion erklärt

Abg. v. Strombeck (C.): Auf den Wunsch meiner politischen Freunde ziehe ich meinen Antrag zurück. (Heiterkeit und Beifall.) Die Novelle wird unverändert in der Gesamtabstimmung angenommen.

Darauf wird die zweite Lesung des Etats des Reichsamts des Innern fortgesetzt beim Extraordinarium, Titel 22a und folgende.

Beim Titel „Zur Förderung der Herstellung geeigneter Kleinwohnungen für Arbeiter und gering besoldete Beamte in Reichsbetrieben durch Gewährung von Darlehen an Bauvereine, Baugenossenschaften usw., sowie zum Erwerb geeigneten Baugeländes 5 Millionen Mark“ nimmt das Wort

Abg. Singer (Soz.):

In der Kommission bestanden Meinungsverschiedenheiten darüber, ob das Reich auch solche Baugenossenschaften mit Mitteln unterstützen solle, die Häuser errichten, welche in den Besitz von Privaten übergehen. Das ist bisher schon in nicht kleinem Umfang geschehen, z. B. durch die Preussische Baugenossenschaft, den Arbeiterbauverein in Herne, die Bauvereine in Königsberg und Posen.

Die öffentlichen Mittel des Reiches sind nach meiner Meinung nicht dazu da, um Hausbesitzer zu züchten. Vergessen Sie nicht, daß der größte Teil der öffentlichen Mittel aus den Zöllen und Verbrauchssteuern genommen wird, daß also die Armen den größten Teil dieser Mittel aufbringen.

Die Notwendigkeit der Anwendung von Reichsmitteln zur Förderung des Wohnungsbaus der im Reichsbetriebe beschäftigten Arbeiter und kleinen Beamten wird meist zunächst aus dem Mangel an geeigneten Wohnungen hergeleitet. Ein fast noch wichtigeres Moment aber spielt die Tatsache, daß die Arbeiter und kleinen Beamten meist gar nicht in der Lage sind, eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohnung zu bezahlen.

Die heutige Gesellschaft will diese Mißstände nie völlig beseitigen, aber auch durch Palliativmittel, wie die Unterstützung der Baugenossenschaften, läßt sich innerhalb der heutigen Wirtschaftsordnung manches erreichen. Wir dürfen aber nur solche Baugenossenschaften unterstützen, bei denen die Mietspreise nur festgesetzt werden nach Maßgabe der Verzinsung des Baukapitals und der Kosten der Instandhaltung, bei denen somit der Faktor des materiellen Auswuchs des Besitzers aus dem Mietspreisen ausgeschlossen ist.

Zum Titel Staatssekretär liegen zwei Resolutionen des Centrums vor, in denen 1. der Reichskanzler um eine eingehende Nachweisung über die tägliche Dienstzeit, die Sonntagsruhe, insbesondere die Ruhe am Sonntagvormittag, die Ruhe- und den Erholungsurlaub der mittleren und minderen Beamten ersucht wird und 2. gewünscht wird, daß die Bestimmungen über die Sonntagsruhe der Postbeamten Anwendung auch auf diejenigen kirchlichen Feiertage finden sollen, welche am Ort des Postamts von der Mehrheit der Bevölkerung gefeiert werden.

Der Grundgedanke für die Verwaltung der Gelder ist die Erreichung des dauernden sozialpolitischen Zweckes. Dieser kann selbstverständlich nur erreicht werden, wenn das Reich Eigentümer von Grund und Boden bleibt und die Genossen nicht Eigentümer der Häuser werden, sondern nur zur Miete darin wohnen und die Mieten so bemessen werden, daß sie die Kosten nur um ein geringes übersteigen.

Hier im Hause ist ja gewünscht worden, daß beide Wege gegangen werden sollen. Ich aber bin der Ansicht, daß nur bei dem System der Mietwohnungen dauernd der sozialpolitische Zweck erreicht werden kann, und daß nur wenn dringende Gründe vorliegen, von diesem System abgesehen werden darf.

so weit es bis dahin möglich ist, werde ich alles Material beifügen, das zur Beurteilung der einzelnen Fälle erwünscht ist. Ob die Denkschrift so weit fertig gestellt werden kann, daß ein Vergleich zwischen dem Mietspreis der Genossenschaft und denen der freien Wohnhäuser möglich ist, kann ich noch nicht voraussagen.

Abg. Kirck (C.):

Ich denke auch der Abg. Singer wird von dieser Antwort befriedigt sein. — Die Entscheidung, ob einer Baugenossenschaft Unterstützung gewährt werden sollen, ist sehr schwierig. Eine Genossenschaft am Rhein hat nur einen Teil des von der Stadtgemeinde billig erworbenen Geländes bebaut, den andern mit hohem Spekulationsnutzen verkauft. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) In Private sollten, wie schon bisher, Darlehen überhaupt nicht gegeben werden; sie sind der Gefahr des Spekulationstriebes noch weit mehr ausgesetzt, als die Genossenschaften.

Abg. Schrader (fr. Vgg.): Gleich dem Abg. Singer wünsche ich eine möglichst genaue Darlegung über die Verwendung auch der Gelder der Landes-Versicherungsanstalten. Leider fördern diese nur im Westen Deutschlands den Hausbau in erheblichem Maße. Die Mieten sind in der That sehr gestiegen durch die Kosten der Baumaterialien und -Ausführung, ein Beweis dafür, wie viel besser es den Arbeitern jetzt geht als vor 15 Jahren.

Damit schließt die Diskussion, der Titel wird bewilligt, ebenso debattelos die Einnahmen. Damit ist der Etat des Reichsamts des Innern (abgegeben von einigen nachträglich der Budgetkommission überwiesenen Teilen) erledigt.

Zum Titel Staatssekretär liegen zwei Resolutionen des Centrums vor, in denen 1. der Reichskanzler um eine eingehende Nachweisung über die tägliche Dienstzeit, die Sonntagsruhe, insbesondere die Ruhe am Sonntagvormittag, die Ruhe- und den Erholungsurlaub der mittleren und minderen Beamten ersucht wird und 2. gewünscht wird, daß die Bestimmungen über die Sonntagsruhe der Postbeamten Anwendung auch auf diejenigen kirchlichen Feiertage finden sollen, welche am Ort des Postamts von der Mehrheit der Bevölkerung gefeiert werden.

Ich möchte hinweisen auf den außerordentlich hohen Prozentsatz von Erkrankungen der Postbeamten. Welcher Zusammenhang besteht zwischen diesen Erkrankungen und den Dienstpflichten der Post- und Telegraphenbeamten. Es kommt da zunächst die lange Dienstzeit in Frage. Die Postbeamten haben oft 60 bis 69 Stunden Dienstzeit in der Woche.

Wenn wir die finanzielle Krise überwunden haben werden, wird eine allgemeine Revision der Gehälter der Postbeamten vorgenommen werden müssen. Die bisherige Gehaltsregulierung hat viele Härten und Ungerechtigkeiten. In der Erhöhung der Gehälter müssen nicht nur die oberen und mittleren, sondern auch die kleinen Postbeamten teilnehmen.

Ich komme auf das Koalitionsrecht der Postbeamten. Den Postassistenten hat man nach langem Kampfe gestattet, einen über das ganze Reich sich erstreckenden Verband zu bilden. Die Postunterbeamten aber haben dieses Recht nicht.

Ich stimme mit dem Redner darin überein, daß ein solcher Verband sehr nützlich wirken kann. Ich stimme ihm auch darin bei, daß die Verhältnisse in Süddeutschland ganz anders liegen. Nach Ihren (zum Abg. Gröber) eigenen Ausführungen müssen gewisse gleichartige Interessen vorliegen.

Ich stimme mit dem Redner darin überein, daß ein solcher Verband sehr nützlich wirken kann. Ich stimme ihm auch darin bei, daß die Verhältnisse in Süddeutschland ganz anders liegen. Nach Ihren (zum Abg. Gröber) eigenen Ausführungen müssen gewisse gleichartige Interessen vorliegen.

Verwaltung Front machen wollen. Die Stellung der Unterbeamten ist doch nur durch die Reichsregierung im Verein mit Ihnen verbessert worden. Jetzt geht ein Abgeordneter hinaus, ruft Versammlungen zusammen und sagt: „Die Verwaltung taugt nichts, ihr müßt euch selbst helfen.“ Sollen die Unterbeamten sich in der Stimmung zusammenschließen, daß sie auf die Behörden einen Druck ausüben wollen? Kann der Chef einer Verwaltung dann die Disziplin aufrecht erhalten? Unfrei Erfahrungen sind nicht derart, daß wir Ihren Anregungen folgen könnten.

Das Verhältnis der festangestellten Beamten zu den diätarisch beschäftigten ist 86,9 zu 13,1, bei den Unterbeamten 72,8 zu 27,2. Die gehobenen Stellungen wollten auch der Redner nicht nach dem Ausfall eines Examinens vergeblich. Durch solche Examina wird nichts erreicht.

Ich bin ein großer Freund der Sonntagsruhe. Aber so lange bei uns noch am Sonntag Eisenbahnen gehen, werden wir wohl den Postbetrieb am Sonntag nicht ganz ausheben können. Der Telegraphenbetrieb kann auch nicht unterbrochen werden. Man hat nun gesagt: „Erhebt doch höhere Gehälter am Sonntag!“ Aber das wäre eine Bevorzugung der wohlhabenden Klasse.

Es ist eine böse Eigenschaft des Post- und Telegraphenbetriebes, daß der Nachdienst nicht entbehrlich werden kann. Wir suchen nun den Nachdienst den Beamten dadurch schmackhafter zu machen, daß wir die nächtlichen Dienststunden anderthalbfach rechnen. Dadurch entsteht eine bedeutende Erleichterung für die Beamten.

Abg. Singer (Soz.):

Die meisten Klagen der Postbeamten sind im letzten Grunde eine Folge der fiskalischen Plumperei im Postbetrieb. Die Erzielung eines möglichst hohen Uberschusses ist für den Staatssekretär das erstrebenswerteste Ziel.

Ich will heute nur auf allgemeine Fragen eingehen und behalte mir weitere Erörterungen, u. a. über die Postmarkenzulagen, für die Specialdiskussion vor. — Ich möchte anknüpfen an die schon im vorigen Jahre besprochene Bekleidung des Titels „Ober“ und der sogenannten „Schulterabzeichen“ an die Unterbeamten.

Zu Bezug auf die Gehaltsfrage hat der Staatssekretär mit einem klaren „Nein“ geantwortet. Aber auch Herr Gröbers Hinweis auf die bisherige schlechte Finanzlage kann ich nicht gelten lassen. In den letzten Jahren hatten die Unterbeamten ein Anfangsgehalt von 300 Thalern, in den achtziger Jahren wurde es auf 800 Mark herabgesetzt und 1899 wieder auf 900 Mark erhöht.

Ich stimme mit dem Redner darin überein, daß ein solcher Verband sehr nützlich wirken kann. Ich stimme ihm auch darin bei, daß die Verhältnisse in Süddeutschland ganz anders liegen. Nach Ihren (zum Abg. Gröber) eigenen Ausführungen müssen gewisse gleichartige Interessen vorliegen.

Ich stimme mit dem Redner darin überein, daß ein solcher Verband sehr nützlich wirken kann. Ich stimme ihm auch darin bei, daß die Verhältnisse in Süddeutschland ganz anders liegen. Nach Ihren (zum Abg. Gröber) eigenen Ausführungen müssen gewisse gleichartige Interessen vorliegen.

Ich stimme mit dem Redner darin überein, daß ein solcher Verband sehr nützlich wirken kann. Ich stimme ihm auch darin bei, daß die Verhältnisse in Süddeutschland ganz anders liegen. Nach Ihren (zum Abg. Gröber) eigenen Ausführungen müssen gewisse gleichartige Interessen vorliegen.

Der Herr Staatssekretär keinerlei Beweise erbracht. Herr Kraacke sagte, die Unterbeamten machten Front gegen die Verwaltung, er könne sie nicht kommandieren; Dazu allerdings grübelte sich kein solcher Verein, um das Kommando des Herrn Staatssekretärs entgegenzunehmen, sondern um die wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder zu vertreten. (Sehr richtig! bei d. Soc.) — Herr Kraacke hat in ziemlich unverständlicher Weise einem Reichstags-Abgeordneten, womit er offenbar Herr v. Gerlach meinte, vorgezogen, daß er die Postbeamten aufhebe. Er scheint zu glauben, daß die Postverwaltung das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen habe. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) daß man nicht von ihr sprechen dürfe, weil doch nichts Gutes von ihr zu melden sei. Wo nimmt er das Recht her, seinen Unterbeamten zu verbieten außerhalb der Dienstzeit dahin zu gehen, wohin sie wollen? Sind denn die Postbeamten Sklaven, die mit ihrer Anstellung das Recht, eine selbständige Meinung zu haben, verkaufen?! Der Herr Staatssekretär wird sich auch vom Herrn Reichsminister nicht verbieten lassen, Versammlungen zu besuchen, die er will, und was ihm recht ist, ist seinen Unterbeamten billig. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Nach den Anschauungen, die der Herr Staatssekretär kundgegeben hat, ist es ja nicht wunderbar, daß die nachgeordneten Beamten in dieselbe Kerbe hauen, um sich sein Lob zu erwerben. So ist z. B. in Hamburg von der Ober-Postdirektion, als bekannt wurde, daß Herr v. Gerlach wie in Berlin, so auch dort Versammlungen der Post-Unterbeamten einberief mit dem Thema: „Die Lage der Unterbeamten und der Wohnungszulage“, den Beamten ein Erlaß zugegangen, in dem ihnen der Besuch dieser Versammlungen verboten wurde. Die Beamten wurden darin hingewiesen auf einen Erlaß vom 25. Juli 1898, der es als unstatthaft bezeichnet, daß Postbeamte Versammlungen besuchen, in denen agitatorisch und ausreißend die Organe der Reichsregierung und insbesondere die vorgelegten Behörden herabgesetzt werden, um dadurch das einmütige, vertrauensvolle Zusammenhalten der Beamenschaft zu untergraben, und ferner auf einen Erlaß vom 25. Mai 1899, der gegen die Ausdehnung der Postbeamten-Vereine über mehrere Postdirektionsbezirke Stellung genommen hat.

Die Folge dieses Erlasses war, daß viele Unterbeamten der Versammlung fernblieben. In der Versammlung ist behauptet worden, daß das Gehalt und der Wohnungszulage der Unterbeamten unzureichend seien. Davon erwartete also der Staatssekretär eine aufreizende Wirkung! Wer findet denn die wahren Veranlasser dieser aufreizenden Wirkung, die Unterbeamten, die die tatsächlichen Verhältnisse feststellen, oder die Verwaltung, die so niedrige Gehälter und Wohnungszulage zahlt, daß sie von der Erwähnung dieser Thatsache eine aufreizende Wirkung erwartet? (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.)

Seit einer Reihe von Jahren müssen wir immer wieder über diese Dinge sprechen, und die Diskussion wird nicht eher aus dem Reichstage verschwinden, als bis den Unterbeamten das Recht zu teil geworden ist, das ihnen aus Grund ihrer staatsbürgerlichen Eigenchaft gebührt, das Recht, sich zu koalieren, Vereine zu bilden, in Versammlungen zu gehen und dort im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen, die für sie wie für alle andern gelten, das zu sagen, was sie für notwendig erachten. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) So wie der Assistentenverband, festhaltend an den ihm garantierten Rechten, im Vertrauen auf den Reichstag den Sieg erfochten hat, so werden auch die Unterbeamten mit der Zeit zu ihrem Rechte kommen, zumal außer uns, die wir uns jahrelang allein um diese Dinge bekümmert haben (Unruhe und Widerspruch im Centrum) nun auch das Centrum sich dieser Forderung etwas energischer annehmen zu wollen scheint. (Zurufe: Centrum.) Wir freuen uns darüber und hoffen mit Ihrer Hilfe den Postboten die ihnen zustehenden Rechte erkämpfen zu können. Davan erkennen Sie wieder einmal unsere Selbstlosigkeit! (Lachen im Centrum.)

Man scheint in der Postverwaltung eine Todesangst davor zu haben, daß ein Unterbeamter mit einem Socialdemokraten auch nur entfernt zu thun hat. Diese Angst artet oft geradezu in Lächerlichkeit aus. In Hamburg wurde ein Postbeamter zu zehn Mark Geldstrafe und Verweisung in ein anderes Amt mit demselben Rang verurteilt, weil er seinen Stiefsohn, einen Cigarrenarbeiter, den er auf der Straße traf, begleitend, etwa zehn Minuten lang neben einem Arbeiterheute hergegangen war; ein Kollege hatte ihn trotz seiner Civilkleidung erkannt und denunziert. Die eingeleitete Untersuchung richtete sich auf Dienstentlassung oder Verweisung. Kann man sich etwas Lächerlicheres, Kleinlicheres denken? Solche Dinge sehen nur die Verwaltung, in den Augen der Unterbeamten herab. Der Socialdemokratie kommt Sie mit solchen Mitteln nicht bei, sondern Sie erzielen nur Heuchler, Sie erzielen Leute, die jede Berufsbegeisterung und jedes Vertrauen zu ihren Vorgesetzten verloren haben. Ich will nicht weiter auf Einzelheiten eingehen; aber es liegen schon wieder Beschwerden vom Postamt I in Hannover über dessen Vorgesetzter vor. Wenn die Beamten nicht bei ihrer Aufgabe die Rechte des Vorgesetzten fürchten müßten, würde der Staatssekretär ein Bild erhalten, das ihn selbst veranlassen dürfte, Remede zu schaffen. — Die Telephonarbeiter verlangen mit Recht Anrechnung ihrer früheren Dienstzeit, wenn sie nachher als Unterbeamte angestellt werden. Nach einigen mir vorliegenden Briefen scheint die Post im Dienste der Kriegervereine zu stehen. Diese Briefe, durch die Mitglieder von Kriegervereinen wegen socialdemokratischer Gesinnung ausgeschlossen worden, tragen die Aufschrift „Eingefriedet“ und auch die entsprechenden Zeitel. Sie (nach rechts) freuen sich schon wieder, daß Socialdemokraten aus Kriegervereinen ausgeschlossen worden sind. Auch unserer Meinung nach haben sie gar nichts darin zu suchen. (Sehr richtig! rechts.) Also, diese Briefe sind zwar eingefriedet, tragen aber kein Porto. Ich werde dem Staatssekretär nachher die Briefe übergeben. Es scheint, als ob da Dinge passiert sind, die mit der Postordnung nicht in Einklang zu bringen sind. Dieser Art von Wohlthätigkeit muß ein Ende gemacht werden.

Ich wende mich zu den Resolutionen. Ich bin überzeugt, daß Verwaltungsschwierigkeiten bei der Durchführung der Sonntagsruhe gar nicht bestehen. Jedenfalls steht die Sicherung der Ruhezeit der Beamten viel höher, als eine kleine Unbequemlichkeit der Verwaltung. Der Staatssekretär stellt sich jedes Jahr der Sonntagsruhe außerordentlich sympathisch gegenüber, aber für die Durchführung sorgt er nicht genügend. Kein Fortschritt im Laufe der Jahre ist durch die Bereitwilligkeit oder aus der Initiative seiner Verwaltung entsprungen. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Eine höhere Gebühr für die Briefe, die am Sonntag bestellt werden, zu erheben, halte auch ich für falsch. Das wäre eine Bevorzugung derer, denen es aus Geld nicht ankommt. Viel richtiger ist, den Beamten, die Sonntagsdienst haben, einen vollkommen freien Tag in der Woche zu geben. Im Laufe der Zeit muß natürlich jeder Beamte wegen der allgemeinen Vergünstigungen auch einmal Sonntags frei haben. Der Unterschied zwischen Nachtwache und Nachtdienst läßt sich nicht aufrecht erhalten. In jedem Falle verlieren die Beamten ihre Nachtruhe. Die Entscheidung über die freien Tage darf nicht den einzelnen Postämtern überlassen werden, sondern muß durch eine generelle Verfügung des Staatssekretärs geregelt werden. Ebenso die Frage des Urlaubs. Es hört sich ja ganz schön an: „So und so viel Prozent der Beamten haben in diesem Jahre Urlaub gehabt“, aber der wird nur nach der Gunst des Vorgesetzten verteilt. Die Leute, deren Urlaub am Sonntag abläuft, müssen sich schon einen Tag vorher bei ihrem Vorgesetzten melden. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.)

Die sozialen Wohlthaten, die der Reichstag den Postbeamten zudens, scheitern zum großen Teil an der ablehnenden Haltung der Reichs-Postverwaltung. Der Hinweis auf irgendwelche Besserung an irgend einem Punkte kann darüber nicht hinwegtäuschen, daß noch sehr viele Missethände bestehen, die dringend der Abhilfe bedürfen. Je mehr sich die Verkehrsabhängigkeit ausdehnt, je mehr die Reichspost an Einnahmen gewinnt, desto höher ist das Maß ihrer Verpfändung, für die Reichs-Postbeamten in finanzieller und sozialer Hinsicht würdige Zustände zu schaffen, die ihre Berufs- und Arbeitsbegeisterung erhalten. Die Post-

beamten wollen nicht nur gute Bezahlung, sondern auch eine Behandlung, die in dem Postbeamten den Staatsbürger achtet. Und der wird mißachtet, solange die Verwaltung den heute hier ausgesprochenen Grundgedanken des Herrn Kraacke folgt.) Weisfall bei den Socialdemokraten.)

#### Staatssekretär Kraacke:

Für die Harmlosigkeit des Vorgehens des Herrn v. Gerlach ist der beste Beweis, daß sich Herr Singer seiner angenommen hat. (Unruhe bei den Socialdemokraten, Sehr richtig! rechts.)

Die Worte, daß die gehobenen Stellen nur nach Gunst verteilt werden (Abg. Singer: Habe ich nicht gesagt!), hat Herr Singer leichtsinnig ausgesprochen. Die Entscheidung geht von der Oberpostdirektion aus. Man kann und nicht Ausmacherei vorwerfen, wenn von 28 Millionen Nebeneinnahmen 13,8 Millionen im Interesse der Beamten verwendet werden. — Die Ligen und Schnüre haben die Beamten sehr erfreut, sie sind auch nichts rein Aeußerliches, sondern für den Dienst notwendig, damit jeder Beamte weiß, an wen er sich zu wenden hat. — Die Dienststunden-Festsetzung läßt sich nicht schematisieren. Ueberlastet sind die Beamten nicht.

Abg. Dr. Bahig (natl.) fordert eine Reform der Wohnungszulage und der Dienstalterszulagen der Postbeamten. Darauf vertagt sich das Haus.

Persönlich bemerkt Abg. Singer: Die Bette, die ich mit dem Herrn Staatssekretär einging, bezog sich nicht auf die Art der Verteilung gehobener Stellen, sondern darauf, daß sicher jeder Beamte über 200 Mark Gehaltszulage mehr erfreut ist, als über Ligen und Schnüre.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung.)

Schluß 5/2, Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

21. Sitzung, Mittwoch, 17. Februar 1904, 11 Uhr.

Am Ministerische: Müller.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bemerkt

Abg. Goldschmidt (frei. Sp.): Nach dem unkorrigierten Stenogramm hat der Herr Abg. Kump in einer der letzten Sitzungen, wo meine Wiedergabe seiner Worte lebhaft bestritten wurde, gesagt: Was machen sich die Leute daraus, wenn sie mal eingesperrt werden, sie bekommen dann Essen, ohne zu arbeiten. Ich hatte damals Herrn Kump concediert, daß sich diese Worte dem Sinne der Rede nach nicht allgemein auf die ländlichen Arbeiter beziehen konnten. Trotzdem lautet das gedruckte Stenogramm: Was machen sich diese letzteren Leute daraus? usw. Ich stelle das hiermit fest, da meine Erwiderung dadurch ganz unverständlich wird.

Hierauf wird die zweite Beratung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung fortgesetzt. Der Rest der Einnahmen wird debattelos erledigt. Es folgen die fortdauernden Ausgaben, Titel Ministergehalt.

Auf Antrag des Abg. v. Jeddig (frei.) werden zunächst die Anträge Funk-Defer und Genossen und Fuchs und Genossen gefordert beraten.

Die Abg. Funk-Defer (fr. Sp.) beantragen: Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, alsbald einen Gesetzentwurf zur Abänderung des Gewerbesteuer-Gesetzes vom 14. Juni 1891 vorzulegen, durch welchen unter progressiver Gestaltung der Steuer die beiden unteren Steuerklassen erleichtert und bei Berechnung des Betriebs- und Anlagekapitals die Abzugsfähigkeit der Kapitalschulden gewährleistet wird.

Der Antrag der Abg. Fuchs und Gen. (C.) lautet:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die königliche Staatsregierung zu ersuchen, noch in dieser Session einen Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes vom 18. Juli 1900, die Besteuerung der Warenhäuser betreffend, dahingehend vorzulegen, daß dadurch ein wirksamer Schutz des Mittelstandes gegen die ihm durch das Vordringen der Warenhäuser drohende Gefahr gegeben ist.

Abg. Fuchs (C.) Unter Antrag ging seiner Zeit über das jetzt geltende Gesetz zur Besteuerung der Warenhäuser erheblich hinaus. Die Regierung hat die großen Specialgeschäfte ausgenommen, die wir auch besteuern wollten. Es kommen auch nach dem Gesetz nicht 2 Proz., sondern in der That höchstens 1 Proz. des Umsatzes der Warenhäuser zur Besteuerung. Der Rückgang der Steuer beweist nach meiner Meinung nichts für ihre günstige Wirkung, sondern er beweist nur, daß sich die Warenhäuser verstanden haben, auf die Steuer einzurichten. Das Gesetz ist nicht im Stande gewesen, der Entwicklung der Warenhäuser entgegenzuwirken, im Gegenteil hat die Bestimmung, daß über eine bestimmte Summe hinaus keine Steuer mehr erhoben wird, die Warenhäuser gerade veranlaßt, ihren Umsatz nach Möglichkeit auszuweiden. Der Ruf nach Einschränkung dieser ruinösen Konkurrenz ist daher im Mittelstande immer lauter geworden. Die 89 besteuerten Warenhäuser haben durchschnittlich 10 Mill. M. Umsatz, — wir wissen, daß einzelne Warenhäuser in Berlin 20 Mill. M. Umsatz haben. Nach meiner Berechnung werden etwa 3000 kleine Geschäftsteile dadurch ihrer Existenz beraubt. Wollen wir dieser Entwicklung ernstlich steuern, so müssen wir energisch vorgehen und den ganzen Umsatz aller Warenhäuser besteuern. Lieber die Erdröselung einiger weniger Betriebe, als die Gefährdung des ganzen Mittelstandes!

Handelsminister Müller: Das Ober-Verwaltungsgericht hat in einem Erkenntnis bereits darauf hingewiesen, daß es nicht zulässig wäre, in einem Einzelfall ein Gesetz zu erlassen, das eine Erdröselung der Warenhäuser zur Folge hat. Es kann sich also nicht um eine Beseitigung der Warenhäuser in Preußen handeln, sondern nur darum, welche einzelnen Bestimmungen des Gesetzes abzuändern wären. Dafür ist aber meines Erachtens die Zeit noch nicht gekommen, da das Gesetz noch zu kurze Zeit in Kraft ist. Die Wirkung des Gesetzes ist zweifellos die gewesen, daß die großen allgemeinen Warenhäuser sich vermindert haben, daß sich dagegen die ganz großen Specialgeschäfte ausgedehnt haben und daß auch die Warenhäuser dazu übergegangen sind, sich mehr in große Specialgeschäfte umzuwandeln. Ich glaube, es ist ein vergebliches Bemühen, dieser Bewegung vollständig Einhalt zu thun. Ich muß es auch aussprechen, daß ich es für ein durchaus verkehrtes Princip halten würde, wenn man dazu übergehen sollte, die Intelligenz zu besteuern und zu bedrücken. (Hört! hört! beim Centrum. Sehr richtig! links.)

Abg. Fuchs (fr. Sp.): Die Folgen einer solchen Gesetzesmacherei, wie das Warenhausgesetz ist, bestehen darin, daß jetzt der Abgeordnete Fuchs geradezu die Erdröselung der Warenhäuser fordert. Man hat wieder das Gespenst des Wachstums der socialdemokratischen Stimmen heraufbeschworen. Keulich sollte eine Erhöhung im Viehverkehr dazu geeignet sein, den Stimmengewinn der Socialdemokratie zu erklären. (Heiterkeit.) Die technische Durchführung der Steuer hat unendlich viel Schwierigkeiten gemacht. Wenn sich Herr Fuchs im Ministerium erkundigen möchte, wie da Verordnungen über Verordnungen erlassen werden müßten, so würde er sein blaues Wunder erleben. — Die Steuer trifft ja aber in der That gar nicht die Warenhäuser. Sie wird von diesen, wie wir das vorausgesetzt haben, auf die Fabrikanten abgewälzt. (Sehr richtig! links.) Darüber liegen schriftliche Beweise, Verträge vor (Sehr richtig! links), Sie (zum Centrum) schädigen also nicht die Warenhäuser durch Ihre Politik, sondern die sogenannte nationale Arbeit. — Die Warenhäuser sind vor allem für die sogenannten Massenartikel, die Luxus- und Kunstartikel bleiben den Specialgeschäften. Diese Massenartikel sind die Warenhäuser aber in der That im Stande billiger zu liefern und das liegt doch im Interesse der Konsumenten. Weiter haben die Warenhäuser eine ganze Reihe von Industriezweigen neu geschaffen, sie haben den Konsum auf ganz neue Gebiete ausgedehnt.

Der wirkliche Mittelstand, das ist die große Masse der Konsumenten, und diese werden durch die Warenhäuser nicht geschädigt. Man spricht von der Mächtigkeit auf das Großkapital. Die Aktien-gesellschaften sind doch aber nichts als der Zusammenfluß der kleinen Kapitalisten. Der Frankfurter Detailistenverein hat sich 1900 gegen die Warenhaussteuer ausgesprochen. (Hört! hört! links.) Warum geht es denn heute dem Mittelstande so schlecht? Den Ursachen sollte man nachgehen, anstatt mit einer verkehrten Steuer-Gelegebung zu operieren. Eine Fülle von kleinen Leuten machen heute einen Laden, ein Geschäft auf, ohne genügendes Kapital zu besitzen. Die Waren werden vom Fabrikanten geordert und nach einigen Jahren geht dann das Geschäft wieder ein. Diese kleinen Leute schließen am meisten mit den Preisen, die Warenhäuser nicht. (Hört! im Centrum.) Gewiß, sie verkaufen billiger, aber durchaus legal. Wie können sie unter dem Preise verkaufen, da sie doch verdienen und weiter bestehen! (Sehr richtig! links.) Der Geist dieser ganzen Steuergelegebung ist ein kleinlicher Geist, der nicht auf der Höhe der Zeit steht. (Bravo! links.) Die Besteuerung nach dem Umsatz, statt nach dem Ertrag, ist ein Grundlag, dem meine Freunde nie zustimmen werden. Genau in demselben Sinne hat sich gestern im Verein der Steuer- und Wirtschaftsreformer mein Kollege Jacobstötter ausgesprochen. Er hat auch die Warenhaussteuer für vollkommen unwirksam erklärt. In dem gleichen Sinne äußert sich in einer Denkschrift mit aller Schärfe die braunschweigische Regierung. Herr Fuchs hat seine den Wunsch durchbringen lassen, auch die großen Specialgeschäfte zu besteuern. Wohin soll das führen? Sie müssen dann alle Großbetriebe besteuern und wir kommen schließlich, wie in den Notizen zur Warenhaussteuer-Vorlage angedeutet ist, zu einer Sonderbesteuerung des Großgrundbesitzes. (Große Heiterkeit und sehr gut! links.)

Nach wenigen Worten zu unserem Antrag. Er zeigt gegenüber dem ungerechten Weg, den der Centrumsantrag einschlägt, den Weg der Gerechtigkeit. (Sehr gut! links.) Da die Gemeinden mit der Reform der Gewerbesteuer nicht vorangehen, soll der Staat die Initiative ergreifen. Durch eine scharfe Progression können Sie nicht nur dieselben Ergebnisse wie durch ein Sondergesetz erzielen, sondern auch eine durchaus gerechte Steuer. (Lebh. Beifall links.)

Ein Kommissar des Finanzministeriums: Die Gewerbesteuer ist hauptsächlich wegen ihrer Schwankungen als Gemeindesteuer unbrauchbar. Andererseits können die Gemeinden auf Grund ihrer genaueren Kenntnis lokaler Verhältnisse besondere Gewerbesteuer einführen. Das würden Sie unterbinden, wenn Sie jetzt das Gewerbesteuer-Gesetz reformierten. Wenn bei der Gewerbesteuer die Schulden abgezogen werden sollten, so würden z. B. die Haus- und Grundbesitzer das gleiche mit Recht fordern; das hieße alle Realsteuern aufheben. Die Progression nimmt schon jetzt die größeren Betriebe scharf mit.

Abg. Fuchs hat gesagt, die Gewerbesteuer sei für ihn kein unantastbares Heiligthum. Aber sie ist reichsgesetzlich garantiert. Mag Herr Fuchs seine Agitation zunächst in das Reich verlegen! (Sehr richtig! links.)

Abg. Ester (fr.) feiert den Mittelstand in Stadt und Land als Bollwerk gegen die Socialdemokratie. Die Erwartungen, die man an das Gesetz vom 18. Juli 1900 geknüpft hat, haben sich nicht erfüllt. Die Erklärung des Herrn Ministers hat uns wenig befriedigt. Wir sehen in den Warenhäusern nicht die Verkörperung der Intelligenz, sondern die rücksichtslose Ausbeutung der Uebermacht des Kapitals. (Sehr richtig! rechts.) Der Antrag Funk ist mir nicht recht klar geworden, soweit er eine progressive Gestaltung der Gewerbesteuer verlangt. Eine solche Progression haben wir ja bereits, oder wollen die Herren etwa, daß die Gewerbesteuer nicht mehr durch die Gemeinde, sondern durch den Staat und noch progressiver wie jetzt erhoben wird! Den zweiten Teil des Antrags Fuchs lehnen wir rundweg ab, doch werden wir der Kommissionsberatung zustimmen.

Abg. Hausmann (natl.): Wir dürfen uns nicht dadurch beeinflussen lassen, daß einige wenige Warenhäuser florieren, wir müssen die weitere Entwicklung abwarten, ehe wir das bestehende Gesetz wieder ändern. Ich will auf die ganze Materie nicht so eingehen wie Herr Funk, weil ich mit dem Herrn Handelsminister jede Aenderung der bestehenden Gesetze für verfrüht halte. Die Regierung bitte ich, die Förderung der kleinen Gewerbetreibenden fortgesetzt im Auge zu behalten.

Abg. Hammer (l.) betont, daß er nur für seine Person spreche. Ich bestreite, daß es die hohe Intelligenz ist, welche die Warenhausbesitzer zu ihren Erfolgen führt; in der That ist es lediglich die Macht des Kapitals. Seit Riquels Tode hat der Mittelstand seine beste Stütze verloren. Die Warenhaussteuer, wie sie heute besteht, taugt absolut nichts, sie wirkt nicht und wird abgewälzt auf die Fabrikanten. (Hört! hört! links.) Ja hört! hört! Das ist sehr billig. Das haben wir schon damals gewünscht, das einzig wirksame Mittel ist eine Branchensteuer. Zudem fehlt es an jeder wirksamen Kontrolle.

Hebner spricht sich des weiteren gegen die Förderung der Konsumvereine durch königliche Beamte aus.

Abg. Defor (fr. Sp.): In Sachen hat die Umsatzsteuer ebenso wenig gewirkt wie bei uns. Durch das Gesetz sind die Warenhäuser direkt bevorzugt. Sie können der jeweiligen Konjunktur folgend, jeden Artikel aufnehmen. That das ein Specialgeschäft, so läuft es Gefahr, als Warenhaus Steuern zahlen zu müssen. Es ist also in seiner Konkurrenzfähigkeit unterbunden. (Sehr richtig! links.)

Wertheim mühte eigentlich den Antragstellern einen Vorbeerkonzug widmen, denn dadurch, daß man die Entwicklung der kleinen Geschäfte zu Warenhäusern unterbindet, schafft man für die bestehenden Warenhäuser direkt ein Monopol. (Sehr richtig! links.) Die schlechte Lage der kleinen Gewerbetreibenden ist vor allem auf die Ueberfüllung ihres Berufs und darauf zurückzuführen, daß viele Leute ohne die genügenden Vorkenntnisse in den Beruf eintreten. (Sehr richtig! links.) Die Tendenz der Ausdehnung des Zwischenhandels ist bei den Warenhäusern so gut wie bei den landwirtschaftlichen Genossenschaften der Fall. Gegen die letzteren haben aber die Herren auf der Rechten nichts einzuwenden. Das ist widerspruchsvoll und ungerecht.

Ein Regierungskommissar erwidert dem Abg. Defor, die Regierung wolle die Umgestaltung der Gewerbesteuer den Gemeinden überlassen. Er setze sich damit keineswegs in Widerspruch mit Herrn v. Riquel. Die Gemeinden hätten auch vielfach die Steuer zu Gunsten der unteren Stufen abgeändert.

Abg. Gabenst (C.): Die jetzige Warenhaussteuer genüge nicht, wie die Erfahrung gelehrt habe. Sie müsse so hoch werden, daß die Fabrikanten sie nicht mehr zu übernehmen in der Lage sind. Wir verlangen eine Vorlage, die einen stärkeren prohibitiven Charakter hat. Im Staatsinteresse liegt die Selbständig-Erhaltung der Gewerbetreibenden. Die Gewerbesteuer ist verberberungsbedürftig. Den Antrag Funk-Defer wollen wir der Handelskommission überweisen.

Abg. Graf Nolte (fr.) hält die Abneigung gegen die Warenhäuser für berechtigt, aber sie seien doch ein notwendiges Produkt der heutigen Entwicklung. Auf dem Wege der Warenhaus-Steuerung fortzuführen, halte er für außerst bedenklich. Man solle sich hüten, einen solchen schwerwiegenden Antrag, wie den des Centrums in Falschstimmung zu erledigen. Der Aschermittwoch werde dann nachfolgen.

Abg. Brämel (fr. Sp.): Der Vordränger hat so ausgezeichnet gegen den Antrag des Centrums gesprochen, daß wir ihm für die dabei bekundete Unabhängigkeit der Gesinnung nur dankbar sein können. Man sollte wirklich nicht mit ebenso unreifen wie schwerwiegenden Anträgen kommen. Wir können Sie nur bitten, den Antrag Fuchs abzulehnen.

Ein Antrag, die Debatte zu schließen, wird hierauf angenommen.

Die Anträge Fuchs und Gen. und Defor-Funk werden hierauf durch sieben Mitglieder verstärkter Handelskommission überwiegen.

Auf Antrag des Abg. Fuchs v. Jeddig vertagt sich das Haus. Präsident v. Krüger stellt unter lebhafter Opposition seitens der Mitglieder für die nächste Zeit die Abhaltung von

Abendkündigung in Aussicht. Morgen werde er schon die erste Abendkündigung vorzuschlagen genötigt sein. (Lebhafte Unruhe.) Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Etatsberatung.)

Schluss gegen 4 Uhr.

## Aus Industrie und Handel.

**Reichsschatzheine oder neue Reichsanleihe.** Die seit einigen Wochen vielörterte Frage, ob es in Anbetracht der häufigen und relativ beträchtlichen Kursschwankungen der dreiprozentigen Reichsanleihe und der Preussischen Rente nicht vorteilhafter sei, die zur Begleichung des Reichs-Haushaltsetats erforderlichen 214 Millionen Mark nebst den zur Einlösung kommenden ca. 40 Millionen Mark Schatzheinen aus dem Jahre 1900 erforderlichen Mittel durch Aufnahme einer neuen Anleihe oder durch Ausgabe von Reichsschatzheinen aufzubringen, ist nach „authentischen Informationen“ der „Vossischen Zeitung“ von der Reichsfinanzverwaltung zu Gunsten der Begebung von Reichsschatzheinen entschieden worden. Wie das Blatt erfährt, beabsichtigt die Regierung, die in diesem Jahre fälligen 40 Millionen Mark vierprozentiger Schatzanweisungen des Reiches vom Jahre 1900 auf 3 1/2 Proz. zu konvertieren. Auch zwecks Deckung des neuen Geldbedarfs des Reiches wird man sich zur Ausgabe von Reichsschatzheinen begreifen. Hierbei dürfte die Ansicht derer durchdringen, die für die Ausgabe von Schatzanweisungen zum Privatdiskont der Börse plädieren; man würde diese aber mit einer längeren Umlaufzeit als der bisher üblichen ausstatten.

**Vom rheinisch-westfälischen Kohlenmarkt.** Die von rheinischen Blättern zu Anfang dieses Monats ausgesprochene Hoffnung, daß die in der zweiten Hälfte des Januar eingetretene Abnahme der Nachfrage nach Kohlen, und zwar sowohl nach Industrie- als nach Hausbrandkohlen, im Februar wieder einem stärkeren Begehren weichen werde, hat sich bisher nur in sehr mäßigem Grade erfüllt. Allerdings ist der Absatz wieder etwas lebhafter geworden; aber diese Zunahme erklärt sich nicht aus einer Steigerung des inländischen Bedarfs, sondern aus einer Besserung der Schiffsahrtsverhältnisse des Rheins, die gestattete, daß die in Rheinhäfen zum Transport lagernden Mengen in stärkerer Maße zur Verladung gebracht und zugleich die Kohlenexporte nach Holland und Belgien wieder eifriger aufgenommen werden konnten.

Am rosigsten schildert die jetzige Lage die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, das bekannte Fechenblatt, das, wenn es auch den Rückgang des Kohlenverbrauchs nicht zu leugnen vermag, doch eine bedeutende Besserung des Absatzes im Vergleich zum Januar behauptet.

Die Verladungen der Ruhrkohlen an Kohlen, Coals und Steinkohlenbriketts, schreibt das Blatt, sind in der ersten Hälfte des laufenden Monats wieder recht erheblich gewesen, obgleich die Bitterung dem Absatz durchaus nicht günstig war. Abermals wurden die Verladungen in der gleichen Zeit des Vorjahres beträchtlich überholt. Während die höchste Tagesleistung in der Zeit vom 1. bis 15. Februar v. J. nur 17 508 Doppelwagen ausmachte, stellte sich solche in der entsprechenden Zeit laufenden Jahres auf 20 050 Doppelwagen, oder um 14,5 Proz. höher. Die Bestände, welche aus dem vorigen Monat übernommen wurden, konnten dem eingetretenen günstigen Rheinwasserstand in den ersten Tagen des Februar wieder abgesetzt werden. Allerdings hat es sich nicht vermeiden lassen, daß sich inzwischen auf den meisten Flüssen wieder Vorräte in den einzelnen Sorten angesammelt haben. Teils ist dies darauf zurückzuführen, daß die Flößen ihre Förderung ungeachtet der vorgezeichneten Einschränkung allzu sehr beizubehalten, teils darauf, daß in den letzten Tagen sämtliche Rippen in den Rheinhäfen wegen Hochwasser für weitere Lieferungen gesperrt worden sind. Zusammen waren in der ersten Hälfte dieses Monats die Zufuhren nach den Rheinhäfen wieder sehr umfangreich, da die Verladungen nicht allein nach dem Mittelrhein, sondern auch nach dem Oberrhein bis Aechl und Straßburg, wofür die Schifffahrt lange Zeit geschlossen war, wieder aufgenommen werden konnten.

Der Abbruch in Hausbrandkohlen hat infolge der milden Bitterung eine weitere Abnahme erfahren, dagegen halten sich die Anforderungen der Industrie — ausgenommen Coals — auf gleicher Höhe, wie im Vormonat. Leider hat das Coalsgeschäft eine weitere Einbuße erlitten, da die 20prozentige Produktions-Einschränkung in diesem Monat kaum ausreichen wird. Daß dieser Satz bald eine Herabsetzung erfährt, ist vorläufig nicht anzunehmen, da einerseits sich für einen besseren Abbruch der Werke Anzeichen nicht bemerkbar machen, andererseits in diesem Jahre infolge Neubaus von Coalsöfen mit einem erheblichen Anwachsen der Produktionsziffern zu rechnen ist.

Entschieden ungünstiger saß ein längerer Situationsbericht der „Kölnischen Volkszeitung“ vom 15. d. M. die Lage des Kohlenmarktes auf:

In unserem letzten Bericht über den rheinisch-westfälischen Kohlenmarkt deuteten wir bereits darauf hin, daß die Stimmung des Marktes nachzugeben scheint, und daß die Anzeichen sich mehren, daß der Rückgang im Eisengewerbe auch die bisher beobachtete gute Haltung des Kohlegewerbes zu beeinträchtigen beginnt. Was wir damals andeuteten, ist in dem Zeitabschnitt, über welchen wir heute zu berichten haben, zur Gewissheit geworden; denn in der Vorzeit stand der Kohlenmarkt schon vollständig im Zeichen des Rückganges, und auch heute noch ist Aussicht auf baldige Wiederbelebung nicht vorhanden. Der inländische Kohlenverbrauch ist zurückgegangen; das Kohlenhindert scheut sich aber annehmend, eine größere Einschränkung der Förderung vorzuschreiben; denn es würde dadurch unzweifelhaft den Unwillen der erst kürzlich angegliederten, bisher freien Becken erregen, welche so wie so schon anfangen einzurücken, daß sie durch Begebung ihrer Freiheit ihres besten Besitzums sich entäußert haben. Die heute geltende 20prozentige Einschränkung der Förderung wird im Monat Januar wohl ganz in Anspruch genommen worden sein; daß dieselbe aber nicht ausreicht, sieht das Schindlat wohl ein; denn es bestärkt die weniger leistungsfähigen Becken geradezu, die Förderung freiwillig über die vorgeschriebene Grenze hinaus einzuschränken. Beiden, welche mit hohen Selbstkosten arbeiten, finden sich dazu bereit; denn das Schindlat vergütet bekanntlich für jede Tonne Förderleistung 1,50 M.

**Reichsbank.** Wie schon gestern hat auch heute wieder die Reichsbank für 20 Millionen Mark per 2. April fällige Reichsschatzheine an der Börse zum Privatdiskont verkauft, der unter dem Einfluß dieser Begebung um 1/4 Proz., also auf 3 Proz. stieg. Die Unterbringung vollzog sich recht flott. Als Käufer traten wiederum verschiedene der hiesigen großen Banken sowie vor allem die Preussische Centralgenossenschaftskasse auf.

Nach ihrem Ausweis per 15. Februar hat die Reichsbank in der letzten Woche für ungefähr 102 Millionen Mark Schatzheine von der Reichsfinanzverwaltung übernommen, so daß sich an jenem Termin ihr Bestand auf 183 Millionen Mark stellte.

**Sonderbare Geschäftspraktiken.** Aus Dresden wird eine neue Auffehen erregende Skandalaffäre berichtet. Der Direktor der dortigen Fabrik photographischer Apparate vormals R. Hüttig u. Sohn, Herr Carl Hüttig, hat für seine private Beteiligung an verschiedenen Geschäftsunternahmen Mittel der Gesellschaft in Anspruch genommen und Verluste erlitten, die es unmöglich machen, für das Jahr 1903 auf die Aktien der Gesellschaft eine Dividende zu verteilen. Bisher und noch bis in die allerneueste Zeit hinein ist die Dividende auf 8 Proz. geschätzt worden. Besonders stark soll Hüttig bei der Robellfabrik Engelmann u. Schneider, die bereits seit mehreren Monaten im Konkurs liegt, und bei der Dresdener Monopol-Kontrollkassen-Gesellschaft beteiligt sein.

Das Sonderbarste an diesem Falle aber ist, daß kein Mitglied des Aufsichtsrats von diesen Privatgeschäften des Herrn Direktors mit dem Vermögen seiner Firma das geringste gemerkt hat, obgleich

doch diese Geschäfte sicherlich irgendwo in den Geschäftsbüchern gebucht sind. Ein neuer Vertrag für die Notwendigkeit einer Reform des Aufsichtsratswesens.

**Große Leipziger Straßenbahn.** In der heutigen Aufsichtsrats-Sitzung der Großen Leipziger Straßenbahn wurde beschlossen, der auf den 12. März einzuberufenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 7 Prozent (gegen 5 1/2 Prozent im Vorjahre) vorzuschlagen.

**Eine Loschwindel-Organisation.** Aus Wien wird eine Schwindelaffäre berichtet, die sämtliche Losbesitzer interessieren dürfte. Ein österreichischer Provinzialkaufmann nimmt bei einer genauen Revision seiner Lose wahr, daß eines seiner Serbenlose, das er schon seit vielen Jahren besitzt, vor ungefähr vier Jahren mit einem Haupttreffer von 75 000 Kr. gezogen worden sei. Er will durch die ihm befreundete Großhandelsfirma Russo den Haupttreffer in Belgrad einlösen lassen, doch der vermutlichen Firma wird seitens des serbischen Finanzministeriums mitgeteilt, daß über das betreffende Los auf Verlangen eines amerikanischen Serben Pawlowics aus Washington seit geraumer Zeit das Amortisationsverfahren eingeleitet sei. Da der österreichische Provinzialkaufmann den ununterbrochenen Besitz seines Loses seit mindestens acht Jahren dokumentarisch nachweisen kann, entsetzt die Firma Russo einen Delegierten nach Belgrad, welchem mitgeteilt wird, daß Herr Pawlowics noch die Amortisation vier andrer mit kleineren Treffern gezogenen Serbenlose eingeleitet habe. Die serbische Regierung könne nach dem Gesetze nichts anderes thun, als Herrn Pawlowics aufzufordern, sein Eigentumsrecht an dem Lose binnen zwei Monaten nach Verhängung von der Ansetzung der Amortisation zu beweisen. Dieser Beweis dürfte ihm freilich gegenüber dem Zeugnis des Österreicher schwer fallen. Die serbische Regierung sprach ihr Bedauern darüber aus, daß der Delegierte nicht einige Tage früher gekommen sei; man habe eben jetzt einem andren Serben, der in New York wohne, nach Ablauf der Amortisationsfrist einen Haupttreffer von 100 000 Kr. ausbezahlt. Hätte man schon damals Beweise für die Existenz eines organisierten Schwindels in der Hand gehabt, so würde man sich die Rechtstitel des New Yorker Serben doch genauer angesehen haben. Auch die Amortisationsfrist für das oben erwähnte Los wäre in sechs Monaten abgelaufen, und der österreichische Kaufmann hätte dann das Nachsehen gehabt.

Auf diese Art ist der Beweis geliefert, daß in Amerika eine förmliche Organisation besteht, welche die unbehobenen Treffer auf Grund eines sehr einfachen und wenig riskanten Schwindels an sich zu bringen sucht. Die Verzeichnisse der nicht behobenen Treffer werden bekanntlich veröffentlicht und müssen veröffentlicht werden, um die säumigen Eigentümer aufmerksam zu machen. Das amerikanische Schwindelkontorium notiert diese Restanten und läßt die bereits gezogenen Lose durch verschiedene möglichst unauffällige Personen als verloren anmelden und amortisieren.

## Soziales.

### Ärzte und Krankenkassen.

In der hier erscheinenden „Deutschen medizinischen Presse“ wendet sich Dr. med. R. Gumpert ganz entschieden gegen den Antrag, die ärztlichen Ständesorganisationen jetzt gegenüber den Krankenkassen mit der Forderung der freien Arztwahl treiben. Er weist mit Recht darauf hin, daß es nicht einzusehen sei, warum eine menschenwürdige Behandlung der Kranken nicht ebenso gut möglich sei bei einer Auswahl unter einer kleineren Zahl Ärzte, onstakt wie in Berlin unter tausenden. Noch niemals habe man versucht, das Prinzip der freien Arztwahl auf Berufsgenossenschaftskassen auszudehnen.

Nach den Worten und Schriften der Freiwahl-Beihörner scheidet lediglich die unbeschränkte freie Arztwahl den Ärzten eine ausreichende Honorierung der Einzelleistung, die im Stande ist, an das Ideale — Minimalhöhe der Tage — nahe heranzukommen. Tatsächlich ist dies ganz anders. In Berlin giebt es eine Betriebskrankenkasse, welche einige allgemeine Ärzte mit festem Gehalt, einige Spezialärzte gegen Quartalsböhnen mit festem Entgelte (pro Von 3,60 M.) angestellt hat. Bei der ersten Kategorie entfällt auf die Einzelleistung mindestens der tagmäßige Betrag.

Die Betriebskrankenkasse der Berliner Straßenbahn hat jetzt eine Reihe von Ärzten angestellt, unter welche sie pro Kopf und Jahr der Angehörigen 3,50 M. verteilt; dabei erlischt die Zugehörigkeit zu der Betriebskrankenkasse für die Angehörigen mit dem Tage der Entlassung des Mitgliedes.

Wenn also Kassen, ohne sich dem Freiwahlssystem striktester Oberbahrung zuzuwenden, ihren Ärzten so verbesserte Honorare gewähren können; so ist es sehr begreiflich, daß sie sich gegen Manipulationen wehren, die dahin zielen, die freie Arztwahl gesellschaftlich einzuführen — versteht sich für die Arbeiterklassen, an Beamtenkassen wagt sich der Enthusiasmus der Unentwegten und Zielbewußten nicht heran. Man kann es also sehr wohl verstehen, warum die Kassen mit freier Arztwahl sowie die mit dem Verein Berliner Kassenärzte Partizipierenden letztlich allen Ärzten ein Manifest hingeschickt haben, in dem sie gegen die von den Ärzten ausgehenden Eingriffe in die Selbstverwaltung der Kassen lebhaft protestieren.

Eine Versammlung der hiesigen Ärzte fand am Dienstagabend wieder im Langenbechhause statt. Sie galt der Propaganda für die Unterzeichnung der Ehrenscheine. Von den etwa 4000 Ärzten, die in Berlin und der Provinz Brandenburg wohnen, haben erst zwischen 600 und 700 die Scheine unterschrieben. Viele Ärzte befürchten mit Recht, daß sie sich durch Unterzeichnung der Ehrenscheine auf etwas verpflichten, dessen Tragweite gar nicht abzusehen ist, deshalb war die Versammlung einberufen worden, „irrigem Auffassungen und Mißverständnissen“, wie Sanitätsrat Kähler sagte, entgegenzutreten. Es handelte sich nur darum, sagte er, dort die freie Arztwahl einzuführen, wo die Mehrheit der beteiligten Ärzte sie wollen, und sie dort zu erhalten, wo sie besteht (auch wo die beteiligten Ärzte etwa mit ihrer Vereinstung einverstanden wären. Redaktion des „Vorwärts“.) Deshalb legt der Ehrenschein den Ärzten die Verpflichtung auf, keinen Vertrag einzugehen, der Bestimmungen enthält, durch welche die freie Arztwahl ausgeschlossen oder deren Einführung verhindert wird. Damit wird, da dem Verein Berliner Kassenärzte die Unterzeichnung ihrer bisherigen Verträge nur noch auf ein Jahr gestattet werden soll, zugegeben, daß man in Berlin und der Provinz Brandenburg nach längstens einem Jahre die freie Arztwahl einführen will. Dabei behauptete Herr Kähler, es sei nicht wahr, daß man die freie Arztwahl in Berlin im Zuge und mit Gewalt einführen wolle. Ob die Kassen sich das gefallen lassen wollen, davon war natürlich keine Rede.

Es wurden dann noch eine Anzahl anfeuernder Ansprachen gehalten und schließlich eine Resolution angenommen, die den Ärzten die Unterzeichnung des Ehrenscheines empfiehlt. Die Resolution war beantragt worden von dem Vertreter des Ärztevereinsbundes Dr. Windels.

Aus der Debatte erwähnen wir eine Äußerung des Professors Thieme aus Kottbus, der nach Rudolphschem Rezept gegen die Kassen donerte. Der Herr meinte, man halte den Kassenforderungen entgegen, daß die Kassen sie nicht erfüllen könnten und daran zu Grunde gehen müßten. Das könne den Ärzten aber egal sein, sie verlangten unter allen Umständen eine ihren Leistungen entsprechende Bezahlung. Eine Auffassung, die Herr Thieme ja

nicht allein vertritt, wenn sie auch vielleicht nicht immer so scharf ausgesprochen wird. Nun sind wir gewiß die Letzten, die den Ärzten das Recht zur Forderung genügender Bezahlung absprechen wollten. Bei der Form der Honorierung jedoch, welche die Ärzte anstreben, wird man nie zu einer Einigung darüber kommen, welche Höhe des Honorars den Leistungen entspricht. Es wird zwar die gesetzliche Mindesthöhe genannt, doch das ist eine ganz willkürlich gewählte Grenze. Bei wohlhabenden und reichen Patienten geht die Bezahlung oft weit darüber hinaus und beträgt das Vielfache der Tage. Ist das nun eine den Leistungen entsprechende Bezahlung oder ist der die Tage überschreitende Betrag ein Trinkgeld? Man kann hier nicht einwenden, daß es sich um eine der Zahlungsfähigkeit des Patienten „entsprechende“ und darum überhaupt „entsprechende“ Honorierung handelt, denn dann müßte ja das Argument auch nach unten gelten. Eine Einigung über die berechnigte Höhe der Honorierung läßt sich nur auf der Grundlage erreichen, daß dem Arzte ein standesgemäßes Gesamteinkommen garantiert wird. Das ist aber niemals bei der freien Arztwahl möglich; erstens sind da viel mehr Ärzte in Kassenpraxis tätig, als notwendig sind, so daß selbst bei ganz gleicher Verteilung des Honorars für keinen Arzt ein ausreichendes Gesamteinkommen aus Kassenpraxis zu erreichen ist, und zweitens ist eine ganz gleiche Verteilung des Honorars ausgeschlossen. Gerade bei freier Arztwahl wird immer der größere Teil der Ärzte (und vor allen Dingen wird das die anständigen Ärzte treffen) nur wertige Mark im Jahre von den Kassen beziehen, während die — sagen wir geschäftskundigeren — sich große Einkommen machen. Die Kollage des Arztes standes kann durch die Kassen niemals beseitigt werden, gleichviel, welches System der ärztlichen Versorgung man auch einführt.

Eine standesgemäß bezahlte Arztstelle ist beim städtischen Krankenhaus in Wiesbaden zu befehen. Es soll ein Assistenzarzt angestellt werden, dem freie Station — ganz wie den Dienstboten — und 600 Mark bares Geld für ein Jahr geboten wird, genau 11,50 M. für eine Woche. Das reicht jedesmal zu einem billigen Sonntagsergötzen. Die schlechten Kranken — Kassen!

Die bayerischen Fabrik-Inspektoren haben an die Arbeiterorganisationen Fragebogen versendet, in denen um Angaben über die Arbeitslosigkeit im verflohenen Jahre und über die Tätigkeit der gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise gebeten wird. Die gewonnenen Resultate werden zusammengestellt und in den Fabrikinspektoren-Berichten veröffentlicht. Ferner wird eine Erhebung über Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Textilindustrie veranlaßt werden, wie dies schon in den verschiedenen andren Industrien (Mühlen- und Brauereigewerbe usw.) geschah, und wobei beachtenswerte Resultate erzielt wurden.

**Arbeitsleistung und Lohnvereinbarung.** Der Unternehmer W. hatte einem Gehilfen 36 M. Lohn zugesagt, diesen Lohn aber nur einmal während des dreiwöchentlichen Arbeitsverhältnisses gezahlt. Für die beiden andren Wochen erhielt der Gehilfe, der gekündigt hatte, nur 24 M., was der Arbeitgeber mit den Leistungen, die hinter seiner Erwartung zurückblieben, rechtfertigte. Der Arbeiter war damit aber nicht einverstanden und klagte beim Gewerbegericht auf Zahlung der Minderbeträge von je 12 M. für die zweite und dritte Woche. Der Beklagte machte dagegen auch vor Gericht geltend, daß er die 36 M. dem Kläger in der ersten Woche nur gezahlt habe, indem er hoffte, Kläger werde sich mehr einarbeiten. Die Kammer 8 des Gewerbegerichts verurteilte jedoch den Beklagten zur Zahlung der 24 M. mit der Begründung, daß der Wochenlohn von 36 M., wenn er, wie hier, vereinbart war, auch für die vertragmäßige Zeit gezahlt werden mußte. Auf keinen Fall hätte Beklagter während der Kündigungszeit eigenmächtig einen niedrigeren Lohn, als vereinbart, zahlen dürfen, bloß weil der Arbeiter sich nicht seinen Erwartungen gemäß einarbeitete. Die Herabsetzung des Lohnes hätte nur mit gegenseitigem Einverständnis erfolgen können.

### Handwerkdrettung.

Rehaldig wie die Breslauer rettet auch die Handwerkskammer für den Regierungsbezirk Düsseldorf das Handwerk. Der Etat dieser Kammer für 1902/1903 weist 88 900 M. Einnahme und Ausgabe nach. Davon wurden zur „Hebung des Handwerks“ 9860 M. verwendet, alles übrige ging auf Verwaltungs- und Repräsentationskosten auf.

Die Arbeitslosigkeit in Norwegen ist in diesem Winter so groß, daß der Staat sich genötigt sieht, Maßregeln dagegen zu ergreifen. Auf Vorschlag des zur Untersuchung der Frage der Arbeitslosigkeit eingesetzten Specialkomitees bewilligte das Storting am Sonnabend ein in sum 4 000 000 Kronen für Bahnbauarbeiten, die von den Arbeitslosen sofort in Angriff genommen werden sollen. Außerdem wurde beschlossen, daß den Arbeitslosen auf den Staatsbahnen freie Fahrt nach den Orten gewährt wird, wo Aussicht auf Arbeit vorhanden ist.

**Achtung!** Die zu heute, den 18. Februar, angesetzte Volksversammlung im Ewinemünder Gesellschaftshaus findet nicht statt.

## Aus der Frauenbewegung.

**Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse.** Sonnabend, den 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße 20, fünfstes Stiftungsfest. Unter gütiger Mitwirkung des Inspektors Hofelder, der Konzertführerin Frau Ranken-Überhold, des Schauspielers Richard Leopold vom Kleinen Theater. Willets a 30 Pf. zu haben bei Frau Panzeram, Roppel-Allee 128, 1 Tr., Frau Altsch, Koppensstraße 81, 4 Tr., Frau Franke, Moabit, Gorkowskistraße 13, Frau Jachau, Duffinsstraße 8, Frau Kaulde, Pringenstraße 102. Um recht rege Beteiligung bittet Der Vorstand.

**Central-Verein der Bildhauer Deutschlands.**  
Verwaltung Berlin.  
**Nachruf.**  
Am 11. d. Mts. verstarb in der Heilshalle Grabowsee nach langen Leiden unser langjähriges, treues Mitglied, der Modellleur  
**Alfred Erdmann**  
im Alter von 29 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm  
Die Verwaltungsstelle Berlin.

**Centralverband der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter Deutschlands.**  
Verwaltungsstelle Berlin I.  
Am Montag, den 15. Februar, verstarb unser Mitglied, der Rolporteur  
**Albert Telge.**  
Ehre seinem Andenken!  
67/7 Die Ortsverwaltung I.

**Dr. Simmel,** Prinzen-Str. 41.  
Spezialarzt für [70/13]  
**Haut- und Harnleiden.**  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und der reichen Krankspenden bei der Beerdigung meines geliebten Mannes  
**Paul Heise**  
sage ich meinen innigsten Dank.  
Witwe Franziska Heise.

# Inserate

für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden.

Die Expedition.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

## Theater.

Donnerstag, 18. Februar.  
Anfang 7 1/2 Uhr:

Neues Königl. Opern-Theater.

Gefühllos.

Schauspielhaus. Nabala und Liebe.

Deutsches. Der einsame Berg.

Berliner. Stella und Antonio.

Zeffing. Jopfenreich.

Westen. Die Colombine. Die Tante

schlößt.

Neues. Schwester Beatrix. Vorher:

Der Schlachtenanker.

Residenz. Der kausche Casimir. Vor-

her: Die Umkehrung.

Central. Das Schwalbennest.

Belle Alliance. Götterweiber.

Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater.)

Die Kinder der Excellenz.

Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstadt.)

König Lear.

Puffen. Das Köstchen von Hell-

bronn.

Thalia. Der Hochtourist.

Klein. Gefähr.

Trianon. Nabala I.

Carl Weiß. Der Bestelstudent von

Berlin.

Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n

großen Tisch.

Casino. Die erst im Mai. Bade-

leben.

Reichshallen. Steffiner Sänger.

Weder. Herrfeld. Nur eine Nacht.

Passage-Theater. Lo-Lo. Red

Blau. Spezialitäten. Anf. 8 Uhr.

Metropol. Durchlaucht Radieschen.

Apollo. Frühlingsluft.

Winter-Garten. Cécile de Mérode.

Spezialitäten.

Irania. Taubensirohe 48/49.

Um 8 Uhr: Der Erdball als Träger

des Lebens.

Hörspiel: Dr. Schwahn: Geistes

und Geistes.

Invalidentheater 57/62. Stern-

warte. Täglich geöffnet von 7

bis 11 Uhr.

Central-Theater.

Täglich 7 1/2 Uhr:

Das Schwalbennest.

Operette in 3 Akten v. R. Debonnois.

Musik von Henry Herblan.

Sonnabendnachm. 4 Uhr: Kinder-

vorstellung. Halbe Preile. Der ge-

heißte Kater. Märchenpiel mit

Gefang und Lang in 4 Akten.

Neues Theater.

Schiffbauerdamm 4a-5.

Schwester Beatrix.

Vorher: Der Schlachtenanker.

Anfang 7 1/2 Uhr:

Freitag zum erstenmal: Medea.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:

Das Käthchen von Heilbronn.

Morgen zum erstenmal: Eine leichte

Berlin.

Sonnabend: Der Bekannter.

Sonnabendnachm. 4 Uhr: Minna von

Berlin.

Abends: Eine leichte Berlin.

Montag: Die verlegten Studenten.

Deutsch-Amerikanisches Theater.

Heute: Köpnickersstrasse 67.

Zum

Anfang 8 Uhr.

Ende 10 Uhr 30 Min.

GASTSPIEL

Ad. Philipp.

Uebert grossen

Male: TEICH.

Residenz-Theater

Direktion G. Lautenburg.

Abends 7 1/2 Uhr:

Die Empfehlung.

Abends 8 Uhr:

Der kausche Casimir.

Metropol-Theater

Durchlaucht Radieschen!

Ausstattungsposse mit Gesang.

Anfang 8 Uhr.

Rauchen überall gestattet.

Sonnabend, den 20. Februar:

III. u. letzter Metropol-Theaterhall.

Stadt-Theater Moabit

Alt-Moabit 47/49.

Donnerstag, den 18. Februar:

Bernhard Rose-Theater-Ensemble.

Drei Paar Schuhe.

Lebensbild mit Ges. in 3 Abteilungen

und einem Vorspiel. Musik v. Conrad.

Anfang 8 Uhr.

Nach der Vorstellung: Tanz.

## Schiller-Theater.

Schiller-Theater O.  
(Wallner-Theater).

Donnerstagabend 8 Uhr:

Die Kinder der Excellenz.

Freitagabend 8 Uhr:

Die Kinder der Excellenz.

Sonnabendabend 8 Uhr:

Die Kinder der Excellenz.

Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73. Anf. IV 4440.

Anf. 8 Uhr. Direktion Jean Kron

um 171. Male:

Der Hochtourist.

Freitag: Leichtes Schauspiel von Isadora

Duncan. Sonnabendnachm. 3 1/2 Uhr:

Charleys Tante.

Schiller-Theater N.  
(Friedrich-Wilhelmstadtisches Theater).

Donnerstagabend 8 Uhr:

König Lear.

Freitagabend 8 Uhr:

König Lear.

Sonnabendabend 8 Uhr:

König Lear.

Belle-Alliance-Theater.

Belle-Alliancestr. 7/8. Anf. VI 382.

Anf. 8 Uhr. Direktion Alfred Schöndel.

Heute und folgende Tage:

Götterweiber.

Musik. Vöffe mit Gefang und Lang.

Sonnabendnachm. 3 Uhr: Von

Stufe zu Stufe.

## Cirkus Schumann.

Zum Besten der Krankenküche Brüderstr. 10

heute Donnerstag, den 18. Februar, 7 1/2 Uhr abends:

Grosse Extra-Fest-Vorstellung.

Sport-Programm.

Zu dieser Vorstellung ladet ergebenst ein

Das Komitee:

Ihre Durchlaucht Herzogin von Ratibor, Ehren-Vorsitzende.

Unter den Linden 78.

Frau Anna vom Rath, Vorsitzende, Victoriastr. 6.

## Freie Volkshühne.

Sonntag, den 21. Februar, nachm. 2 1/2 Uhr:

Metropol-Theater

3./6. Abteilung:

Medea.

Lesing-Theater

10./11. Abteilung:

Der Meinelbauer.

Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

## Urania. Herrnfeld-

Gebrüder

Theater. Sonntag

8 Uhr.

Die anerkannt erfolgreichste Komödie

Nur eine Nacht!

3 Akte aus einer Gde.

Romödie von A. und O. Herrnfeld

mit den Schauspieler

Will Waldheim . . . Donat Herrnfeld.

Tuschek . . . Anton Herrnfeld.

Dambitsch . . . Ferd. Grünecker.

Berner: Das neue Februar-

Künstler-Programm.

Lyrisch-Quartett, Stalinsches Opern-

ensemble, 5 Schwestern Longonella

in ihren Orig.-Gesängen u. Tänzen.

Marka Freya. — Hilda Stadthagen.

Bendix

als „Monna Vanna“.

Sonntag 11-2 Uhr.

Casino-Theater.

Lehringstr. 37. Anf. 8. Sonnt. 7 1/2

Uhr: Die fönische Operette

Die Cirkusfee.

Vorb.: Das glänz. Februarprogramm.

Sonnabendnachm. 4 Uhr: Vertauschte

Sohn.

W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill.

Brunnenstrasse 16.

Extra-Elite-Vorstellung:

Die Dame in Trauer.

Vollständ. in 5 Akten von Kräger.

Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Ball.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter Straße 132.

Abends 8 Uhr:

Der Bestelstudent von Berlin.

Gefangenspiele in 5 Akten v. G. Braun

und H. Busse.

Morgen: Der Bestelstudent v. Berlin.

Sonnabendnachm. 4 Uhr: Kinder-

vorstellung: Die sieben Raben.

Fröbels Allerlei-Theater

fr. Puhmann, Schönbauer Allee 149.

Sonnabendnachm. 3 Uhr:

Norddeutsche Säng.

Nach der Vorstellung um 10 Uhr:

Grosser Ball.

Entree 30 Pf. Eintritt 50 Pf.

Montag: Goethe-Ensemble-Theater.

Vorstellung: — Freitag.

Reichshallen

Steffiner Sänger

Zum Schluss neu:

Die Berliner bei

den Pereros.

Anfang: 8 Uhr.

Sonntag: 7 Uhr.

## IX. Berliner Saison.

Cirkus Busch.

Gala-Abend.

Nur noch einige Male:

Wunder-Dressur des

Mr. Richard Sawado mit seinen

wilden Königstigern.

Direktor Busch: 2 Berberhengste.

Wlle de Holstein mit ihrem

irlandischen Springpferd „Willow“.

Jum 57. Male:

Aus den Alpen.

Bemerkenswert:

Der Automobilsturz.

## Palast-Theater

Burgstr. 22, früher Feen-Palast.

Heute abend 8 1/2 Uhr:

Goldener Boden.

Vöffe mit Gefang in 4 Akten v. G. u.

Berch. Musik von Fr. Brandt.

Am Spezialitäten!

Los Raffabls, Duo-Landschaftsmaler.

Mr. C. Jürgensen, Pianist.

Greta Walter, Soubrette-Diva.

O. C. Schields, Gyentrique-Vongleur.

Signora Ernesto mit ihrem mysteriösen

Gefangen.

Morgen abend 8 Uhr: Actus-Elite-

vorstellung. Halbe Kassenpreise:

Wilhelm Tell.

Sonnabendabend: Goldener Boden.

## Steidl-Theater

Linien-

strasse 182

Oranien-

burger Thor.

Riesenerfolg!

Das teure Vaterhaus.

Dramat. von Joh. Steidl.

Vollständig neues Programm.

## WINTERGARTEN

„Pas de Deux“ getanzt von Sign.

Fiorentini u. Sgr. Cerutti.

Kaufmann-Truppe Weibl. Radfahrer.

Sisters Moullier Reckturnerinnen.

Brothers Damm Excentric Akrobaten.

Paul Batty Dressierte Bären.

O' Neil und Terp Excentrics.

Dora Keplinger Sängerin vom k. k.

priv. Theater a. d. Wien.

Costantino Bernardi

In einer Komödie mit 9 Personen

v. Bernardi allein dargestellt.

Georg Hartmann Zauberkünstler.

Athletia & Brada Kraftproduktion.

Tanzbilder mit

Cléo de Mérode

Biograph.

Sanssouci.

Kottbuser Thor — Stat. der Hochbahn.

Jeden Sonntag, Montag

und Donnerstag

Hoffmanns

Norddeutsche Säng.

und Tanzkränzen.

Dienstag:

Theaterabend.

Vorprogramm gratis.

Königstadt-Kasino

Holzmarktstr. 72. Ecke Alexanderstr.

Täglich:

Franz Sobanski.

Neu! The Byrons, Fimm u. Fimm,

Eugen Nighon.

Die Februar-Spezialitäten.

Neu! Der Onkel kommt. Neu!

Nach der Vorstellung: Mittwoch,

Sonnabend u. Sonntag: Tanz.

Neue Welt

Hasenheide 108/114.

(Arnold Scholz.)

Jeden Donnerstag:

Bernhard Rose-Theater-Ensemble.

Mutterlie

Die Vertrauensämter der Berliner Socialdemokratie.

A. Vertrauenspersonen:

- 1. Wahlkreis: Georg Doppel, Oranienburgerstr. 5, vorn III.
2. Wahlkreis: Herm. Werner, Mittenwalderstr. 30 part.
3. Wahlkreis: Franz Koch, Admiralsstr. 7, vorn IV.
4. Wahlkreis (Ost): Otto Franke, Jorndorferstr. 8, vorn part.
5. Wahlkreis (Südost): Rich. Hadelbusch, Curbstr. 16, Hof II.
6. Wahlkreis (West): Karl Fischer, Waldstr. 8.
Nieder-Barnim: Georg Freivaldt, Parlow, Florast. 36.
Teltow-Beeskow: Paul Firsch, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.
Für die Frauen Berlin: Frau R. Bengels, Or. Frankfurterstr. 133.
Teltow-Beeskow: Frau Marie Thiel, Tempelhof, Friedrich Wilhelmstr. 17.

B. Pressekommision:

- 1. Wahlkreis: Fritz Kubat, Jakobikirchstr. 2.
2. Wahlkreis: Albrecht Kille, Mariendorferstr. 1, vorn I.
3. Wahlkreis: Adolf Busch, Oranienstr. 177, vorn III bei Senko.
4. Wahlkreis (Ost): Otto Wagner, Andreasstr. 75, vorn IV.
5. Wahlkreis (Südost): Karl Bernuth, Sorauerstr. 21.
6. Wahlkreis: Richard Klose, Lortzingstr. 23.
Nieder-Barnim: Oswald Grauer, Friedrichsberg, Frankfurter Allee 197.
Teltow-Beeskow: Otto Hoppe, Rixdorf, Berlinerstr. 14.
Karl Vogheimer, Groß-Lichterfelde-Lankwitz, Siemensstr. 31.

C. Lokalkommision:

- 1. Wahlkreis: Jakob Ege, Kofstr. 23.
2. Wahlkreis: Heinrich Schröder, Kreuzbergstr. 15.
3. Wahlkreis: Wilhelm Hinz, Pringenzstr. 66, vorn IV.
4. Wahlkreis (Ost): Fritz Zimmermann, Jorndorferstr. 47.
5. Wahlkreis (Südost): Wilh. Sedler, Lausitzerstr. 14 III.
6. Wahlkreis: Friedrich Schah, Wilsstr. 12.
Nieder-Barnim: Robert Kiel, Rummelsburg, Kausstr. 22.
Teltow-Beeskow: Herm. Schliebitz, Brix, Jahnstr. 3.
D. Agitationskommission für die Provinz Brandenburg:

- 1. Wahlkreis: Albin Schuster, Straßmannstr. 2.
2. Wahlkreis: Fritz Rinke, Reichenbergerstr. 128.
3. Wahlkreis: Karl Dimmid, Luifen-Aller 11.
4. Wahlkreis (Ost): Jean Jansen, Landsberger Allee 143.
5. Wahlkreis (Südost): Karl Scholz, Brangelstr. 110.
6. Wahlkreis: Georg Davidsohn, Heinersdorferstr. 8 IV.
Nieder-Barnim: A. Taubmann, Neu-Weihensee, Elshstr. 75.
Teltow-Beeskow: Karl Fischer, Schönberg, Gothenstr. 36.

E. Vorsitzende der Wahlvereine:

- 1. Wahlkreis: Gustav Seiler, Mantelstr. 8.
2. Wahlkreis: Herm. Werner, Mittenwalderstr. 30.
3. Wahlkreis: Stephan Fritz, Oranienstr. 157, IV.
4. Wahlkreis (Ost): Paul Liffin, Warschauerstr. 61, v. part.
5. Wahlkreis (Südost): Paul Hoffmann, Oppelnerstr. 21.
6. Wahlkreis: Leo Zucht, Landwehrstr. 39, II.
Central-Wahlverein für Teltow-Beeskow: Paul Firsch, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.

Der Kongreß von Saint-Etienne.

Saint-Etienne, 15. Februar. (Fig. Ver.) Zweiter Verhandlungstag. Vormittag-Sitzung. 9 1/2 Uhr.

Die Debatte über die Statutenänderung wird fortgesetzt. Rabi, Delegierter der Föderation von Drome und Ardèche: Die Kammerfraktion vernachlässigt die Propaganda in der Provinz. Wir wollen nicht, wie uns entgegengedehalten wird, die Deputierten zu „Dienstboten“ machen. Aber die Gesamtpartei soll die Leitung befragen. Keine Erhebung der Fraktion durch ein zentralistisches Komitee! Das Komitee soll die treue und ständige Vertretung der Föderationen sein. In der Provinz ist man weit entfernt von Streitgesprächen. Man will vor allem die Agitation gut befragen. Die talentvollen Führer meinen, sie hätten eine Menge Anhänger für die Partei gewonnen. Irrtum! Es ist ihre hervorragende Person, die eine Anziehungskraft ausübt. Die so gewonnenen Anhänger würden die Partei verlassen, wenn die glänzenden Chefs fort wären. Das sozialistische Bewußtsein ist unter den Genossen noch sehr oberflächlich. Zum Schluß schlägt Redner vor zwei Resolutionen: 1. Das Interföderale Komitee soll, in ständiger Verbindung mit den Föderationen, in der Zwischenzeit zwischen den Parteitag die Partei verwalten, die Agitation regeln, die von seinen Mitgliedern und von den Deputierten zu befehlen ist, und im Falle wichtiger und dringender Ereignisse die nötigen Entscheidungen treffen, für die er vor dem Parteitag verantwortlich ist. Für alle das Parteileben interessierende Fragen hat das Komitee das Recht, ein Referendum

anzuordnen. 2. Jeder Erwählte der Partei, Deputierter oder Senator, ist verpflichtet, wenn dazu von den Föderationen aufgefordert, einmal im Jahre in jeder Föderation einen Vortrag abzuhalten. Das Komitee hat darüber zu wachen. Der Parteitag entscheidet über die Fälle, in denen die Erwählten ihren Agitationsverpflichtungen nicht nachkommen. (Beifall.)

Vorsitzender verliest zwei Begrüßungen aus der Provinz und eine Begrüßung der tschecho-slavischen Socialdemokratie.

Constant-Seine tritt für die Statutenänderung ein. Bis her herrscht Anarchie. Das Komitee selbst hat sich in eine Pflanzstätte von „Unterdeputierten“ verwandelt. Niemand will Disziplin halten. Rouanets Wahlkomitee hat die Zahlung der Beiträge eingestellt wegen der Ausschließung Millerands.

Jean Longuet-Paris: Vor allem ist der gründliche Unterschied zu betonen zwischen der bürgerlichen und der sozialistischen Auffassung von der Rolle der Abgeordneten. Redner erinnert an die Formel der Internationalen Arbeiterassoziation: die ökonomische Befreiung ist das Ziel, dem die politische Aktion als Mittel untergeordnet werden muß. Die Aktion der sozialistischen Abgeordneten hat zur Vorbereitung die Organisation des Proletariats. Die Unabhängigkeit der Fraktion steht im Widerspruch mit dem Socialismus. Hierüber ist man in den sozialistischen Parteien aller Länder einig. Redner bespricht die Organisation der Parteileitung und der Kontrolle in Belgien, Deutschland und Italien. Nichts von alledem existiert in unrer Partei.

Einerseits denken zahlreiche Elemente, daß der Deputierte einzig die unförmige, ungleicherte Masse der Wähler zu vertreten hat. Andererseits dauerten die diktatorischen Ueberlieferungen der alten Sonderorganisationen (Quosdixten und Blanquisten) fort. Beides widerspricht in gleicher Weise dem proletarischen Princip. Redner erinnert an die Geschichte des früheren General-Komitees, das das Kontrollrecht mißbräuchlich ausübte. Seit Tours aber ist man in den entgegengesetzten und noch schlimmeren Mißbrauch verfallen. Die P. S. F. ist keine Partei, sondern ein zusammenhangloses Gemengel (craque). Die Fraktion leidet unter der Korruption des parlamentarischen Mißbrauchs. (Brand ruft: Was die Deputierten korumpiert, das sind die Gesuche um die Gewährung von Tabakverkaufs-Bureaus, die so zahlreich an die Deputierten aus den Reihen der Partei herangehen.) Diese Gesuche, antwortet Longuet, kommen nicht aus der sozialistischen Masse, sondern von streberischen Politikern. Brand selbst hatte seiner Zeit im General-Komitee über die Couloir-Korruption geklagt.

Es handelt sich nicht darum, dem Interföderalen Komitee das Recht zu geben, die einzelnen Abstimmungen der Deputierten zu diktiert, sondern sie zu kontrollieren. Briands Einwand, daß die Abstimmungen ja bekannt wären, ist hinfällig. Wie viele Parteigenossen lesen denn das „Journal Officiel“? Das einzige als sozialistisch geltende Organ, die „Petit République“, hat z. B. Millerands Votum gegen die Abrüstung verschwiegen, so daß dieses ohne die Einmischung der Seine-Föderation der Masse der Genossen unbekannt geblieben wäre.

Die Statutenänderung ist notwendig auch im Interesse der Einigung sämtlicher französischer Socialisten. Der linke Flügel der P. S. F. hofft noch immer auf diese Einigung. Und deshalb bleibt er in dieser Partei in der Hoffnung, seinen Ideen zum Siege zu verhelfen. Würde er die P. S. F. verlassen, so gäbe es kein Gegengewicht mehr gegen die Rechte und die sozialistische Einigung würde unmöglich werden. Redner protestiert in diesem Zusammenhang unter dem Beifall der Linken gegen das Verfahren des Abg. Rouanet, der in seinem Fraktionsbericht den aus der Partei ausgeschlossenen Millerand als „Genossen“, einen Jules Guesde aber als „Derrn“ anredet.

Zum Schluß warnt er vor dazwischenliegenden Resolutions, wenn auch die Linke nicht an der buchstäblichen Fassung ihres Entwurfes Hebe. Die Partei hat genug unter dazwischenliegenden gelitten. In Vorbezug wurde Millerand nur durch eine Unschicklichkeit gerettet, aber trotzdem konnte er nachher sagen, der Vorbezug-Kongreß hätte seine Taktik gebilligt. In den neuen Statuten ist der enge Zusammenhang zwischen Fraktion und Partei und das Kontrollrecht des Interföderalen Komitees klar festzulegen. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Fontanier-Rimes tritt für die Aufrechterhaltung des Status quo ein im Interesse der Würde und der Aktion der Deputierten. Uebrigens beschwert er sich über die ungleiche Verteilung der Arbeiten innerhalb der Fraktion. Einzelne Deputierten dürfen nicht das Monopol der parlamentarischen Betätigung haben. (Abg. Deville protestiert gegen die letzten Worte.)

Uhrig-Paris wendet sich zunächst gegen Rouanets Fraktionsbericht, insofern dieser das Rehnfundentags-Gesetz uneingeschränkt als einen enormen Fortschritt feiert. In Wirklichkeit hat das Kassationsgericht die entscheidende Bestimmung jenes Gesetzes über die „gemischten Betriebe“ (mit männlichen, weiblichen und minder-jährigem Personal) derart ausgelegt, daß das ganze Gesetz in den meisten Fällen nicht anwendbar ist. Das wird im letzten Inspektionsbericht konstatiert.

Ueber die Statutenfrage spricht Redner im Sinne Longuets und kritisiert an einzelnen Beispielen die teils Kleinbürgerliche, teils allgemein opportunistische Haltung der Fraktion, die auf eigene proletarische Forderungen verzichtet, aus Furcht, die kleinen Reformen zu gefährden, die von der Bourgeoisie gewährt werden.

Abg. Rouanet: Die Anhänger der Statutenänderung haben drei Argumente ins Feld geführt: 1. Es gibt keine Kontrolle über die Fraktion, die so den Zusammenhang mit der Partei verliert; 2. die Fraktion beteiligt sich nicht hinreichend an der Agitation; 3. das entscheidende Argument wurde von Longuet vorgebracht, der sich auf die sozialistischen Principien berief. Alle Argumente sind hinfällig.

Genüß könnte die Fraktion für die Agitation mehr thun. Wenn sie aber nicht allen Rednergesuchen gerecht werden kann, so, weil gewöhnlich dieselben Redner verlangt werden. Die betreffenden Abgeordneten müßten stets auf Agitationsreisen sein, wollten sie allen Einladungen der Föderationen folgen. Uebrigens ist auch das Interföderale Komitee nicht ohne Fehl. Hat nicht ein Mitglied der Agitationskommission demissioniert, weil er immer allein zur Kommissionsitzung erschien? (Ein Delegierter ruft: Die Kommission wurde nutzlos, weil die Fraktion die Gesuche um Redner nachlässig behandelt.) — Aber die Deputierten haben doch im Auftrage des Komitees agitiert.

Ferner ist es verfehlt, einen Unterschied zwischen den Mitgliedern des Komitees und denen der Fraktion zu machen, jene über diese zu stellen. Die Verschiedenheiten in der Abstimmung ändern nichts an der Einheitlichkeit der Auffassung der Fraktion. Beweis: kein Deputierter denkt daran, die abweichende Abstimmung eines Kollegen zu tabeln. Die (linksstehende) Minderheit will ihre Auffassung der Fraktion aufzwingen. Das ist unzulässig. Die Fraktion ruft auf dem Boden des Tours-Programms. Demgemäß hat sie eine andre Auffassung vom Klassenkampf, als die revolutionäre Kur-Gewerkschaftler. Die Konsequenzen der Denkweise der Linken führen zur Verminderung der parlamentarischen Aktion. Couloir-Intelligenz gibt es nicht nur im Parlament, sondern auch in der Arbeitsbüroe, wo eine Minderheit sich des Rechtes bemächtigt hat, im Namen der Arbeiterklasse zu sprechen. Longuets Standpunkt würde im Falle seiner Verwirklichung eine Minderheit an die Spitze der Partei stellen und die revolutionäre Kurgewerkschaftler fördern, deren Kraft und Bedeutung übrigens überschätzt wird. Die vorgeschlagene Statutenänderung würde Zwist stiften in den Reihen der Partei. Die Kontrolle seitens des Komitees würde auf die Kontrolle seitens einzelner Föderationssekretäre hinauslaufen. Das Komitee würde ein „Senat“ darstellen mit einem noch viel beschränkteren Wahlrecht als der französische Senat. Die Linke weiß, daß im Komitee die Pariser Herrschen, Elemente, die

einem überhöhten Revolutionarismus huldigen. Daher ihr Verlangen nach der Komiteekontrolle über die Fraktion. Der Hinweis auf die ausländischen Parteien beweist nichts. Die französischen Verhältnisse sind eigenartig. Die Uebertragung der ausländischen Organisationsmethoden würden den französischen Socialismus gefährden.

Zum Schluß verteidigt Redner die ehrliche Haltung der Fraktion, die von jeder heuchlerischen und demagogischen Ueberangebots-Taktik frei sei, und ergeht sich in heftigen Ausfällen gegen die revolutionär-socialistische Fraktion. (Lebhafte Beifall rechts.)

Schluß der Vormittagsitzung 12 1/2 Uhr.

Nachmittags-Sitzung. 2 1/2 Uhr.

Begrüßungsschreiben sind eingelaufen von der holländischen Socialdemokratie, vom Sekretär des Internationalen sozialistischen Bureaus, von der ungarischen Socialdemokratie und vom Genossen Pfannkuch.

Das letztere Schreiben lautet:

„Verte Genossen! Für die Ueberfendung der Tagesordnung Ihres VI. Kongresses besten Dank.“

Ihren Verhandlungen, die wir mit großem Interesse verfolgen, wünschen wir den besten Erfolg. Insbesondere würde es uns freuen, wenn Punkt VII der Tagesordnung eine für alle Beteiligten zufriedenstellende Lösung finden würde. Denn nur in der Einigkeit der Partei liegt die Garantie für den siegreichen Vormarsch des Proletariats und des Erfolgs unsrer Ideen.

Mit brüderlichem Gruß

W. Pfannkuch.\*

Debatte über die Statutenänderung.

(Fortsetzung.)

Réveillard, Vertreter der Föderation von Anjou und Poitou, legt dar, daß seine Föderation sich für die Statutenänderung ausgesprochen hat, insbesondere für den einen Artikel 22, betreffend die Leitung der Partei durch das Interföderale Komitee, in Verbindung mit der weiteren Aenderung (Artikel 25), der für die Mitglieder des Komitees einen Altersgenus von 25 Jahren und eine mindestens dreijährige Parteizugehörigkeit vorschreibt, um so die Sachkundigkeit des Komitees zu verbürgen.

In der Fraktion sind die Geister geteilt (Proteste rechts). Wir haben das heute morgen (vom Abg. Journer) gehört. Die Komitee-Kontrolle kann dagegen Abhilfe schaffen. Abg. Briand hat sich über die Gesuche um Vergünstigungen beschwert, die an die Fraktion seitens der Genossen herangehen. Wir in Anjou haben uns an die Fraktion gewendet mit einem Gesuch um Rückgängigmachen eines behördlichen Willküraktes, aber wir haben keine Antwort erhalten. Seit vier oder fünf Kongressen vertrießel man unsre Föderation, daß die Parteizustände sich später bessern würden. Wir sehen aber immer noch keine Besserung.

Der Einwand (der Rechten), daß das Komitee selbst in keinerlei Fühlung mit den Föderationen stände, bedeutet gerade die Verurteilung der alten Tours-Statuten. Diese sind eben zu ändern im Sinne, daß die Föderation ihre Vertreter aus ihrer eignen Mitte, nicht unter den Pariser zu wählen hat. In Anjou handeln wir bereits demgemäß. Sämtliche Föderationen könnten es ebenso machen.

Es kommt nicht auf den Vorschlag des Statutenartikels an. Man mag das Wort „Kontrolle“ oder „Zusammenwirken“ gebrauchen, aber das bisherige Verhältnis zwischen Komitee und Fraktion muß geändert werden.

Agagnier, Maire von Lyon: Die Rhone-Föderation hat sich gegen die Statutenänderung ausgesprochen. Die Uneinigkeit innerhalb der Fraktion bedeutet nichts, in allen Menschengruppen giebt es Meinungen. Die Agitation wird auch ohne Dazwischenkunft des Interföderalen Komitees besorgt. Die Fraktion hat sich vor allem den parlamentarischen Arbeiten zu widmen. Uebrigens ist die Agitation des Komitees nicht immer einwandfrei. Redner verweist auf den Fall, der den letzten Punkt der Tagesordnung bildet. Das Komitee hat nur die Korrespondenz aus dem Lande zu empfangen. (Isolierter Beifall links und Aufse: „Briefkasten!“) Das Komitee ist unfähig, die Föderationen zu vertreten, da diese wegen der Entfernung von Paris sich nicht eigne Leute vertreten lassen können. Die Leitungsbefugnisse des Komitees würden zum Abfall der Föderationen führen. (Proteste und Aufse: „Erpressung!“), denn einige wenige Pariser würden über die Partei herrschen.

Ancourier spricht im Namen der Südwest-Föderation gegen die Statutenänderung und schließt sich der Beweiskführung des Vorredners an: Die Arbeiter brauchen Reformen und die Fraktion kann sie erlangen. Die Fraktion hat im Parlament zu wirken.

Barde-Arbesmes, Redakteur des dortigen Wochenblattes: Bisher wurden alle Fragen in den Kongressen durch das Talent einiger Redner entschieden. In Lyon (1901) wurden durch das Talent Briands, in Vorbezug wurde dank dem Talent Jourdes eine zweideutige Resolution durchgesetzt. Die einfachen Delegierten werden verächtlich behandelt. (Proteste rechts.) Das muß einmal ausgesprochen werden. Die Fraktion gebraucht das Wort „Leitung“ nicht, aber sie läßt die Leitung tatsächlich aus. Vor drei Jahren hatte Briand in den Ardennen die rote Fahne verherzt, kürzlich aber verherzt die Abg. Deville in Sedan die dreifarbige Fahne. (Lebhafte Proteste links und Aufse: „Hoch die Internationale!“) Derartige Widersprüche wirken auf die Genossen verwirrend. Wenn das Komitee bisher so schlecht war, so, weil seine Zusammenkunft von der „Petite République“ und ihren Leuten bestimmt wurde. Die Föderationen können und müssen sich durch eigne Delegierte im Komitee vertreten lassen. Das Komitee braucht nicht öfter zusammenzutreten als einmal in zwei oder drei Monaten, um die großen principiellen und taktischen Fragen zu beraten. Es handelt sich nicht um eine alltägliche Chikanierung der Fraktion, sondern um Festsetzung allgemeiner Richtlinien. Redner beantragt eine entsprechende Resolution, worin u. a. verlangt wird, daß die Deputierten die sozialistische Doktrin in der Kammer zu bekräftigen haben, und dem Komitee die Aufgabe anvertraut wird, über die Wahrung der sozialistischen Grundzüge durch die Fraktion zu wachen, ohne sich in ihre alltäglichen Abstimmungen einzumischen, bis über letzteren Punkt nicht anders entschieden worden ist. (Beifall links.)

Copigneux-Paris spricht für die Statutenänderung. Die Gemeinderatsmitglieder verdienen den gleichen Vortour wie die Deputierten in Bezug auf mangelhafte Agitation. Die erlernten haben gleichfalls ihre Wahrlichkeiten und begehen manche Ueberschüsse, aus Furcht, den Präselten zu erzürnen, der ihrer Wiederwahl schaden könnte. Weiter wendet sich Redner, ein Gewerkschaftler, gegen das auf Unkenntnis beruhende Urteil Rouanets über die sozial-revolutionäre Gewerkschaftsorganisation. An der antiparlamentarischen Taktik dieser Organisation ist die Fraktion mitschuldig. Redner erinnert an die wegen parlamentarischer Rücksichten erfolgte Weigerung der Fraktion, eine Interpellation über die behördlichen Einschübegeleiten gegenüber der Gewerkschaft der kommunalen Arbeiter einzubringen, die mit der Auflösung bedroht werden. (Uhrig: Das Kabinett Casimir Périer wurde wegen einer ähnlichen Handlung gefürzt infolge einer sozialistischen Interpellation.) Die Arbeiter verlassen immer mehr die Partei. Sie denken, daß die Fraktion sich von dem sozialistischen Geist abwendet. So, wenn Abg. Deville für die Verbehaltung der Truppen in Streitgebieten, oder wenn ein anderer Deputierter für die Verfolgung des antimilitaristischen Handbuchs votiert. Die Arbeiter ohne Unterschied der Richtung betrachten Deville nicht mehr als Socialisten. Da aber die Fraktion ihn für einen ausgezeichneten Socialisten hält, so schadet das ihr im ganzen.

Redner schließt unter lebhaftem Beifall der Linken mit einer Mahnung, die Einheit der Partei-Aktion zu sichern, andernfalls würde die Partei zu Grunde gehen.

# Partei-Nachrichten.

Genosse Schippel schreibt uns:

Dem Genossen Kühle gegenüber kann ich nur bemerken, daß ich bis in die letzten Tage hinein von ihm niemals ein Wort des Bedenkens oder Widerspruches oder gar der Entziehung zu hören bekommen habe. Sonst würde ich sofort Gelegenheit genommen haben, etwaige irige Auffassungen richtig zu stellen.

Die h. w. - Einfindung am Dienstag (Variationen und Thema) sollte ja wohl ein Witz sein. Ich vermisse zwar bei den „Variationen“ jede Analogie und jedes tertium comparationis mit dem von mir angeschlagenen „Thema“. Aber es war Fasching und ich achte die Karrenfreiheit.

Max Schippel.

Genosse Schippel hat eine glückliche Natur.

h. w.

Die Landesversammlung der socialdemokratischen Partei Sachsens findet am 5. April in Chemnitz statt. Landtags-Wahlrecht und Gemeindefragen stehen auf der Tagesordnung.

Nicht bestätigt wurden wiederum, wie das „Nordb. Volksblatt“ berichtet, die in der letzten Gemeinderatsitzung in Dödenburg gewählten beiden Beigeordneten Hug und Duben aus dem vom Ministerium früher geltend gemachten Gründen. Während also die Gewählten das volle Vertrauen der Einwohnerschaft und der Gemeindevertretung haben, ja als Amtsrats-Mitglieder und Landtags-Abgeordnete zu hohen Ehrenstellen erhoben worden, werden sie vom Ministerium als Bürger zweiter Klasse behandelt.

## Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die öffentlich bemerkbare Arbeit.

Mehrere Parteigenossen, die zur Zeit der Reichstagswahlen an einem Sonntag Wahlflugblätter und Stimmzettel in den Häusern eines Oberdorfes verteilt hatten, sollten die Verkommungs-Verordnung des Oberpräsidenten durch Verletzung einer Sonntags nicht zulässigen „öffentlich bemerkbaren Arbeit“ übertreten haben. Sie wurden jedoch in zweiter Instanz vom Landgericht freigesprochen, weil eine öffentlich bemerkbare Arbeit im Sinne der Verordnung nicht vorliegt. — Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein, das Kammergericht verwarf aber das Rechtsmittel mit folgender Begründung: Allerdings sei im Landgerichts-Urteil dunkel der Satz: Das Herumtragen und Verteilen der Flugblätter und Stimmzettel könne als Geschäft, nicht aber als Arbeit angesehen werden, die geeignet sei, die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage zu stören. Diese Dunkelheit genüge aber nicht, die Vorentscheidung aufzuheben, denn an anderer Stelle habe das Landgericht Guben deutlich gesagt, daß hier bei dem Herumtragen der Flugblätter und Stimmzettel keine Anstrengung in die äußere Erscheinung getreten sei. Damit fehle aber eines der wesentlichsten Merkmale einer „Arbeit“ im Sinne der Verordnung. Schon deshalb rechtfertige sich die Freisprechung.

## Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste! Berlin VI. Wahlkreis. Das Lokal „Roabiter Schützenhaus“ in Pflügensee steht jetzt der Arbeiterschaft zu Versammlungen u. zur Verfügung. Folgende Vereine veranstalten Vergnügungen in Lokalen deren Säle der Arbeiterschaft zu Versammlungen u. nicht zur Verfügung stehen. Berlin: Gesangsverein „Jungfernhilf“ am 20. Februar in Solters, Archial-Palast, Essenerstraße 10. — Pfeifenklub „Waldnahe“ am 20. Februar im Lokal „Hermannshof“, Beusselstr. 9. — Privat-Theaterverein „Verolina“ am Sonnabend, den 5. März, im „Artushof“, Perlebergerstr. 26.

Mariendorf. Gesangsverein „Frohmann“ am 20. Februar im Restaurant Biegandt, Dorfstr. 1. — Sollten zu obigen Vergnügungen Willens angeboten werden, so ist es Pflicht eines jeden organisierten Arbeiters, dieselben streng zurückzuweisen. Die Lokalkommission.

## Lokales.

Das Schulwesen im Stadthaushalts-Etat für 1904.

Unter den „Kultur Ausgaben“, die eine Kommune zu erfüllen hat, steht an erster Stelle die Förderung des Schulwesens. Berlin will im Jahre 1904 für die Schulen 23 871 575 M. ausgeben. Da hier nur 3 247 505 M. Einnahme erwartet werden, so sind aus dem Stadthaus-Etat 20 624 070 M. zuzuschlagen. Von den Vorkämpfern des Berliner Freisinn wurde früher mit Stolz auf solche Zahlen hingewiesen; heute klagen sie nur noch über ihre Höhe.

Daß die Gemeindefschulen allein vier Fünftel des Zuschusses erfordern, verdriest sie besonders. Sie betrachten das als ein „Geschenk“, das der ärmeren Bevölkerung gemacht wird; manch einer von ihnen sieht ja noch heute im Volksschulwesen ein Stück Armenpflege, zu der es früher tatsächlich gerechnet wurde. Die Gemeindefschulen stehen diesmal im Stadthaushalts-Etat mit 16 472 947 M. Ausgabe. Die Einnahme wird auf nur 1 049 950 M. geschätzt, mithin sind 15 423 997 M. Zuschuß zu leisten. Neues ist sonst hier nicht zu melden. Gegen das Vorjahr wächst die Ausgabe wieder um 692 363 M., aber das Mehr erklärt sich im wesentlichen aus der geplanten, dem Bevölkerungszuwachs entsprechenden Vermehrung der Klassen um 150, der Schulen um 8. Bei dieser Vermehrung sollen wieder, wie im Vorjahr, die unteren Klassen unberücksichtigt bleiben, so daß hier auf einen neunzehnten Määdgang ihrer noch immer unerhöht hohen Frequenz — in Klasse VIII bis 69! — noch wie vor nicht zu rechnen ist. Als Stadtschulrat Gerstenberg sein Amt angetreten hatte, erklärte er in einer Lehrerversammlung, er halte es für richtig, die Maximalfrequenz der untersten Klassenstufe auf 40 zu bemessen und zu diesem Zweck je 2 unterste Klassen in je 3 zu zerlegen. Ein Gedanke, von dem man leider seitdem nichts mehr gehört hat! Auch der Mißstand, daß zahlreiche Schulen sich vorläufig mit Mieträumen begnügen müssen, nimmt noch nicht ab, sondern wird durch die notwendig gewordene Vermehrung der Schulen wieder noch verschlimmert. Für 1904 wird die Fertigstellung von zwei Doppelschulhäusern und einer Schulbarackengruppe erwartet; was darüber ist, muß wieder in gemietete Wohnhäuser gesteckt werden.

Mit mehr Grund kann die Gemeinde stolz sein auf ihr höheres Schulwesen; denn hier läßt sie sich nicht lumpen. Im Etat für 1904 stehen die Realschulen mit 1 323 885 M. Ausgabe, 485 917 M. Einnahme, 837 968 M. Zuschuß, die Gymnasien, Real-Gymnasien, Ober-Realschulen mit 3 338 855 M. Ausgabe, 1 534 885 M. Einnahme, 1 803 970 M. Zuschuß, die höheren Mädchenschulen mit 730 489 M. Ausgabe, 559 540 M. Einnahme, 170 949 M. Zuschuß. Trotz Schulgelddrängung müssen, wie man sieht, auch hier Zuschüsse geleistet werden. Sie sind in der Summe sehr viel geringer als bei den Gemeindefschulen, aber pro Schüler sind sie — zum mindesten bei den Gymnasien, Real-Gymnasien, Ober-Realschulen und Realschulen — sehr viel höher als dort. Wir haben aber noch niemals gehört, daß die freisinnige Krämertreue auch hier von einem „Geschenk“ gesprochen hätte.

Neue Bahnen will die Stadt Berlin im Fortbildungswesen einschlagen, aber auch im Jahre 1904 kann daraus wieder noch nichts werden. Die „obligatorische Fortbildungsschule“ steht noch im Stadium der Vorberatungen — wer weiß, wann sie kommt! In dem neuen Etat sind angelegt für den Fortbildungsunterricht 554 900 M. Ausgabe, 71 000 M. Einnahme, 483 900 M. Zuschuß; für den gewerblichen Unterricht 950 703 M. Ausgabe, 324 836 M.

Einnahme, 625 867 M. Zuschuß. So billig, wie jetzt, wird natürlich die Gemeinde nicht mehr davonkommen, wenn einmal die beabsichtigte Reform des Fortbildungswesens durchgeführt ist.

Das gewerbliche Fachschulwesen hat in Berlin in den letzten Jahren eine große Ausdehnung erlangt. Im Jahre 1880 wurde die I. Handwerkerlehre nur von 47 Schülern besucht. Bei der Eröffnung der II. Handwerkerlehre im Jahre 1892 betrug die Zahl beider schon 2593 und ist seitdem auf 4723 gestiegen, wozu noch 35 Personen hinzugerechnet werden müssen, die in der Fachschule für Elektrotechnik in der I. Handwerkerlehre aufgenommen worden sind. Die Fach- und Fortbildungsschule für Maurer, Zimmerer und Dachbeder begann 1882 mit 34 Schülern, heute ist die Zahl auf 506 gestiegen. Die städtische Weber- und Webstuhlwerkstatt wurde 1882 mit 100 Schülern eröffnet, jetzt wird sie schon von 300 Personen besucht. Als im Jahre 1882 die Berliner Tischler- und Drechslerlehre eröffnet wurde, meldeten sich 99 Schüler, jetzt sind schon 1373 verzeichnet. Ein Jahr später begann die Drogenlehre mit 103 Schülern, sie hat heute 200 Schüler. Im Jahre 1886 wurden die Fachschulen für Sattler und Maler mit 70, beziehungsweise 191 Schülern errichtet. Diese haben sich inzwischen auf 180 beziehungsweise 300 vermehrt. Ein Jahr darauf kamen die Fachschulen für Feinere und Barbier, Schönheitsfeger und Glaser hinzu, deren Schülerzahl von 312, 84 und 26 auf 520, bezw. 85 und 230 gestiegen ist. 1888 wurde die Fachschule für Schuhmacher mit 247 Schülern eröffnet. Der Besuch stieg auf 282 im Jahre 1893 und ist seitdem auf 223 zurückgegangen. 1889 kamen die Schulen für Schmiede und Tapezierer hinzu. Eröffnet wurden diese mit 104, bezw. 87 Schülern. Heute sind es 150 Schmiede und 342 Tapezierer. 1890 wurden wieder Fachschulen für Korbmacher und Buchbinder mit 30 bezw. 18 Schülern eingerichtet. Die Zahl der Korbmacher ist inzwischen auf 16 zurückgegangen, dagegen die der Buchbinder auf 185 gestiegen. Im Jahre 1891 wurde die Gärtner- und Gärtnerei- und Blumenbau- und Blumenmacherschule mit 120 Schülern besucht. Der Gewerbesaal wurde 1892 mit 998 Schülern eröffnet, diese Zahl ist im letzten Winterhalbjahr auf 2300 gewachsen. Die Zahl der Schüler der Stellschule und Rademacherlehre ist dagegen seit dem Jahre 1892 um 9 auf 63 gefallen. Im Jahre 1893 folgte die Eröffnung der Schulen für Buchbinder und Schneider mit 350 bezw. 200 Schülern. Jetzt zählen diese Schulen schon 895 und 304 Personen. Dann folgten die Schule der Photographen 1896 mit 42 und der Tischler mit 90 Schülern. Erstere hat jetzt 130 Schüler und letztere 170 Besucher. Den Schluß bilden die Klempner, deren Schule 1899 mit 83 Schülern den Unterricht begann. Heute besitzt diese Schule schon 300. Die Ausgaben für diese 25 Schulen belaufen sich auf 950 703 M., die Einnahmen aus Schulgeld, Zuschüssen des Staates usw. 324 836 M., so daß ein Zuschuß von 625 867 M. von Seiten der Stadt Berlin erforderlich sind.

Die Vermehrung der Selbstmorde in Berlin, die sich in den letzten Jahren bemerkbar gemacht hatte, hat auch im Jahre 1903 noch fortgedauert und ist wieder recht beträchtlich gewesen. Nachdem die zweite Hälfte der neunziger Jahre eine erhebliche Verminderung der Selbstmorde durch Selbstmord gebracht hatte, wurden aus den Jahren 1900, 1901, 1902, 1903 in rascher Zunahme 434, 525, 564, 601 Selbstmorde gemeldet. Die wirkliche Zahl der Selbstmorde wird wahrscheinlich noch höher sein als die der hierüber eingegangenen Meldungen, aber das Zunahmeverhältnis der letzten Jahre dürfte auch durch diese vermutlich unvollständigen Meldungen annähernd richtig beleuchtet werden. Von 1900 bis 1903 vermehrten sich die Selbstmordmeldungen um 38 v. H., während in derselben Zeit die durchschnittliche Bevölkerungszahl Berlins nur um 3 1/2 v. H. wuchs (von 1 864 214 auf 1 931 701). Auf je 100 000 Personen der Durchschnittsbevölkerung kamen im Jahre 1900 erst 23 Selbstmordmeldungen, im Jahre 1903 dagegen bereits 31 Selbstmordmeldungen.

In begreiflicher Aufregung befinden sich die älteren städtischen Gasarbeiter der Anstalt Gütshenstraße über das Bestreben der dortigen Direktion, Arbeiter, die das Mißgeschick haben, öfter zu erkranken, nicht wieder einzustellen. Wiederholt ist es in der letzten Zeit vorgekommen, daß man diesen in den städtischen Diensten alt und grau gewordenen Leuten bei ihrer Gefundung einfach empfindlich, sich pensionieren zu lassen, da sie infolge einer Direktionsverfügung nicht wieder eingestellt werden sollten. Nun wäre dagegen nichts einzuwenden, wenn ein Arbeiter, der für den schweren Dienst in der Gasanstalt nicht mehr brauchbar erscheint, in einem leichteren untergebracht würde oder auch seine Pensionierung erzielte. Aber leider geschieht das häufig nicht und zwar weil der seitens der Stadt mit dem Gutachten betraute Arzt ganz andre Auffassungen über die „Arbeitsunfähigkeit“ hat und die Pensionierung nicht ausprechen kann. Der Betriebsleiter hält den Mann für nicht „arbeitsfähig“, der Arzt für nicht „arbeitsunfähig“, und die anderen Verwaltungen lehnen es ab, solchen Arbeiter zu beschäftigen. Was fängt er an? Ersparnisse zu machen, war nicht möglich; die Privatindustrie dankt für ausgemerkte Arbeiter und so bleibt nur der Weg an die Armentdirection übrig, ein Weg, der vielen Arbeitern sehr schwer fällt. Dieser Zustand ist umso eigentümlicher, als in einer im Jahre 1902 erlassenen Verfügung besonders darauf hingewiesen wurde, daß bei erlangter Dienstfähigkeit die Wiedereinstellung erfolgen soll. Der Verwaltungsdirektor Fürst hat seiner Zeit dem Stadtv. Warm gebeten, den in einer Protestversammlung vereinten Gasarbeitern mitzuteilen, daß kein Arbeiter zurückgewiesen werden darf! Alle diese Verfügungen und Versicherungen haben nicht vermocht, einzelne Dirigenten davon abzuhalten, in dieser den Intentionen der Verwaltungsbehörde nicht entsprechenden Weise zu verfahren. Gegen diese unverständlichen Maßnahmen, die am Dienstag in einer Vereinsversammlung der städtischen Arbeiter besprochen wurden, soll Verwahrung bei den städtischen Kollegien eingelegt werden, wenn es nicht gelingt, den jetzigen Zustand zu beseitigen. Stadtv. Schubert, der in der Versammlung anwesend war, machte die Mitteilung, daß er bereits mit dem Stadtrat Karslau Rücksprache genommen, der eine eingehende Prüfung der Angelegenheit zugesagt habe. Man möge auf diese Antwort warten, ehe weitere Schritte unternommen werden.

Die Rettungsgeräte an den hiesigen öffentlichen Wasserläufen sind im Jahre 1903 in 21 Fällen zur Rettung Geringerer in Anwendung gekommen und zwar sechzehnmal mit, fünfmal ohne Erfolg. Außerdem sind die Rettungsgeräte einmal zur Vergung von im Wasser treibenden Leichen benutzt worden. An Geräten waren vorhanden: 19 Rettungsfähne, 27 Rettungsringe und 26 Rettungsbälle.

Die Central-Kommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte läßt auch in diesem Jahre und zwar in der Zeit vom 18. Februar bis Ende März 1904, mit Hilfe von Professoren und Ärzten 12 Kurse hygienischer Vorträge in Berlin und der Vororte abhalten. Jeder dieser Kurse besteht aus fünf Vorträgen, welche die verschiedensten Erkrankungen behandeln und sich über die Ernährung sowie selbst über die Kochkunst verbreiten. — Die Vorträge sollen hauptsächlich die arbeitende Bevölkerung über Entstehung und Verhütung von Krankheiten aufklären und belehren. Sie finden abends 8 Uhr in den Aulen der städtischen Gemeindefschulen statt und sind vollständig unentgeltlich. Eintrittskarten sind nicht erforderlich, sondern es hat jedermann freien Zutritt. Einzelne Vorträge werden auch nur für Frauen und Mädchen abgehalten. — Den ersten allgemeinen Vortrag hält Herr Dr. med. R. Frölich aus Wien heute, Donnerstag, den 18. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftssaale, Engel-Platz 15. Das Thema lautet: „Die Bedeutung der Alkoholfrage für die Krankenkassen“. Abends beginnen die Vorträge für Berlin am Donnerstag, den 25. Februar in folgenden Schulen: Brangelstr. 128, Reibestr. 31/32, Quinquoststraße 115 und Schönhauser Allee 166; am Freitag, den 26. Februar: Gneisenaustr. 7, Tiltterstr. 4/5 und Panthstr. 8; für Schöneberg: Dienstag, den 23. Februar: Feuerstr. 61/62; für Köpenick: Mittwoch, den 24. Februar: Kaiser Friedrichstr. 104; für Lichtenberg: Donnerstag, den 25. Februar: Kronprinzstr. 10; für Neu-Weißensee: Donnerstag, den 25. Februar: Langhansstr. 120 und für Pantow: Freitag, den 26. Februar: Schmidstr. 11. Die Themata

sind verschieden und werden durch Plakate in Krankenkassen, Fabriken, Wirtschaften usw. bekannt gegeben.

Erheblich geschädigt wurde eine arme Vermieterin in der Köpenickerstraße durch ein Schwindlerpaar, dessen gemeinsames Arbelten selbst aufmerksame Leute täuschen kann. Der etwa 28-jährige, dunkelblonde, mittelgroße Mann mietete ein Zimmer. Wie er bereits angekündigt hatte, erschien eine angebliche Schneiderfrau mit einem neuen Anzuge für ihn. Er nahm den Karton in Empfang, und während die Anprobe vorgenommen wurde, verließ die Schneiderfrau bei der Vermieterin. Nach einiger Zeit erschien der Mieter in seinem alten Anzug und gab der Schneiderfrau den Karton mit dem Bemerkten zurück, daß der Anzug nicht passe und daher geändert werden müsse. Bald nach der Schneiderfraus Enttarnung auch er sich. Abends bemerkte die Vermieterin die Verletzung. Die Schneiderfrau, die Hülferin des Mannes, hatte ihm einen leeren Karton gebracht, die Wirtin beschäftigt und so Gelegenheit gegeben, daß er verschiedene wertvolle Sachen, wie eine Uhr und Wäsche, bequem einpacken und unter den Augen der bestohlenen Frau aus der Wohnung schaffen konnte. Der Mann hatte gekräuseltes Haar, einen schwarzen Schnurbart, ein volles Gesicht und trug einen dunklen Jadelanzug und einen schwarzen steifen Hut. Die Frau, etwa 21 Jahre alt, ist etwas größer als der Mann und trug einen schwarzen Rock, ein schwarzes Jadelin und einen schwarzen Hut.

Nach Unterschlagung von 10 000 M. Rüstig ist der 33 Jahre alte Kaufmann und frühere Lehrer Walter Wittner, der aus Magdeburg stammt, in Stettin bedienstet war und vor etwa 8 Tagen in Berlin gesehen wurde. Vielleicht hat er sich nach seiner Geburtsstadt begeben.

Einsam gestorben ist die an der Börse sehr bekannte 80-jährige Witwe Wilhelmine Wandel, die im Keller des Hauses Wendingerstraße 15 wohnte. Sie besorgte 33 Jahre lang die Reinigung der Börse und befand sich seit einem Jahre im Ruhestand. Ihren Unterhalt bestritt sie aus Unterschlagungen, die ihr von der Börse zufließen, wie von einem städtischen Armenlohn. Seit vier Tagen hatte sie niemand im Hause gesehen, so daß die Polizei gestern durch einen Schlosser die Wohnung öffnen ließ. Man fand die Greisin, nur mit einem Hemd bekleidet, tot auf dem Fußboden liegen.

Aus Not. Mit ihrem Kinde verschunden ist seit dem letzten Freitag die 30 Jahre alte Fabrikarbeiterin Martha Nowakowska, die seit einem halben Jahre bei der Witwe Döring in der Georgenstraße 65 wohnte. Am Donnerstag wurde sie mit ihrem 12 Tage alten Töchterchen Klara aus der Entbindungsanstalt entlassen. Mittel besah sie nicht und Arbeit hatte sie nicht. Im Verwahrsein dessen, daß es ihr unmöglich sei, für ihr Kind zu sorgen, hatte sie die Verhinderung gethan, daß sie in der Verzweiflung das Verbrechen eines Mordes und eines Selbstmordes auf sich nehmen würde. Als letzten Rettungsanker betrachtete sie die Möglichkeit, das Kleine in einem Waisenhaus unterzubringen. Bei dem Verlassen ihrer Wohnung nannte sie als Ziel ihres Ganges ein Stift in der Kaiserstraße, wo sie das Kind abzugeben gedachte, dann werde sie zurückkehren, um sich Arbeit zu suchen. Im Stifte ist sie nicht gewesen, anderwärts ist keine Spur von ihr ermittelt. Frau D. nimmt daher als sicher an, daß das unglückliche Mädchen das Kind und sich selbst umgebracht habe.

Durch eine brave That wurde am Montagabend um 6 1/2 Uhr die 13-jährige Tochter Margarete des Geschäftsbereitenden Müller aus der Chausseest. 4 vom Tode des Ertrinkens gerettet. Am Hedmanns-Platz, Ecke der Schleierstraße, hörte ein Buchbinder gellende Hilferufe und sah ein Kind im Wasser treiben. Er sprang hinein und rettete es unter Beihilfe von Schiffen und Polizei, wie der Polizeibericht kurz mittelt. Das Kind gab zunächst an, daß es in das Wasser gestürzt sei, rief dann aber heulend: „Mutter, mein Mutter!“ und teilte weiter mit, daß es ein Verhältnis mit einem 15-jährigen Tertianer habe, das verliast worden sei. Wenn der Stiefvater von der Reise zurückkehre, würde es Schläge geben.

Auf bedenkliche Zustände in einem öffentlichen Vergnügungslokal läßt ein Bericht schließen, den die „Bismarck-Rache“ veröffentlicht: Zu recht turbulenten Szenen kam es in den außerordentlich engen Garderobenräumen der Kradsäle des Westens in der Epidemienstraße 3. Eine Wohltätigkeitsberufung der Schöneberger Lehrerschaft zum Besten der Ferienkolonien hatte an zweitausend Menschen nach dort geführt, die stundenlang in den einzigen Garderobe in drangvoller fürchterlicher Enge warten mußten, bis sie ihre Mäntel und Hüte abgeben konnten. Viele machten wieder kehrt, nachdem ihnen thätfährlich die Kleider vom Leibe gerissen waren, während andre ohnmächtig ins Freie gestürzt werden mußten. Bei der Aufführung im Festsale, in dem die Zuschauer Kopf an Kopf standen, wirkten 300 Kinder mit. Wäre auf der Bühne ein Feuer ausgebrochen, dann wäre eine Katastrophe eingetreten, die der in Chicago an Jurchbarkeit nichts nachgegeben hätte. Als die Festeilnehmer den Saal durch den einen einzigen Ausgang, den er hat, verließen, wiederholten sich die widerwärtigen Vorkommnisse in dem kleinen, engen Garderobenraume und allseitig wurden dem Ausdruck des Bedauerns kräftige Worte gelassen, daß die bessere Gesellschaft Schöneberg wegen Mangel an einem großen Saal nach der Epidemienstraße wandern müsse.

Feuerbericht. Gestern nachmittags 2 Uhr wurde die Wehr nach der Handelsstraße Velle-Alliance in der Lindenstraße gerufen, weil dort in einem Parfümeriewaren-Geschäft Säcke und Lampen in Brand geraten waren. allerlei Gerümpel, Kisten usw. gingen abends in der Velle-Alliancestr. 76 in einem Keller in Flammen auf, während in der Winterfeldstr. 21 im vierten Stock ein Wohnungsbrand abgelöst werden mußte. In der Kastanien-Allee 13/14 brannte alter Hausrat und Verpackungsmaterial. Etwas später kam in der Steinstraße 28 in einem Kellerverlag Feuer aus, das Breiter, Stroch u. erloschte, aber in kurzer Zeit erloscht werden konnte. Außerdem hatte die Wehr in den letzten 24 Stunden noch von verschiedenen andren Stellen Alarmierungen zu verzeichnen, die indes auf ganz geringfügige Anlässe zurückzuführen waren.

Im Kasino-Theater ist die Operette eingeleitet. Der Kapellmeister des Hauses hat zu einem genialen Liederspiel „Die Cirkusfee“ eine recht ansprechende Musik geschrieben. Es läßt sich ja nicht leugnen, daß der Komponist sich hier und da an ein populäres Vorbild, nämlich an unsern güttergleichen Paul Linde anlehnt, der ja seinerseits wieder nicht verschämt hat, in fremden Sprachen Studien zu treiben. Aber die Hauptfrage war gestern, daß die Musik einschmeichelnde Melodien enthielt, die gewiß im Norden Berlins bald ebenso populär werden wie das hochberühmte Lied von der Brunnenstraße. Auch das Libretto sieht den schönen Seiten, die wir im Apollo-Theater bewundern, ähnlich. Die Cirkusfee ist eigentlich eine Baronin, die nicht minder aus Liebe zur Kunst als aus Liebe zu einem wunderwüchsigen Stallemießer sich ihr täglich Brot in der Manege verdient. Auch als sie durch einen Erbschaftsprozess zu Geld kommt und ihre hochmüßige Verwandtschaft blamiert darsteht, bleibt sie in sitzamer Bescheidenheit der Kunst und dem Liebsten treu. In einem Stück mit solchem Inhalt läßt sich die in Berliner Theatern unerlässliche Sentimentalität in schäblichen Mengen vermeiden. Werden die zu Thränen rührenden Szenen dann geschickt von beiden abgelöst, dann haben Verfasser und Künstler gewonnenes Spiel beim Publikum. Genug, die Operette ist klug durch und an dem Erfolg sind nicht minder die Autoren als die Künstler beteiligt, die ohne Unterchied brav auf dem Poeten waren.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Der Unterricht in Social-Gesetzgebung fällt der Versammlungen wegen aus. Wird später nachgeholt.

## Aus den Nachbarorten.

Die Rowaweser Kirchhofshändler, die inhaftierten Arbeiter Remmami und Hein, werden sich wegen ihrer ruchlosen Thaten am 2. März vor der Potsdamer Straßammer zu verantworten haben. Die Verhandlung wird nur von kurzer Dauer sein, da die Angeklagten im Großen und Ganzen gesundig sind und nur von den Einzelheiten wegen Trunkenheit nichts mehr wissen wollen.



